

Beiträge zur HOCHSCHULFORSCHUNG

1 | 2009

Strohschneider: Konzeption der Exzellenzinitiative

Schmoch: Messung wissenschaftlicher Leistung

Meier/Schimank: Matthäus schlägt Humboldt?

Kohnhäuser: Exzellenzinitiative und Fachhochschulen

Beiträge zur HOCHSCHULFORSCHUNG

1 | 2009

Strohschneider: Konzeption der Exzellenzinitiative

Schmoch: Messung wissenschaftlicher Leistung

Meier/Schimank: Matthäus schlägt Humboldt?

Kohnhäuser: Exzellenzinitiative und Fachhochschulen

Impressum

Beiträge zur Hochschulforschung

erscheinen viermal im Jahr

ISSN 0171-645X

Herausgeber: Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, Prinzregentenstraße 24, 80538 München

Tel.: 089/2 1234-405, Fax: 089/2 1234-450

E-Mail: Sekretariat@ihf.bayern.de

Internet: <http://www.ihf.bayern.de>

Herausgeberbeirat:

Mdgt. a. D. Jürgen Großkreutz, Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, München

Dr. Lydia Hartwig, Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, München

Professor Dr. Dorothea Jansen, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer

Professor Dr. Dr. h. c. Hans-Ulrich Küpper, Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung und Ludwig-Maximilians-Universität, München

Thomas May, Wissenschaftsrat, Köln

Professor Rosalind Pritchard, AcSS, University of Ulster, United Kingdom

Redaktion: Dr. Lydia Hartwig (V.i.S.d.P), Gabriele Sandfuchs

Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung

E-Mail: Hartwig@ihf.bayern.de

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder.

Graphische Gestaltung: Haak & Nakat, München

Satz: Dr. Ulrich Scharmer, München

Druck: Steinmeier, Nördlingen

Ausrichtung, Themenspektrum und Zielgruppen

Die „Beiträge zur Hochschulforschung“ sind eine der führenden wissenschaftlichen Zeitschriften im Bereich der Hochschulforschung im deutschen Sprachraum. Sie zeichnen sich durch hohe Qualitätsstandards, ein breites Themenspektrum und eine große Reichweite aus. Kennzeichnend sind zudem die Verbindung von Wissenschaftlichkeit und Relevanz für die Praxis sowie die Vielfalt der Disziplinen und Zugänge. Dabei können die „Beiträge“ auf eine lange Tradition zurückblicken. Die Zeitschrift erscheint seit ihrer Gründung 1979 viermal im Jahr und publiziert Artikel zu Veränderungen in Universitäten, Fachhochschulen und anderen Einrichtungen des tertiären Bildungsbereichs sowie Entwicklungen in Hochschul- und Wissenschaftspolitik in nationaler und internationaler Perspektive.

Wichtige Themenbereiche sind:

- Strukturen der Hochschulen,
- Steuerung und Optimierung von Hochschulprozessen,
- Hochschulfinanzierung,
- Qualitätssicherung und Leistungsmessung,
- Studium und Studierende, Umsetzung des Bologna-Prozesses,
- Übergänge zwischen Schule, Hochschule und Arbeitsmarkt,
- Forschung und wissenschaftlicher Nachwuchs, akademische Karrieren,
- Frauen in Hochschulen und Wissenschaft,
- Wissenschaft und Wirtschaft,
- International vergleichende Hochschulforschung.

Die Zeitschrift veröffentlicht quantitative und qualitative empirische Analysen, Vergleichsstudien und Überblicksartikel, die ein anonymes Peer Review-Verfahren durchlaufen haben. Sie bietet die Möglichkeit zum Austausch von Forschungsergebnissen und stellt ein Forum für Hochschulforscher und Experten aus der Praxis dar. Zwei Ausgaben pro Jahr sind in der Regel einem aktuellen hochschulpolitischen Thema gewidmet, die beiden anderen sind inhaltlich nicht festgelegt. Es besteht die Möglichkeit, Aufsätze in deutscher und englischer Sprache einzureichen. Hinweise für Autoren befinden sich auf der letzten Seite.

Die „Beiträge“ richten sich an Wissenschaftler, die sich mit Fragen des Hochschulwesens und seiner Entwicklung befassen, aber auch an politische Entscheidungsträger, Hochschulleitungen, Mitarbeiter in Hochschulverwaltungen, Ministerien sowie Wissenschafts- und Hochschulorganisationen.

Inhalt

Editorial	4
Abstracts	6
Peter Strohschneider: Über Voraussetzungen und Konzeption der Exzellenzinitiative	8
Ulrich Schmoch: Geeignete Ansätze zur Messung wissenschaftlicher Leistung	26
Frank Meier, Uwe Schimank: Matthäus schlägt Humboldt? „New Public Management“ und die Einheit von Forschung und Lehre	42
Standpunkt	
Erich Kohnhäuser: Die Exzellenzinitiative und die Fachhochschulen	62
Aktuelle Entwicklungen im Hochschulwesen	74
Buchvorstellungen	76
Hinweise für Autoren	78

Editorial

Wenn Sie diese Ausgabe der „Beiträge zur Hochschulforschung“ in den Händen halten, ist Ihnen sicher aufgefallen, dass sich das Äußere erheblich geändert hat. Auf Anregung des Herausgeberbeirats wurde die Entwicklung eines neuen Layouts in Angriff genommen und eine im Wissenschaftsbereich ausgewiesene Agentur mit dessen Konzeption beauftragt. Die wichtigste Neuerung für Sie sind die Autoren und Kurztitel auf dem Umschlag. Dadurch sollen Sie, die Leser, auf einen Blick den Inhalt der vor Ihnen liegenden Ausgabe erfassen können.

Dieses Heft befasst sich im weitesten Sinne mit dem Thema „Exzellenz“: mit der Konzeption der Exzellenzinitiative und dem von ihr verstärkten Differenzierungsprozess im deutschen Hochschulsystem, mit den Auswirkungen der Einführung von New Public Management auf Forschung und Lehre sowie mit der Frage, wie wissenschaftliche Leistung gemessen werden kann. Diese Aspekte von Exzellenz werden von namhaften Autoren untersucht.

Peter Strohschneider gibt aus der Innensicht des Vorsitzenden des Wissenschaftsrats einen Überblick über Zielsetzungen sowie Konzept der Exzellenzinitiative vor dem Hintergrund der traditionellen Leitideen des deutschen Universitätssystems und benennt die daraus entstehenden Spannungen und Konflikte. Anhand ausgewählter Ergebnisse der Förderrunden 2006 und 2007 beschreibt er deren Wirkungen. *Frank Meier* und *Uwe Schimank* zeigen, wie das traditionelle, mit Humboldt verbundene Leitbild des engen Zusammenhangs von Forschung und Lehre durch die schrittweise Einführung von New Public Management unter Druck gerät. Auf der Basis empirischer Fallstudien aus vier Ländern – Deutschland und Österreich auf der einen sowie England und Australien auf der anderen Seite – zeichnen sie Entkopplungstendenzen, die sie verursachenden Faktoren sowie mögliche Auswirkungen nach. *Ulrich Schmoch* stellt auf der Basis einer Umfrage für verschiedene Fächer einen Ansatz zur Messung wissenschaftlicher Leistung vor, der unterschiedliche Aktivitäten und Dimensionen berücksichtigt, insbesondere Publikationen, die Ausbildung von wissenschaftlichem Nachwuchs, Organisation und Kommunikation sowie Transferleistungen. Ein Diskussionsbeitrag ergänzt das Thema Exzellenz aus einer weiteren Perspektive: *Erich Kohnhäuser* analysiert das Potential der Fachhochschulen für die Exzellenzförderung.

Die „Beiträge zur Hochschulforschung“ bieten als wissenschaftliche Zeitschrift mit Review-Verfahren allen interessierten Hochschulforschern und Akteuren im Hochschulbereich die Möglichkeit zur Erstveröffentlichung qualifizierter Artikel, die wichtige Entwicklungen im Hochschulbereich aus unterschiedlichen methodischen und disziplinären Perspektiven in den Blick nehmen. Wir freuen uns über unaufgefordert eingereichte Manuskripte und sichern ein ausführliches Feedback zu. Hinweise für Autoren finden Sie auf der letzten Seite.

*Lydia Hartwig
Hans-Ulrich Küpper*

Peter Strohschneider: Prerequisites and Design of the German Excellence Initiative

The paper addresses conflicting goals for universities evolving from current policies for the tertiary sector. It takes into account the role of universities within the research and higher education context, important traditional themes within German university discourses, and processes of development within education and research. Against this background the paper elucidates and puts into a functional perspective the conception of the German Excellence Initiative and the resulting change in dynamics of differentiation within the German university sector. Finally, the main features of fund allocation within the first two calls of the Excellence Initiative are presented as well as characteristic projects supported within the third funding line.

Ulrich Schmoch: Appropriate Approaches for Measuring Scientific Performance

Due to a gradual transition of university funding from input to output control, as well as a growing importance of the universities' central administration in distributing financial resources, the assessment of scientific performance has become a substantial need. Quantitative indicators, in addition to qualitative methods, are used for this purpose although their value is disputed. This paper presents an approach for scoring different dimensions of scientific performance by specific indicators. Furthermore, methods of interpretation are analysed which maintain this multi-dimensionality. Finally, possibilities of extended application of such procedures in university practice are discussed.

Frank Meier, Uwe Schimank: Matthew Beats Humboldt? New Public Management and the Teaching-Research Nexus

In some higher education systems the traditional ideal of a close coupling between teaching and research, often associated with Humboldt, is increasingly getting under pressure. Based on empirical case studies of researchers and research groups in a variety of scientific fields in Germany and Austria on the one hand, and England and Australia on the other hand, the authors investigate whether the implementation of New Public Management brings about a de-coupling of research and teaching in terms of resources and roles for both activities – and if so, which causal mechanisms are at work. Germany and Austria do not yet show much evidence of this kind. However, in England and Australia considerable tendencies of de-coupling can be observed and the underlying factors can be identified. In this respect a performance-based mechanism of research funding is a key factor of the Matthew effect described by Robert K. Merton.

Erich Kohnhäuser: The German Excellence Initiative and the Universities of Applied Sciences

The Excellence Initiative for outstanding university research has established new standards, creating a challenge for the whole German higher education system. As they concentrate mainly on academic teaching and on the needs of the employment system, the German Universities of Applied Sciences (UAS) are not directly involved in this programme. Nevertheless, with regard to the competition of the global higher education systems, excellence is a central concern of all German higher education institutions. This requires more cooperation between the two types of universities, as well as a visible improvement of the UAS' specific profile. The latter have unique qualities all the way from primary research results to marketable products. Consequently, Germany's higher education system and people would profit from promoting these qualities by accepting and fostering the UAS' potential for excellence.

Über Voraussetzungen und Konzeption der Exzellenzinitiative¹

Peter Strohschneider

Unter Berücksichtigung der Funktionen von Universitäten im Wissenschaftssystem, der traditionellen Leitideen deutscher Universitätsdiskurse sowie von Basisprozessen der Wissenschaftsentwicklung skizziert der Artikel Zielspannungen gegenwärtiger Hochschulpolitik. Von ihnen her wird die Konzeption der Exzellenzinitiative erläutert und die von ihr verstärkte Differenzierungsdynamik des bundesrepublikanischen Universitätswesens funktional eingeordnet. Ein Blick auf Grundzüge der Mittelverteilung in den ersten beiden Förderrunden sowie auf charakteristische Projekte, die im Rahmen der dritten Förderlinie der Exzellenzinitiative finanziert werden, beschließt den Artikel.

1 Universität und Wissenschaftssystem

Es geht um die Exzellenzinitiative, und das heißt: Es geht um die Universität. Sie ist – um die Argumentation wenn nicht beim Trivialen, so doch beim vermutlich Unstrittigen zu beginnen – ein Ort der Produktion, der Bewertung, der Reproduktion wissenschaftlichen Wissens: der *Produktion* solchen Wissens in allen Formen methodisch geleiteter Erkenntnissuche, also der *Forschung*; seiner *Bewertung*, Sortierung und Auswahl sodann im ganzen Spektrum der Überprüfung, des Anwendungsversuchs oder der Kritik von Erkenntnisansprüchen; schließlich der Ort der *Reproduktion* und Distribution wissenschaftlicher Wissensansprüche in der akademischen Lehre und Weiterbildung ebenso wie im Wissens- und Technologietransfer. Einzelne dieser Funktionen werden auch von anderen Institutionen des Wissenschaftssystems in je eigener Weise erfüllt, zum Beispiel von Fachhochschulen, Instituten der außeruniversitären Forschung oder Patentverwertungsagenturen. Das Besondere der Universität hingegen liegt nicht in der Erfüllung je spezifischer Funktionen. Sie ist vielmehr die einzige Institution, über welche die *Wissenschaftsgesellschaft* verfügt, um alle diese Funktionen zu verbinden, aufeinander zu beziehen und sich wechselseitig steigern zu lassen. Aus diesem systematischen Grunde hat der Wissenschaftsrat – und damit ist dann wohl der Bereich des Unstrittigen schon wieder verlassen – in einer vor kurzem verabschiedeten Empfehlung die Rolle der Universitäten als diejenige „von Organisationszentren der Wissenschaft“ bestimmt.²

¹ Der vorliegende Text bietet, ergänzt um wenige Nachweisungen, den Text des Eröffnungsreferats zum Tutzingen Hochschultag 2008 „Leuchttürme der Wissenschaft. Was folgt aus der Exzellenzinitiative für die Hochschulen?“, das der Autor am 1. Februar 2008 in der Evangelischen Akademie Tutzing gehalten hat.

² *Wissenschaftsrat (2006a)*, S. 32

Formeln können missverständlich sein, diese auch. Deswegen sei ausdrücklich hinzugefügt: Organisationszentrum des Wissenschaftssystems ist die Universität nicht im Sinne *hierarchischer* Herausgehobenheit, sondern aufgrund einer *funktionalen* Leistung. Auch die Universität lebt freilich, wie alle sozialen Institutionen, von Voraussetzungen, über die sie nicht verfügt. Von allen anderen Institutionen des Wissenschaftssystems unterscheidet sie sich aber dadurch, dass sie keineswegs andere *Wissenschaftsinstitutionen* für ihr Funktionieren so voraussetzt, wie alle anderen Institutionen des Wissenschaftssystems die Universitäten voraussetzen: etwa als Partner der wissenschaftlichen Kooperation, als Rekrutierungsinstanz ihres Nachwuchses und (bei den Fachhochschulen) ihres Lehrpersonals oder als wissenschaftliches Langzeitgedächtnis.

2 Leitideen

Geht es um die Universität, so geht es um ein gemeineuropäisches Institutionenmodell. Seit seinen mittelalterlichen Anfangstagen bestimmt dieses Modell seine Komplexität über zwei Leitideen, nämlich die *Universitas Magistrorum et Scholarium*, die Vielheit und Bezogenheit der Lehrenden und Studierenden, sowie die *Universitas Litterarum*, die Vielzahl der Wissenschaften. Für die neuere deutsche Universitätsgeschichte ist vor diesem Hintergrund besonders kennzeichnend, dass hier eine spezifische Realisationsform dieser Leitideen für die einzig mögliche, jedenfalls die einzig wünschbare gehalten wurde. Sie betont im *universitas*-Begriff nicht das Moment der *multitudo* und *diversitas*, sondern dasjenige der *unitas*: Aus der *universitas* wurden die *Einheit* von Lehre und Forschung sowie die *Einheit* der Wissenschaften abgeleitet und mit beidem ein Einheitsmodell, ja eine Homogenitätsvorstellung, die für *alle* Universitäten unter dem Namen „Humboldt“ *Gleichartigkeit* wie *Gleichwertigkeit* unterstellte.

Dieses nach wie vor wirkungsvolle Einheitsmodell der modernen deutschen Universität verdankt sich zumal geisteswissenschaftlicher Traditionsarbeit und Deutungsmacht. Fichte, Humboldt und Schleiermacher, Harnack, Dilthey oder Spranger, Karl Jaspers oder Helmut Schelsky: Die Reihe dieser Namen kürzt einen Konzeptualisierungszusammenhang ab, dessen Geschichte man seit den rezenten Arbeiten vor allem von Sylvia Paletschek deutlicher als bislang sehen kann.³ Für meine Argumentation ist aus ihnen vor allem zweierlei zu lernen.

Erstens: Im öffentlichen Diskurs dominiert die Vorstellung, die moderne Universität sei von Wilhelm von Humboldt erfunden, sie sei, näherhin, stringent aus dessen kanonischem Versuch „Über die innere und äußere Organisation der höheren wissen-

³Vgl. Paletschek (2001) und (2002).

schaftlichen Anstalten in Berlin“⁴ entwickelt worden. Diese Vorstellung bedarf allerdings der Differenzierung: Im 19. Jahrhundert hat man die Anfänge der vorbildlichen modernen Universität keineswegs in Berlin, sondern vielmehr in Halle (1694) oder noch eher in Göttingen (1737) lokalisiert. Die ‚Humboldtsche Universität‘ hingegen ist vor allem ein Konstrukt der erst spät, um 1900 einsetzenden Rezeption der Schriften Wilhelm von Humboldts, kaum aber eine im 19. Jahrhundert manifeste institutionelle Form.

Zweitens: Dass diese Rezeption Humboldts nicht als eine homogene Tradition rekonstruiert werden kann, die geeignet wäre, genau einen Typus von Universität zu begründen, dies ist schon in der Ambiguität von Humboldts eigenen Texten angelegt. Was Humboldt bei seinem erst 1899 in Bruno Gebhardts „Wilhelm von Humboldt als Staatsmann“ veröffentlichten Essay noch riskieren konnte, ihn nämlich als fragmentarisches Manuskript zu hinterlassen, das war freilich bei seinem „Antrag auf Errichtung der Universität Berlin“ vom 12. Mai 1809 ganz ausgeschlossen; Vollständigkeit hat schon damals einen Antrag ausgemacht. Dieser Antrag nun kennt neben Schulen, Universitäten und Akademien zwar keine weiteren Einrichtungen der höheren Bildung; insofern liefert er für das gegenwärtige Hochschulsystem auch keine Matrix. Humboldt äußert sich aber über die Universitäten mit einem erstaunlichen, man könnte auch sagen: mit dem einem Minister angemessenen Pragmatismus. Er analysiert nämlich das preußische Universitätssystem unter anderem nach geografischen, finanziellen und konfessionellen Gesichtspunkten, um dann trocken die Gründung Berlins, die Beibehaltung Königsbergs, die Umwandlung der Universität Breslau in ein Gymnasium sowie die Schließung der Universität in Frankfurt an der Oder vorzuschlagen.⁵

Erst ein Jahrhundert später, in den Jahrzehnten nach dem ersten Weltkrieg, avancierte die Universität zu einer enthistorisierten auratischen Institutionengestalt. Ein späterer Nachfolger Humboldts, der preußische Kulturminister Carl Heinrich Becker, schreibt 1924 in einem ganz anderen Ton als jener, in einem sakralen Ton: Das Idealbild der Universität gleiche einer Art von „Gralsburg der reinen Wissenschaft“, deren „Ritter [...] einen heiligen Dienst“ vollzögen, sodass „vom Wesen der deutschen Universität [...] nur mit ehrfürchtiger Scheu“ gesprochen werden könne.⁶ Schon die Lektüre der Schriften Humboldts hätte ihn eines anderen belehren können. Erst recht wird Beckers Pathos durch die beinahe gleichzeitig (1926) von Max Scheler angestellten Überlegungen abgekühlt, der schon damals vehement die These vertrat, dass „die verschiedenen gesellschaftlichen Funktionen der Universität, Berufsausbildung, Persönlichkeitsbildung und Forschung [...] in einer Organisation nicht mehr zu vereinigen“

⁴ der unvollendete Entwurf von 1809/1810 in: *Humboldt (o. J.)*, S. 443–455

⁵ Vgl. *Humboldt (o. J.)*, S. 432–439.

⁶ Zitiert nach *Paletschek (2002)*, S. 193.

sein;⁷ man würde heute lediglich zur Liste der Aufgaben noch Weiterbildung, Wissenstransfer und Öffentlichkeitsarbeit hinzufügen.

Pathos und Differenzierung also: Es gibt Alternativen im Verhältnis zur Universität. Sie sind gegenstrebig und sie sind beide schon seit Langem in der deutschen Universitätstradition verfügbar. Die Humboldt-Rezeption im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts – und *dies* ist der Zeitraum der Erfindung der Humboldtschen Modell-Universität, des, wie man neuerdings sagt, ‚Humboldtianismus‘⁸ – begründet nicht irgendeine alternativlose Tradition. Sie ist vielmehr selbst und von Anfang an eine Tradition der Modellalternativen.

3 Humboldtianismus

Man muss die institutionellen Konsequenzen, die Max Scheler aus seiner Kritik an der „primitiven Einheitlichkeit und Nichtdifferenzierung der Aufgaben“ der Humboldt-Universität⁹ zieht, nicht mitgehen. Die von seiner Diagnose angesprochenen Sachverhalte allerdings wären sehr wohl zu bedenken, wenn es darum gehen soll, die Universität funktionsfähig und funktional zu halten. Und in diesem Zusammenhang scheint mir, es sei heute noch unübersehbarer als vor achtzig Jahren, dass jenes idealische Konstrukt, welches nicht dem Pragmatiker Wilhelm von Humboldt gehört, sondern einem in seinen eigenen Pathosformeln sich verstrickenden Humboldtianismus, dass dieses Ideal mit seiner institutionellen Gestaltungskraft und seinen Geltungsmöglichkeiten an Grenzen gestoßen ist. Anders gesagt: Das Funktionsspektrum, der epistemische Horizont, der Fächerkanon, die schier personellen, apparativen, organisatorischen, rechtlichen und ökonomischen Dimensionen universitärer Einrichtungen und ihre wachsenden nationalen und internationalen Verflechtungen und Konkurrenzen haben im 20. Jahrhundert einen sich rapide beschleunigenden Prozess derart enormer Differenzierungen durchlaufen, dass man vielmehr staunen muss darüber, dass wir für unsere gegenwärtige Institution überhaupt noch den alten Ausdruck verwenden können: ‚Universität‘.

Die Totenscheine aber, die der Universität mit einer gewissen Regelmäßigkeit und auch angesichts der Exzellenzinitiative wieder in verfrühten Nachrufen ausgestellt werden, nehmen in methodisch bedenklicher Weise die unübersehbaren Differenzen zwischen den Universitäten einst und jetzt als Symptome ihres bevorstehenden Endes¹⁰ anstatt als Beleg ihrer fortgeltenden institutionellen Stabilität.

⁷ So Paletschek (2002), S. 192

⁸ ‚Humboldtianismus‘ ist ein Terminologievorschlag von Olaf Bartz (2007), S. 71 ff.

⁹ Scheler (1926), S. 489–537, S. 493

¹⁰ Vgl. etwa Borchmeyer (2006); kritisch dazu Strohschneider (2006), S. 11.

4 Differenzierung und Expansion

Die Grenze, an welcher die Ordnungs- und Legitimierungskraft des humboldtianistischen Einheits- und Homogenitätsmodells von Universität sich bricht oder neu formuliert werden muss, diese Grenze wird markiert von jenen grundsätzlichen Veränderungen der wissenschaftlich-technischen Zivilisation, die sich als Entstehungsprozess globalisierter Wissenschaftsgesellschaften darstellen. Diese zivilisatorische Entwicklung steigert und vervielfältigt in ungekanntem Maße die quantitativen und qualitativen Anforderungen auch an die Institutionen der Produktion, Distribution und Reproduktion wissenschaftlichen Wissens: Die Disziplinen wandeln und differenzieren sich, und ihre Epistemologien auch;¹¹ die Unterschiede zwischen den Kommunikationspraxen und Evaluationsroutinen, den Zeittakten und gesellschaftlichen Geltungsansprüchen der Fächergruppen verschärfen sich; Forschungsformen (samt ihren infrastrukturellen Voraussetzungen) verändern sich vielfach dramatisch hin zu oft betriebsförmigen, arbeitsteiligen, ja taylorisierten Prozessen der Wissensproduktion; die Studierendenschaft wird in vieler Hinsicht heterogener und die in ihr vertretenen Bildungs- und Ausbildungsansprüche disparater; und das Wissenschaftssystem expandiert in einer sich stetig beschleunigenden Weise, welche Quantitäten längst in Qualitäten umschlagen lässt.

Diese mit der Differenzierung, Komplexisierung und Beschleunigung von Forschung und Lehre einhergehende quantitative Ausdehnung des Universitätssystems ist zu wesentlichen Teilen nachfrageinduziert. Die Nachfrage nach akademischer Bildung ist sprunghaft gestiegen. Nicht mehr, wie noch zu Beginn der 60er-Jahre, fünf Prozent, sondern fast 40 Prozent eines Altersjahrgangs streben in Deutschland einen Hochschulabschluss an. Knapp zwei Millionen Studierende gibt es derzeit, 2,7 Millionen werden es in wenigen Jahren sein. Und demografische Entwicklungen wie Strukturverschiebungen auf den Arbeitsmärkten lassen diese Steigerung auch als unbedingt erforderlich erscheinen.¹² Um auch Letzteres mit einer einzigen Zahl bloß zu illustrieren: Während in den Jahren 1974 bis 2004 die allgemeine Beschäftigungsquote nur unwesentlich anstieg (plus 14 Prozent, was zumal auf den Anstieg der weiblichen Erwerbstätigkeit zurückzuführen ist), hat sich im gleichen Zeitraum die Zahl der akademisch qualifizierten Beschäftigten verdreifacht. Diese Schere wird sich, nach allem, was man wissen kann, weiter öffnen; der wachsende Fachkräftemangel ist längst in der bildungspolitischen Rhetorik angekommen.

¹¹ Neben das begriffliche Argumentieren, die *mathesis universalis* und das Experiment ist längst die Erkenntnisproduktion qua bildgebender Verfahren getreten – ohne dass sich übrigens behaupten ließe, die erkenntnistheoretischen Probleme von Evidenz seien etwa theoretisch bereits zugänglich durchdacht.

¹² Vgl. hierzu *Kultusministerkonferenz (2005); Wissenschaftsrat (2006b)*.

Die Expansion des Wissenschafts-, vor allem des Hochschulsystems ist einer der Basisprozesse der zurückliegenden Jahrzehnte. Er ist auch eine Überdehnung. Die Kapazitäten des Systems haben nämlich – politisch gewollt – mit seiner Expansion in keiner Weise Schritt gehalten. Vor ziemlich genau 30 Jahren, am 4.11.1977, haben der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Länder jenen ‚Öffnungsbeschluss‘ gefasst, der die Hochschulen dem Prinzip „erschöpfender Kapazitätsauslastung“ unterwarf,¹³ und in gewisser Weise tatsächlich sehr erfolgreich war: Die Hochschulen, vor allem die Universitäten, *sind* vielfach (finanziell, kapazitativ) ‚erschöpft‘! Umso staunenswerter die Leistungskraft, die sie, aufs Ganze gesehen, gleichwohl nach wie vor besitzen.

5 Zielspannungen

Aus diesem Verlauf der quantitativen Expansion des Hochschulsystems ergibt sich das Erfordernis einer nachdrücklichen und nachhaltigen Steigerung der Qualität vor allem der Lehre. Zugleich besteht weithin Konsens darüber, dass man Forschung und Lehre nicht (wie zum Beispiel im sowjetischen oder im französischen Wissenschaftssystem) entkoppeln sollte. Das heißt aber, wie die Dinge liegen, dass zugleich die Forschungsfähigkeit der Universitäten gestärkt werden muss, die unter der Expansion und Unterfinanzierung des Systems nicht weniger zu leiden hatte als die Lehre: Anders können die Universitäten nicht faktisch sein, was sie normativ sein müssen, nämlich – um diese Formel zu wiederholen – die „Organisationszentren des Wissenschafts-systems“ und interessante Kooperationspartner auch für die in der Regel sehr viel auskömmlicher finanzierte außeruniversitäre Forschung.

Quantitativer Ausbau und *Qualitätsverbesserungen* vor allem der Lehre sowie Stärkung der Forschungsfähigkeit der Universitäten: Diese *zugleich* sind, wie ich überzeugt bin, die Zielstellungen gegenwärtiger Hochschulpolitik. Und das heißt – jedenfalls solange Geld auch durch Knappheit definiert ist –: Die Hochschulpolitik hat es mit einer Zielspannung zu tun, mit einem selbstverständlich nicht systematischen, aber doch politisch extrem schwierig aufzulösenden Trilemma.

Die Wucht der Probleme kann man ganz alltäglich daran bemerken, dass Unabgestimmtheiten und Konflikte innerhalb vor allem der Universitäten sich verschärfen, dass das System als Ganzes in einer Weise in Bewegung ist wie seit mindestens einer Generation nicht mehr. Und man kann es daran beobachten, dass der Versuch nicht wirklich funktioniert hat, der genannten Schwierigkeiten dadurch Herr zu werden, dass man das Universitätssystem expandiert, indem man es nicht kapazitativ entsprechend aus- und strukturell umbaut, sondern indem man neben dem etablierten Hochschultyp

¹³ *Bulletin*, Nr. 119/1977, 25. November, S. 1094–1096

der Universität einen zweiten einrichtet, die Fachhochschule.¹⁴ Es spricht daher – jedenfalls nach Auffassung des Wissenschaftsrates – vieles dafür, den Differenzierungsprozess sehr viel komplexer anzusetzen, wenn man dieses spannungsreiche System mit seinen Dysfunktionalitäten und trilemmatischen Zielkonflikten sachgerecht weiterentwickeln will.

6 Exzellenzinitiative

An dieser Stelle, so meine ich, liegt der funktionale Ort der Exzellenzinitiative und auch ihre symbolische Dimension. Sie signalisiert die Abkehr von dem humboldtianistischen Einheits- und Homogenitätsmodell der Universität zugunsten dessen, was inzwischen auch „Differenzierungsparadigma“¹⁵ heißt. Der 18. Juli 2005 ist das Datum dieses ‚Paradigmenwechsels‘¹⁶. Bund und Länder beschließen, in den Jahren 2006 bis 2011 über die laufenden Haushalte und Haushaltsplanungen hinaus 1,9 Milliarden Euro, die sie im Verhältnis 3:1 aufbringen, für einen Wettbewerb der deutschen Universitäten zur Verfügung zu stellen, mit dessen Durchführung sie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und den Wissenschaftsrat (WR) beauftragen.

Die Auffächerung dieses Wettbewerbs in die drei Förderlinien ‚Graduiertenschulen‘, ‚Exzellenzcluster‘ sowie ‚Zukunftskonzepte zum projektbezogenen Ausbau der universitären Spitzenforschung‘ ist das Ergebnis eines mühsamen politischen Kompromisses zwischen Bund und Ländern, in welchem Ressourcenverteilungskämpfe sowie verfassungsrechtliche Kompetenzabgrenzungen im föderalen Hochschulsystem einander überlagerten.¹⁷ Das führt auch zu einer Komplexität der Programmziele und -kriterien, denen gegenüber die massenmediale Weiterverarbeitung nur als krass reduktionistisch bezeichnet werden kann, insofern sie die Exzellenzinitiative nach dem agonalen Schema des Sports oder von TV-Shows („Deutschland sucht die Super-Uni!“) in Szene setzt. Zu dieser Komplexität gehört es, dass etwa in der dritten Förderlinie die sichtbare Auszeichnung manifester Exzellenz und die Förderung zukünftiger Exzellenzentwicklung in einer gewissen Spannung zueinander stehen. Hierher gehört auch, dass die Konkurrenz konkreter Forschungsprogrammatiken vorwiegend in den Clustern und Graduiertenschulen einerseits sich mit einem institutionellen Ideenwettbewerb vor allem bei den Zukunftskonzepten andererseits verschränkt.

¹⁴ Durch Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz 1968. – Zwar gibt es in Deutschland mittlerweile 172 Fachhochschulen neben den 116 Universitäten, doch sind über 70 Prozent der Studierenden nach wie vor an Letzteren immatrikuliert.

¹⁵ Münch (2007), S. 318 *passim*

¹⁶ Einhäupl (2006)

¹⁷ Vgl. Bartz (2007), S. 241 f.

Dass dieses letztgenannte Ziel der institutionellen Entwicklung deutscher Universitäten von herausgehobener Bedeutung ist, ergibt sich auch aus der Entscheidungsstruktur der Exzellenzinitiative, welche zugleich von diesem Ziel – gemeinsam mit der Höhe der Gesamtfördersumme – begründet wird: Ausschließlich mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern besetzte internationale Gutachterpanels und -kommissionen (Fachkommission der DFG, Strategiekommission des WR)¹⁸ garantieren eine strikt wissenschaftsgeleitete Konzept- und Antragsauswahl. Gleichzeitig wird aber im letzten Verfahrensschritt wissenschaftliche Dignität dadurch um politische Legitimität ergänzt, dass im Bewilligungsausschuss zu den 39 Stimmen der Wissenschaft 32 Stimmen der 17 Wissenschaftsministerinnen und -minister von Bund und Ländern hinzutreten. Diese Stimmverhältnisse bilden den – freilich nicht spannungsfreien – Versuch, die Begründungsfähigkeit von nach rein wissenschaftlichen Kriterien getroffenen Entscheidungen auch politisch zu ermöglichen, ohne damit zugleich politisch-partikulären, etwa regionalpolitischen oder wettbewerbsföderalistischen Durchgriffen die Tür zu öffnen.

Die Exzellenzinitiative ist ausdrücklich ein Wettbewerb nicht der einzelnen Wissenschaftler, sondern ihrer Institutionen: „Antragsberechtigt sind Universitäten, jeweils vertreten durch ihre Leitung.“¹⁹ Dies versucht auf die prekäre Situation der deutschen Universitäten und zugleich auch auf Veränderungen der Forschungspraxis in vielen Disziplinen zu reagieren; beides habe ich bereits kurz angesprochen. Das Verfahren stärkt, zumal mit der dritten Förderlinie, das, was man die institutionelle Strategiefähigkeit der Universitäten nennen könnte, es beschleunigt deren institutionellen Wandel und es steigert damit deren Bedeutung als „Organisationszentren“ im Wissenschaftssystem. Besonders an den im vergangenen Jahr entstandenen vielfältigen Formen der Verdichtung und Verbindlichmachung von Kooperationen zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung („Karlsruhe Institute of Technology“, „Jülich-Aachen-Research-Alliance“, „Göttingen Research Council“, der sogenannte Masterplan Berlin usw.) lassen sich entsprechende Wirkungen deutlich beobachten.

7 Wirkungen

Die Voraussetzung dieser Leistungen der Exzellenzinitiative – manche meinen: ein ihre Legitimität kostender Preis – besteht freilich darin, dass sie die angedeuteten Wirkungen allein auf dem Wege der fortschreitenden Differenzierung des Hochschulsystems

¹⁸ Die Gutachterrekrutierung stellte eine enorme Herausforderung für DFG und WR dar. Um Unbefangenheit zu gewährleisten und das Auswahlkriterium der internationalen Konkurrenzfähigkeit zu erfüllen, war es notwendig, die Mehrzahl der Gutachter aus dem Ausland zu rekrutieren. Es ist beachtlich, dass es in der Kürze der Zeit gelingen konnte, knapp 80 Prozent der rund 750 Gutachter aus dem Ausland zu rekrutieren. Der von einigen Kritikern formulierte Verdacht, dass Gutachterkartelle die Auswahl beeinflusst hätten, erscheint schon im Hinblick auf die breite Internationalität der Gutachtergruppen wenig plausibel.

¹⁹ Bund-Länder-Vereinbarung über die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen vom 18. Juli 2005; *Bartz (2007)* sieht darin „eine fundamentale Neuerung in der bundesdeutschen Wissenschaftspolitik“ (S. 242).

erzielt; ich habe vorhin ausgeführt, warum ich dies für den richtigen Weg halte. Das impliziert freilich keineswegs, dass ich mir auch jene rein vertikal-hierarchische, sozusagen stratifikatorische Engführung des Differenzierungsbegriffs zu eigen machen würde, der in der spätestens seit der Exzellenzinitiative voll entbrannten wissenschaftspolitischen Debatte häufig dominiert. Eine allein an unterschiedlichen Qualitäts- und Niveauschichten orientierte Auffächerung des Hochschulsystems wäre nämlich angesichts der Komplexität hochschulischer Aufgabenspektren gar nicht zu plausibilisieren. Vor allem wäre eine solche vertikale Schichtung (Stichwort: „Zwei-Klassen-System“) keine überzeugende Strategie für die Entwicklung des Hochschulsystems, wenn sie allein auf das Konstatieren von Qualitätsunterschieden gerichtet wäre und gar in der Vergrößerung der Abstände zwischen den einzelnen Strata ein Förderungsziel erkennen würde.

Für eine Differenzierung des Hochschulsystems ist demgegenüber viel überzeugender in einem funktionalen Sinne zu argumentieren; und *hier* liegt die Differenz zu den Einheits- und Homogenitätsvorstellungen des bildungspolitischen Humboldtianismus. Funktionale Differenzierung heißt: Es entstehen Universitäten mit unterschiedlichem, je spezifischem Aufgaben- und Leistungsprofil – also eine funktionale Differenzierung zwischen den Gliedern des Universitätssystems –, und es bilden sich Arrangements darüber hinaus, auf welchen Fachgebieten in einer Universität im Zuge ihrer Binnendifferenzierung zum Beispiel internationale Spitzenforschung und damit einhergehende Nachwuchsförderung angestrebt werden sollen, wo Akzente in der lehrorientierten beschäftigungsbefähigenden Ausbildung gesetzt werden, mit welchen Branchen und auf welchen Kanälen Ziele des Technologietransfers verfolgt werden sollen, wo etwa mit unter Umständen regionalen Partnern Weiterbildungsangebote entstehen sollen. Das enorm erweiterte Funktionsspektrum der Universitäten – Forschung und Entwicklung in den unterschiedlichsten Wissenschaftskulturen, Bildung und Ausbildung und Weiterbildung auf den diversen Anspruchsniveaus, Kooperation und Transfer usw. – ermöglicht, ja erzwingt es, dass es jeweils ganz verschiedene Funktionsprimatte und Funktionshierarchien sind, über welche die Universitäten wie ihre Untereinheiten sich bestimmen.

Man darf nicht die vereinfachenden Wertsemantiken des massenmedial vermittelten wissenschaftspolitischen Diskurses und seine *event*-Rhetorik schon für das Ganze halten: Die Exzellenzinitiative befördert und beschleunigt die *funktionale* Differenzierung des Universitätssystems. Sie ist ein Differenz steigerndes Instrument in einem ganzen Fächer weiterer hochschulpolitischer Werkzeuge, die an anderen Problemstellen im Trilemma der Universitätsentwicklung ansetzen und die in der Mehrzahl eher nivellierend wirken. Die Exzellenzinitiative ist also lediglich *ein* Instrument. Bei ihm geht es nicht um Lehre, sondern um Forschung, und es geht nicht um Normalwissenschaft, sondern um Spitzenforschung sowie deren institutionelle

Möglichkeitenbedingungen. Die grundständige Lehre, die akademische Weiterbildung oder die Normalwissenschaft werden von der Exzellenzinitiative weder direkt tangiert noch delegitimiert. Es geht bei ihr einfach um etwas anderes. Sie ist nicht das Instrument, sämtliche Problemkomplexe des deutschen Universitätswesens aufzulösen – von seiner strukturellen Unterfinanzierung bis zur sogenannten ‚Versäulung‘ (die bei der aktuellen Debatte um die Max-Planck-Institute gerade wieder einmal Aufmerksamkeit findet), von seiner schieren Größe bis zur Symmetrisierung von Forschung und Lehre, von der Personalstruktur bis zur Höhe der Besoldung. Die Exzellenzinitiative ist ihren strukturellen wie finanziellen Vorgaben zufolge genau und nur das Instrument zur Behandlung *eines* spezifischen Defizits eines Systems, das in der ganzen Breite seiner Einrichtungen und Disziplinen in Forschung und Lehre auf gutem Niveau erstaunlich effizient, aber eben nicht gut genug funktioniert: Es fehlen international sich vergleichen könnende Universitäten der Spitzenforschung.

Und ich vermute durchaus breite Zustimmung, wenn ich die Bedingung festhalte, für die Behebung dieses Defizits dürfe nicht der Preis bezahlt werden, dass das deutsche Hochschulsystem zugleich um seine spezifischen Stärken gebracht wird. Strittig wird vielmehr die Frage sein, ob die Exzellenzinitiative in ihrer gegenwärtigen oder in einer weiterentwickelten, etwa flexibilisierten Form de facto oder prinzipiell der genannten Bedingung entspricht oder überhaupt entsprechen kann.

Mit Blick darauf mag es vielleicht nützlich sein, wenn ich nun im letzten Teil meines Beitrags ganz summarisch über einige interessante Ergebnisse der Förderrunden 2006 und 2007 berichte, wobei ich mich einerseits auf Fragen der Mittelverteilung (8), andererseits auf einige Leitideen der tatsächlich geförderten Zukunftskonzepte (9) beschränke.

8 Mittelverteilung

Abbildung 1: Verteilung der Fördermittel auf die drei Förderlinien

Ergebnisse 1. und 2. Runde

1. Förderlinie:	39 Graduiertenschulen	44,7 Mio € p. a. (11,3 %)
2. Förderlinie:	37 Exzellencluster	235,9 Mio € p. a. (59,9 %)
3. Förderlinie:	9 Zukunftskonzepte	131,1 Mio € p. a. (28,7 %)

Im Hinblick auf die Verteilung der Fördermittel in den ersten beiden Runden der Exzellenzinitiative 2006 und 2007 kann ein prägnanter Kontrast zwischen finanziellem und symbolischem Kapital auffallen (vgl. Abbildung 1): Im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung des Wettbewerbs entfallen auf die dritte Förderlinie nicht einmal 30 Prozent der Fördermittel. Gleichwohl ist eine Akkumulation der Gelder bei den in der dritten Förderlinie erfolgreichen neun Universitäten zu beobachten (Abbildung 2), die fast 60 Prozent der gesamten Fördermittel einwarben.

Abbildung 2: Mittelverteilung auf die in der dritten Förderlinie geförderten Universitäten und die übrigen Universitäten

Ergebnisse 1. und 2. Runde

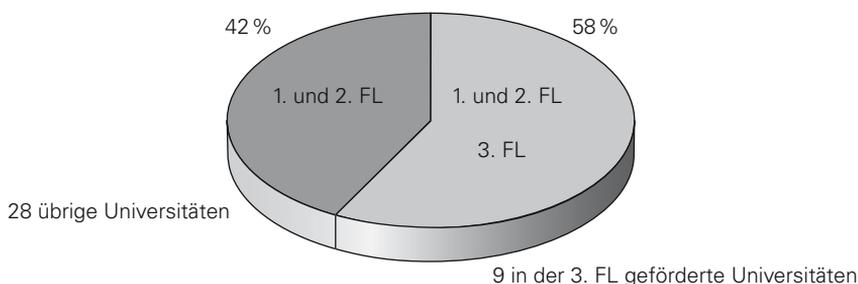
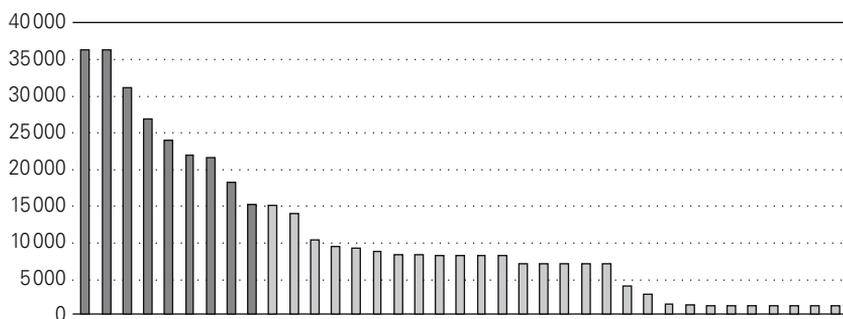


Abbildung 3: Verteilung der Mittel nach Universitäten

Ergebnisse 1. und 2. Runde

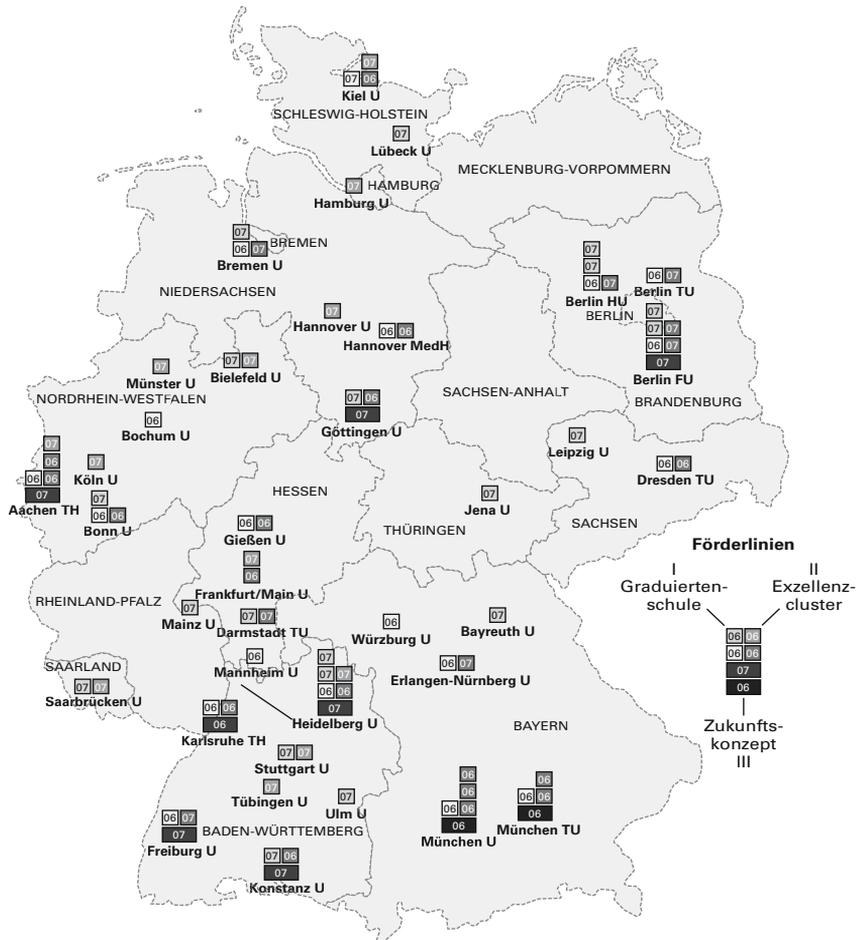
Fördervolumen in Tausend € pro Jahr



Die übrigen 42 Prozent der Mittel wurden allerdings auf weitere 28 Universitäten aufgeteilt, sodass die Mittelverteilung einerseits zwar eine kleinere Gruppe sehr forschungsstarker Universitäten heraushebt, zugleich aber auch ein breiteres Feld von Universitäten fördert, denen in einzelnen Bereichen gleichfalls höchste wissenschaft-

liche Leistungsfähigkeit attestiert werden kann. Gemessen an den jährlichen Fördersummen stellt sich der Übergang von dieser Neunergruppe der erfolgreichsten Universitäten zu dem, was man etwa das Verfolgerfeld nennen mag, als gleitend dar (Abbildung 3): die ‚reichste‘ Universität aus diesem Feld hat annähernd so viele Gelder eingeworben wie die ‚ärmste‘ Universität aus der Spitzengruppe.

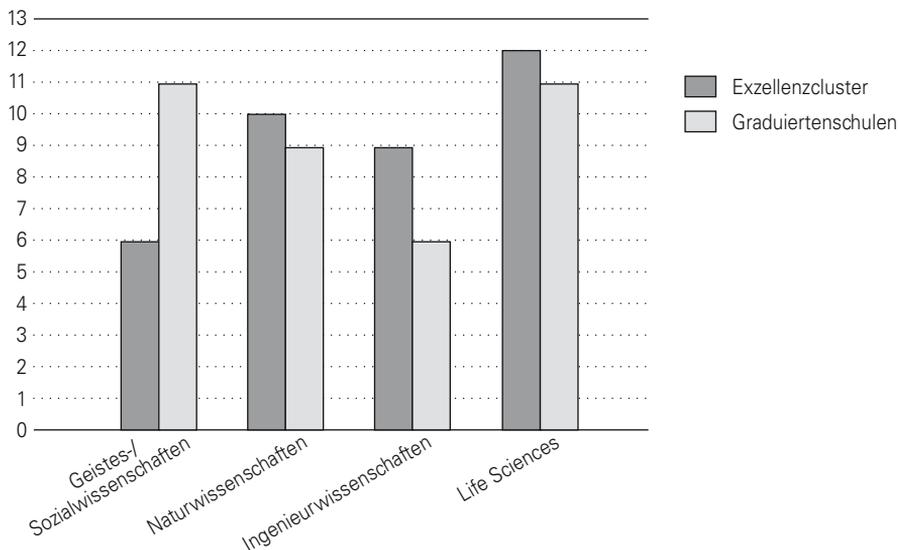
Abbildung 4: Förderentscheidungen in der Exzellenzinitiative 2006 und 2007



Die Fördermittelverteilung nach Bundesländern (Abbildung 4) zeigt, wie schwer begründbar die Behauptung ist, in den Sitzungen des Bewilligungsausschusses hätten sich Regionalproporze durchgesetzt. Die ausgeprägte regionale Ungleichverteilung der Fördermittel hat übrigens eine ganze Reihe von Ländern mittlerweile zu der Konsequenz veranlasst, landeseigene Förder- und Wettbewerbsprogramme aufzulegen, die teilweise in beträchtlichem Umfang zusätzliches Geld in die Universitäten bringen.

Abbildung 5: Verteilung nach Fächergruppen

Ergebnisse 1. und 2. Runde
Verteilung auf Fächergruppen



Die Erfolge der Geistes- und Sozialwissenschaften in der Exzellenzinitiative, nimmt man beide Entscheidungsrunden zusammen (Abbildung 5), liegen *oberhalb* ihrer langjährigen Drittmittelanteile in den etablierten DFG-Verfahren. In der zweiten Runde besaßen ein knappes Drittel aller Graduiertenschulen und ein Viertel aller Exzellenzcluster einen geisteswissenschaftlichen Schwerpunkt; dass diese Fächergruppe überdies deutlich auch von der Finanzierung der Zukunftskonzepte profitiert, ist dabei noch gar nicht berücksichtigt. Beide Befunde widersprechen übrigens nicht der Annahme, dass großformatige Verbundforschung sich keineswegs für sämtliche geisteswissenschaftlichen Erkenntnisvorhaben eignet. Das könnte bei der Weiterentwicklung der Exzellenzinitiative dafür sprechen, die drei Förderlinien flexibler zu definieren, doch ist es auch derzeit schon so, dass Exzellenzcluster und Zukunftskonzepte an vielen Stellen institutionelle Instrumente vorsehen, die passgenau auf spezifisch geisteswissenschaftliche Forschungsformen zugeschnitten werden können. Eine Opposition von Einzel- und Verbundforschung halte ich im übrigen für künstlich: Der Generalverdacht gegen jede Form der Erkenntnisproduktion, an welcher mehr als ein Wissenschaftler beteiligt ist, ist ebenso antiquiert wie die Formel ideologisch, dass gute Forschung ausschließlich an den Grenzen der Disziplinen und in Kooperationen stattfinden könne.

9 Zukunftskonzepte

Die Antragsvorgaben der Exzellenzinitiative sind auch für die dritte Förderlinie sehr allgemein gefasst. Deswegen lässt sich tatsächlich von einem Ideenwettbewerb sprechen. Und deswegen lässt sich zwar einerseits beobachten, dass die von den Universitäten vorgelegten Konzepte für ihre eigene Weiterentwicklung in einem gewissen Umfang selbstverständlich auch die Topoi des aktuellen, sozusagen hegemonalen hochschulpolitischen Diskurses abbilden. Andererseits aber zeigen diese Konzepte eben auch, was aus den Universitäten heraus für dringlich gehalten wird. Stärkung der universitären Forschung, Steuerungsfragen, Nachwuchsförderung und institutionelle Kooperationen sind dabei die hervorstechenden Themen:

Nicht *allein* für die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung, aber *auch* für sie richten sieben der neun in der dritten Linie geförderten Universitäten universitätsinterne Forschungsinstitute ein (Abbildung 6). Sie sollen vor allem die Spitzenforschung in die Universitäten zurückholen, die dort in den vergangenen Jahrzehnten durch Lehrüberlast, zu geringe Grundfinanzierungen und wachsende administrative Verpflichtungen für Hochschullehrer im Vergleich mit der außeruniversitären Forschung an Boden verloren hat.

Abbildung 6: Organisationsmodelle für Exzellenzbereiche innerhalb der Universität

Geförderte Projekte 3. Förderlinie:

- Institute for Advanced Study
 - Fachlich spezifische Forschungsinstitute
 - Interdisziplinäre Forschungszentren
 - Kooperative Forschungszentren
-

An den Macht- und Entscheidungsstrukturen der Gruppenuniversität setzen die Zukunftskonzepte vor allem an, indem sie die Leitungsebenen der Universität stärken: durch Zuweisung von Dispositionsfonds (für Anschubfinanzierung neuer Forschungsgebiete oder Berufungen), Etablierung inneruniversitärer Wettbewerbsverfahren oder Beiordnung von *Think Tanks*, in denen zum Beispiel auch Wissenschaftler benachbarter außeruniversitärer Forschungseinrichtungen mitwirken.

Im Bereich der Förderung von Doktoranden und wissenschaftlichem Nachwuchs implementieren die geförderten Universitäten in je eigener Weise das ganze Spektrum von Einzelinstrumenten (von *tenure-track*-Optionen bis zur Differenzierung der Professorentypen) und die Länder haben teilweise sehr schnell die rechtlichen

Voraussetzungen dafür geschaffen. Zugleich erlebt die Doktorandenausbildung einen Modernisierungsschub besonders durch die Einrichtung universitärer Graduiertenzentren, welche auf vielfältige Weise bestehende strukturierte Doktorandenprogramme und Promotionsförderungsaktivitäten koordinieren, standardisieren und unterstützen sollen.

Besondere Aufmerksamkeit in der öffentlichen Wahrnehmung der Exzellenzinitiative finden insbesondere auch die institutionellen Kooperationen von Universitäten mit Einrichtungen der außeruniversitären Forschung. Sie können hier nicht mehr im Einzelnen dargestellt werden, doch ist ja unübersehbar, dass in das langehin fixierte Verhältnis der Hochschulen zu den Instituten der außeruniversitären Forschungsorganisationen (HGF, FhG, WGL und auch MPG) Bewegung gekommen ist, und es scheint mir offenkundig, dass dieser Effekt zumal auch durch die dritte Förderlinie der Exzellenzinitiative erreicht werden konnte.

Dieser Effekt wird übrigens die Wissenschaftspolitik in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen. Auslöser für eine Reihe von Kooperationskonzepten war neben dem (funktionalen) Ausstattungsvorteil auch der (symbolische) Reputationsvorsprung außeruniversitärer Institute, von dem sich die Universitäten zu Recht einen Wettbewerbsvorteil erhofften. Doch könnten so begründete Kooperationen durchaus ambivalente Folgen haben. Werden die Exzellenzcluster zu einem Erfolg, dann würde die Forschungsleistungsfähigkeit der Universitäten in einem Maße ausgebaut, welches im Gegenzug die Legitimationsgrundlagen außeruniversitärer Forschung schwächen könnte: Forschungsaufgaben, die inneruniversitär erledigt werden können, brauchen nicht außeruniversitär institutionalisiert zu sein. Aber auch umgekehrt: Sehr große Forschungseinheiten innerhalb der Universitäten (wie die Exzellenzcluster) könnten dort zu Strukturverwerfungen führen, denen man allein dadurch noch beizukommen meint, dass man auf langfristige außeruniversitäre Institutionalisierungsformen setzt. Die Begründungsdebatte würde dieserart zu jener Figur zurückkehren, mit welcher vor 100 Jahren Adolf von Harnack die Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft beschrieben hatte, als er sie „*auch* [...] Hilfsinstitute für die Universität“ nannte.

10 Ausblick

Die Dinge verändern sich also. Und dabei besetzt die Exzellenzinitiative in der wissenschafts- und hochschulpolitischen Diskussion – nicht allein der Bundesrepublik – eine herausgehobene Position. Dem analytischen Blick wird freilich nicht entgehen, dass dieser Wettbewerb nicht dazu taugt, quasi automatisch Spitzenuniversitäten zu generieren, wie es gelegentliche Sonntagsreden nahelegen mögen; er kann das weder mechanisch tun noch auch im Sinne jenes von Norbert Elias entwickelten Konzepts des „Monopolmechanismus“, das Richard Münch zur Kritik an der Exzellenzinitiative

bemüht hat. Die Exzellenzinitiative wird auch keineswegs das endgültige Aus der europäischen Universität besiegeln, wie apokalyptische Stimmen glauben machen wollen. Als gut belegt darf hingegen gelten, dass der Wettbewerb eine enorme Dynamik der strukturellen und institutionellen Differenzierung von Hochschulen und Hochschulsystem ausgelöst hat – bis zu einem gewissen Grad sogar unabhängig davon, ob eine Universität erfolgreich war oder nicht. Diese Bewegung als eine produktive zu erhalten, scheint mir derzeit ein vorrangiges Ziel der Hochschulentwicklung zu sein. Auch der Wissenschaftsrat sieht sich dabei in der Pflicht, weil er nach Verfassung und Funktion in besonderer Weise den Blick auf das Gesamtsystem der Wissenschaft zu organisieren und zur Geltung zu bringen hat. Er wird daher die Wissenschaftspolitik dabei beraten, die Exzellenzinitiative als eines von mehreren Instrumenten für das Gesamtsystem der Universitäten so weiterzuentwickeln, dass es nicht zur Herausbildung eines *closed shop* kommt; was eine konzeptionell und politisch durchaus nicht-triviale Aufgabe ist. Andernfalls würde nämlich die in Gang gekommene Bewegung in umso starrerem Stillstand enden. Und den kann sich die Bundesrepublik ökonomisch, gesellschaftlich und intellektuell gewiss nicht leisten.

Literatur

Bartz, Olaf (2007): Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957–2007. Stuttgart

Borchmeyer, Dieter (2006): Unsere Universität ist tot. Ein Nachruf. In: Süddeutsche Zeitung vom 21./22. Oktober 2006

Bulletin (1977): Nr. 119/1977, 25. November, S. 1094–1096

Bund-Länder-Vereinbarung über die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen vom 18. Juli 2005. In: Bundesanzeiger 167 (2005), S. 13347

Einhäupl, Karl Max (2006): Wir brauchen die Leuchttürme. In: Kölner Stadtanzeiger vom 27. Januar 2006

Elias, Norbert (1979): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Zweiter Band: Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation. Frankfurt/Main, S. 142 ff.

Hartmann, Michael (2007): Die Exzellenzinitiative – ein Paradigmenwechsel in der deutschen Hochschulpolitik. In: Leviathan 34 (2007), S. 447–465

Humboldt, Wilhelm von (o. J.): Ausgewählte Schriften. Hrsg. von Theodor Kappstein. Berlin

Kultusministerkonferenz (2005): Prognose der Studienanfänger, Studierenden und Hochschulabsolventen bis 2020 (Dokumentation Nr. 176). Bonn

Max-Planck-Gesellschaft (MPG) (Hrsg.) (1961): 50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft 1911–1961. Beiträge und Dokumente. Hrsg. von der Generalverwaltung der MPG. Göttingen, S. 89

Münch, Richard (2007): Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz. Frankfurt/Main, S. 318

Paletschek, Sylvia (2001): Verbreitete sich ein ‚Humboldt’sches Modell‘ an den deutschen Universitäten im 19. Jahrhundert? In: Schwinges, Rainer Christoph (Hrsg.): Humboldt International. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert. (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 3). Basel, S. 75–104

Paletschek, Sylvia (2002): Die Erfindung der Humboldtschen Universität. Die Konstruktion der deutschen Universitätsidee in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: Historische Anthropologie 10 (2002), S. 183–205

Scheler, Max (1926): Universität und Volkshochschule. In: ders.: Die Wissensformen der Gesellschaft. Leipzig, S. 489–537

Strohschneider, Peter (2006): Die Universität lebt. Warum die Kritik an der Exzellenzinitiative die Lage der Geisteswissenschaften verkennt. In: Süddeutsche Zeitung vom 30. Oktober 2006, S. 11

Wissenschaftsrat (2006a): Empfehlungen zur künftigen Rolle der Universitäten im Wissenschaftssystem. Köln, S. 32

Wissenschaftsrat (2006b): Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems. Köln

Anschrift des Verfassers:

Professor Dr. Peter Strohschneider
Wissenschaftsrat
Brohler Straße 11
D-50968 Köln

Peter Strohschneider lehrt Germanistische Mediävistik an der Ludwig-Maximilians-Universität München und ist seit 2006 Vorsitzender des Wissenschaftsrats.

Geeignete Ansätze zur Messung wissenschaftlicher Leistung¹

Ulrich Schmoch

Die Hochschulfinanzierung wird zunehmend von der Input- auf die Outputsteuerung umgestellt. Dies und die Stärkung der Hochschulleitungen bei der Mittelverteilung haben einen großen Bedarf ausgelöst, wissenschaftliche Performanz zu bewerten. Neben qualitativen Verfahren werden dabei auch in großem Umfang Performanzindikatoren genutzt, deren Eignung jedoch umstritten ist. Der Beitrag zeigt einen Ansatz auf, der über spezifische Indikatoren unterschiedliche Dimensionen von wissenschaftlicher Performanz erfassen kann. Darüber hinaus werden geeignete Verfahren der Auswertung erläutert, die diese Mehrdimensionalität erhalten. Abschließend werden Möglichkeiten einer breiteren Einführung dieser Ansätze in die Hochschulpraxis erörtert.

1 Einführung in die Fragestellung

In den letzten Jahrzehnten ist in führenden Industrieländern ein deutlicher Strukturwandel hin zu wissensbasierten Produkten und Dienstleistungen zu beobachten; gleichzeitig stehen nur begrenzte öffentliche Mittel zur Forschungsförderung zur Verfügung. Der Aufbau einer wissensbasierten Wirtschaft benötigt jedoch ein starkes wissenschaftliches Fundament. Von daher muss die Politik nach geeigneten Wegen suchen, trotz begrenzter Mittel eine gute wissenschaftliche Basis zu gewährleisten. Die naheliegendste Lösung dieses Dilemmas ist eine Steigerung der Effizienz der Forschung an den Hochschulen, doch sind die Wege zur Erreichung dieses Ziels umstritten.

Vor diesem Hintergrund haben viele Regierungen in Europa und auch in Übersee verschiedene Maßnahmen in die Wege geleitet, die mit dem Begriff des „New Public Management (NPM)“ assoziiert werden (*Schimank 2005*). Diese Strukturreform beinhaltet ein Bündel institutioneller Veränderungen und Maßnahmen, insbesondere eine Zurücknahme des direkten Staatseinflusses, verbunden mit einer Stärkung der Leitungen der Universitäten sowie eine Umstellung bei der Finanzierung von der Input- zur Output-Steuerung. Bei der Input-Steuerung werden die Aktivitäten durch die Höhe

¹ Der vorliegende Beitrag beruht auf Ergebnissen des Projekts „Performanz-Indikatoren für Forschungseinrichtungen, insbesondere Forschungsgruppen“, welches von der deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wird (SCHM 1719/1–2). Das Projekt ist Teil der Arbeit einer interdisziplinären Forschergruppe zum Thema „Internationale Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungsorganisationen – Neue Governanceformen (FOR 517)“. Ich danke Dr. Torben Schubert für wertvolle Diskussionen und Anregungen.

der bereitgestellten Grundmittel gesteuert, deren ordnungsgemäße Verwendung vom Staat – in Deutschland von den Ländern – kontrolliert wird. Bei der Output-Steuerung ist demgegenüber die Vergabe zukünftiger Mittel an die aktuelle wissenschaftliche Performanz von Forschungseinheiten gekoppelt, die jetzt jedoch von den Hochschulleitungen überprüft wird.²

Diese neuen Strukturen haben sich auch in Deutschland je nach Bundesland mehr oder weniger stark durchgesetzt (*Lesczensky/Orr 2004; Schubert 2008*); der Trend zu einer breiten, nachhaltigen Einführung ist in jedem Fall unübersehbar. Die Stärkung der Hochschulleitungen, verbunden mit einer Output-Steuerung, hat zur Folge, dass diese in zunehmendem Maße Informationen über die wissenschaftliche Performanz ihrer Forschungseinheiten benötigen, wobei es sich bei großen Universitäten auf der Ebene von Instituten und Lehrstühlen um mehrere hundert Einheiten handeln kann. Eine unmittelbare Folge dieser stärkeren Erfassung wissenschaftlicher Performanz ist eine steigende Zahl von Evaluationen, die traditionell rein qualitativ von Fachexperten im Wege des sogenannten Peer Review durchgeführt werden. Da diese qualitativen Evaluationen sehr aufwendig sind, setzt sich in der Praxis immer mehr die Erhebung von Leistungsindikatoren durch und damit die quantitative Messung von wissenschaftlicher Performanz.

Schon die qualitativen Evaluationen sind umstritten, da es bei den Evaluatoren mehr oder weniger versteckte Interessenkonflikte geben kann und die Subjektivität der Bewertung nicht unerheblich ist (*Bornmann/Daniel 2003; Kuhlmann/Heinze 2004a/b*). Außerdem fehlt es bei der steigenden Zahl von Evaluationen an kompetenten Evaluatoren; deren Knappheit ist mittlerweile zu einem Problem geworden. Die Eignung von quantitativen Indikatoren ist aber noch umstrittener. Bemängelt wird hier, dass viele Indikatoren nicht einheitlich für alle Disziplinen anwendbar sind. Ein gutes Beispiel sind hier die Drittmittel, die sich in technischen Fächern einfacher als in geisteswissenschaftlichen akquirieren lassen. Eine weitere, noch grundlegendere Kritik besteht darin, dass durch die Auswahl spezifischer Indikatoren nur ein enger Ausschnitt wissenschaftlicher Performanz erfasst werde und damit andere wesentliche Aspekte nicht berücksichtigt würden.

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Problematik, wie wissenschaftliche Performanz auf quantitativem Wege adäquat erfasst werden kann, etwa durch eine geeignete Auswahl von Indikatoren oder angemessene Verfahren der Auswertung. Damit fokussieren die Ausführungen auf die Performanz in der Forschung und lassen die der Lehre unbeachtet. Dies soll jedoch nicht bedeuten, dass die Leistungen in der Lehre unwichtig wären. Angesichts des schon aktuell spürbaren Mangels an hoch

² Nähere Details hierzu finden sich in *Schubert/Schmoch (2009a)* und insbesondere in *Schubert (2008)*.

qualifizierten Fachkräften, die eine wesentliche Voraussetzung für eine wettbewerbsfähige wissensbasierte Wirtschaft sind, wird die Lehre vielmehr an Bedeutung gewinnen (*Achleitner et al. 2008, S. 36 ff., 98 ff.*). Die adäquate Erfassung der Performanz in der Lehre erfolgt jedoch nach anderen Kriterien, weshalb ihre gleichzeitige Behandlung den Rahmen eines Aufsatzes sprengen würde.

2 Dimensionen wissenschaftlicher Performanz

Das wesentliche Ziel wissenschaftlicher Forschung ist die Genese neuen Wissens (*Weingart 2003*), welche nicht direkt erfassbar ist, wohl aber indirekt über Fachpublikationen, Patente, Prototypen und Ähnliches. Hier hat sich insbesondere die Auswertung der Quantität und des Einflusses von Fachpublikationen in Form der Bibliometrie durchgesetzt, was für die Mehrzahl der Disziplinen zu durchaus angemessenen Ergebnissen führt (*Moed 2005*). Einschränkend ist jedoch festzuhalten, dass in vielen Disziplinen der Geistes- und Sozialwissenschaften neben Zeitschriften-Artikeln auch Monographien und Buchbeiträge wichtige Publikationsformen sind, die aber in den gegenwärtig verfügbaren bibliometrischen Datenbanken nicht berücksichtigt werden (*Hicks 2004*). Letztere haben darüber hinaus eine starke Orientierung auf englischsprachige Fachzeitschriften, was aus deutscher Perspektive für die Geistes- und Sozialwissenschaften, aber auch die Ingenieurwissenschaften zu einer unzureichenden Erfassung des wissenschaftlichen Outputs führt (*Schmoch 2004*). So ist festzuhalten, dass in diesen spezifischen Bereichen bibliometrische Verfahren (noch) zu Fehlinformationen führen.

Eine weitere zentrale Dimension wissenschaftlicher Performanz ist die Ausbildung von Doktoranden und Habilitanden, also des Nachwuchses an hoch qualifizierten Forschern. Diese Leistung ist in einem Verlaufsmodell der wissenschaftlichen Forschung zwar nur ein Input oder eventuell ein intermediärer Output. Dennoch ist diese Leistung entscheidend für die mittel- und langfristige Gewährleistung relevanter Forschungsergebnisse. Die Ausbildung des Forschernachwuchses ist bei der Performanzerfassung in jedem Falle zu berücksichtigen, da die betroffenen Hochschullehrer und Arbeitsgruppen durch diese Aktivitäten weniger Zeit in die unmittelbare Forschung investieren können.

Eine Leistung, die den dauerhaften Bestand der wissenschaftlichen Forschung gewährleistet, ist das Engagement im Bereich der Infrastruktur der Wissenschaft, etwa über leitende Funktionen in wissenschaftlichen Vereinigungen, oder in der wissenschaftlichen Kommunikation, beispielsweise über die Herausgeberschaft von Zeitschriften. Auch diese Tätigkeiten sind zeitintensiv und begrenzen die Möglichkeit einer unmittelbaren Forschungstätigkeit.

Schließlich ist zu berücksichtigen, dass in den letzten Jahren der Technologietransfer neben Forschung und Lehre als wichtige „Dritte Mission“ der Hochschulen betrachtet wird, was im Bayerischen Hochschulgesetz³ in Art. 2 Abs. 5 auch explizit festgeschrieben ist. Da der Technologietransfer eng mit der wissenschaftlichen Forschung verbunden ist, kann er als weitere Dimension wissenschaftlicher Performanz betrachtet werden. In diesem Kontext gibt es eine wissenschaftliche Debatte, ob transferaktive Hochschulgruppen gleichzeitig auch solche mit hoher Leistung im Bereich wissenschaftlicher Publikationen sind, oder ob hier eher ein Widerspruch besteht (*Perkman/Walsh 2007*). In jedem Fall gibt es eine Reihe von Forschungseinheiten mit hoher Transferleistung, die bei einer reinen Betrachtung des Publikationsoutputs nicht adäquat bewertet würden.

Sicherlich lässt sich noch eine Vielzahl von anderen Dimensionen wissenschaftlicher Performanz finden, die aber meist mit den besonderen Eigenheiten einer Disziplin verknüpft sind. Schon bei den hier beschriebenen zentralen Dimensionen wird deutlich, dass es eine zeitliche Konkurrenz gibt und daher die einseitige Förderung einer Dimension zu einem Ungleichgewicht im Gesamtsystem führen würde. So implizieren einseitige Anreize zugunsten des Publikationsoutputs eine Vernachlässigung von Infrastrukturaufgaben, der Nachwuchsausbildung oder der wissenschaftlichen Kommunikation, was für das Gesamtsystem auf längere Sicht problematisch wäre. Die Erfassung spezifischer Indikatoren, an die die Höhe der Mittelvergabe geknüpft ist, kann solche Fehlanreize setzen. Dafür ist die Bindung der Mittelzuweisung an die Zahl der Publikationen im australischen Universitätssystem ein bekanntes Beispiel. Diese hat zwar zu einem Anwachsen der Publikationszahlen, gleichzeitig aber zu einem Rückgang der Forschungsqualität geführt (*Butler 2004*). Ein weiterer illustrativer Fall ist die britische „Research Assessment Exercise (RAE)“, bei der die Qualität des Publikationsoutputs in den Mittelpunkt gestellt wird. Diese einseitige Orientierung auf den unmittelbaren Forschungsoutput führte zu einer Vernachlässigung von Infrastrukturleistungen und von Technologietransfer, was durch die schrittweise Einführung spezieller Förderprogramme in diesen Bereichen kompensiert werden musste (*Brennan 2008*).

Auch auf der Ebene einzelner Hochschullehrer und Forschergruppen ist die Fokussierung auf eine einzelne Performanzdimension problematisch, da sich etwa ein Hochschullehrer mit Stärken in der Nachwuchsausbildung oder beim Transfer durch entsprechende Anreize auf Grundlagenforschung konzentriert und damit letztlich suboptimal arbeitet. Im Sinne einer optimalen Nutzung individueller Leistungen und einer Effizienz des Gesamtsystems ist es deshalb wichtig, Anreize für alle zentralen Dimensionen wissenschaftlicher Performanz zu schaffen, was insbesondere bei Indikatorsystemen im Kontext der Output-Steuerung von Forschung zu berücksichtigen ist.

³ vom 23. Mai 2006 (GVBl. S. 245)

Denn die Auswahl von Indikatoren hat eine starke Signalwirkung und setzt spezifische Anreize für wissenschaftliche Aktivität.

3 Datengrundlage

Die vorliegende Untersuchung beruht auf einer E-Mail-Befragung von deutschen Forschungsgruppen, die im Jahr 2007 in den Feldern Astrophysik, Nanotechnologie, Biotechnologie und Volkswirtschaft durchgeführt wurde. Die Befragung hatte den Zweck, Performanzindikatoren aus den vier vorgenannten Bereichen abzufragen, die für unterschiedliche Eigenschaften und Ausrichtungen der wissenschaftlichen Forschung stehen, insbesondere Grundlagenorientierung (Astrophysik, Volkswirtschaft) und Anwendungsorientierung (Biotechnologie, Nanotechnologie) sowie Natur- und Sozialwissenschaften.

Insgesamt wurden dafür 1.935 Leiter von Forschungsgruppen angeschrieben mit einem Rücklauf von 473 Antworten, also mit einer Rücklaufquote von etwa 25 Prozent. Die Forschungsgruppen wurden mithilfe der bibliometrischen Datenbank „Science Citation Index (SCI)“ im Bereich der Biotechnologie und Nanotechnologie identifiziert. In den Fällen der Volkswirtschaft und Astrophysik wurde die institutionelle Datenbank „Vademecum“ hinzugezogen. Zusätzlich wurden Recherchen im Internet durchgeführt, um mögliche Verzerrungen der benutzten Datenbanken auszuschließen. In den Fällen der Astrophysik und Volkswirtschaft entspricht die Zahl der Befragten nahezu einer Vollerhebung, da die Zahl der diesbezüglichen Forschungseinheiten beschränkt ist. In der Biotechnologie und der Nanotechnologie ist die Zahl der befragten Einheiten zwar sehr hoch; es handelt sich aber letztlich nur um Stichproben innerhalb einer größeren Gesamtpopulation. Tabelle 1 dokumentiert die Einzelheiten zum Umfang der Erhebung in verschiedenen Feldern.

Tabelle 1: Struktur der Erhebungsstichprobe

	Befragte Einheiten	Auswertbare Antworten	Rücklaufquote (%)
Astrophysik	97	34	35
Nanotechnologie	674	201	30
Volkswirtschaft	477	102	21
Biotechnologie	687	136	20
Gesamt	1935	473	24

In der Umfrage wurden verschiedene Strukturvariablen wie die Gruppengröße oder Finanzierungsquellen abgefragt, die den einzelnen Forschungsgruppen bekannt und mit begrenztem Aufwand zugänglich waren, sodass sinnvolle und sachgerechte Ant-

worten zu erwarten waren. Darüber hinaus wurden Angaben zur Governance-Struktur und zur Durchsetzung von Maßnahmen des New Public Management erhoben, die im vorliegenden Kontext weniger relevant sind. In Bezug auch auf mögliche Performanzindikatoren wurden in der Frühphase des Projekts eine breite Literaturrecherche durchgeführt und die dort vorgeschlagenen Indikatoren gesammelt, was zu einer umfangreichen Liste führte. In einer begrenzten Befragung wurden dann Experten aus den vier Feldern gebeten, die Relevanz der vorgeschlagenen Indikatoren für ihre Disziplin zu bewerten. Hieraus ergab sich eine relativ große Übereinstimmung hinsichtlich der wichtigsten Indikatoren. Mit einer entsprechend reduzierten Liste wurde dann zunächst eine kleinere Befragung von 77 Einheiten durchgeführt, wobei die Performanzindikatoren im Rahmen von Interviews ermittelt wurden. Dies führte zu einer teilweise präzisierten Formulierung einzelner Indikatoren, die in die breitere E-Mail-Erhebung eingingen. Vor der Durchführung der breiten E-Mail-Befragung wurde ein Pretest durchgeführt, um sicherzustellen, dass die Fragen richtig verstanden und beantwortet werden. Tabelle 2 zeigt in einer Übersicht die erhobenen Performanzindikatoren und ihre jeweiligen Ausprägungen.

Tabelle 2: Übersichtsstatistik zu den Performanzindikatoren

Variable	Zahl der Antworten	Mittelwert	Standardabweichung	Minimum	Maximum
Abgeschl. Promotionen	471	3.772824	4.454663	0	52
Abgeschl. Habilitationen	471	.4416136	.9633103	0	13
Berufungen	471	.3715499	.8505052	0	10
Monographien	470	1.802128	6.57426	0	90
Herausgeberschaften	471	1.11465	2.026321	0	20
Unternehmensprojekte	471	3.494692	12.75061	0	200
Unternehmensgutachten	471	.8322718	3.301112	0	50
Mitgl. wiss. Gremien	470	3.271277	4.147767	0	30
Publikationen	471	31.47558	40.83947	0	320
Zitate	450	143.4911	258.6801	0	3030
Int. Kopublikationen	450	13.03556	19.64526	0	136

Die Zahl der letztendlich erforderlichen Indikatoren für die Erfassung der wesentlichen Performanzdimensionen ist somit begrenzt, was im Hinblick auf die Präzision der Antworten und die Rücklaufquote einer solchen Befragung von großem Vorteil ist. Die Einheiten wurden auch zur Zahl ihrer Publikationen befragt; es wurden jedoch zusätzlich Datenbankrecherchen im Science Citation Index für die Felder Astrophysik, Biotechnologie und Nanotechnologie sowie in Scopus für die Volkswirtschaft durchgeführt, um auch Zitate und internationale Kopublikationen erheben zu können. Beim Vergleich der Ergebnisse aus der Fragebogenerhebung und der Datenbankrecherche ergaben

sich bei den Publikationen zum Teil deutliche Abweichungen, die zum einen auf eine unsystematische Dokumentation bei den Einheiten, zum anderen auf die Angabe von Publikationen in weniger hochrangigen Zeitschriften zurückzuführen sind. Hier wurde letztlich die Entscheidung getroffen, nur die Datenbankergebnisse zu verwenden, um einheitliche Kriterien der Publikationszählung für alle betrachteten Einheiten zu gewährleisten.

Eine Verzerrung der Antworten im Sinne sozialer Erwünschtheit ist grundsätzlich möglich, aber wir gehen von einer validen Erhebung aus, weil sich die meisten Fragen auf klare Sachverhalte beziehen, die in der Regel nicht mit Performanz in Verbindung gebracht werden (Tabelle 2). Gewisse Möglichkeiten der „Optimierung“ bestehen lediglich bei den Publikationsindikatoren, die aber, wie oben beschrieben, nicht auf Eigenangaben, sondern Datenbankauswertungen beruhen. Im Übrigen wurde bei der Erhebung Vertraulichkeit zugesichert, und aus den aggregierten Ergebnissen kann in der Tat nicht auf einzelne Einheiten zurück geschlossen werden.

4 **Aktivitätsprofile**

Bei der Auswertung des Datensatzes ist zunächst zu beachten, dass sich die Ausprägung der einzelnen Indikatoren zwischen den Feldern erheblich unterscheidet, sodass ein unmittelbarer Vergleich nicht möglich ist. Beispielsweise ist die Zahl der Publikationen pro Wissenschaftler in den Feldern Astrophysik, Nanotechnologie und Biotechnologie relativ ähnlich mit einem Niveau von etwa 2,5; sie liegt dagegen in der Volkswirtschaft mit 0,2 um den Faktor 10 niedriger. Dagegen ist die Zahl der Habilitationen je Wissenschaftler in der Volkswirtschaft mit 0,1 etwa dreimal so hoch wie in der Nanotechnologie mit 0,03 (*Jansen et al. 2007*). Um eine gemeinsame Auswertung der Daten aus den verschiedenen Teilfeldern in sinnvoller Weise durchführen zu können, wurde deshalb eine Z-Transformation mit Referenz auf die Durchschnittswerte der jeweiligen Felder durchgeführt.

Eine weitere wichtige Frage ist, wie in der Auswertung die Mehrdimensionalität des Outputs behandelt wird. Viele Autoren greifen in diesem Zusammenhang auf sogenannte „composite indicators“ zurück, bei denen die verschiedenen Dimensionen standardisiert und dann miteinander verrechnet werden, sodass am Ende eine einzige Maßzahl zur Bewertung der jeweiligen Untersuchungseinheit entsteht. In dieser Maßzahl ist allerdings nicht mehr sichtbar, welcher Faktor zu einer positiven oder negativen Bewertung geführt hat. Außerdem sind solche integrierten Indikatoren anfällig gegenüber Gewichtungen der Einzelkomponenten, deren Effekt häufig nicht genügend beachtet wird (*Grupp/Mogee 2004; Schubert 2008, S. 86 ff.*).

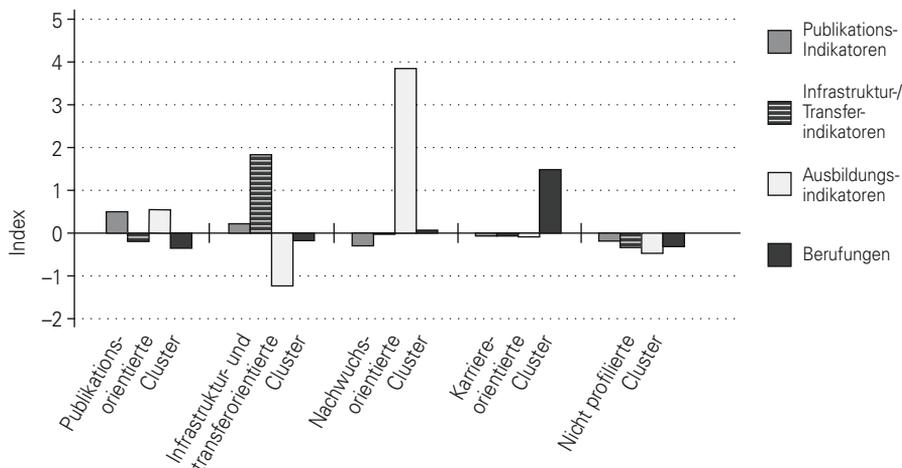
Für die vorliegende Untersuchung wurde in einem ersten Schritt eine Faktorenanalyse über sämtliche erhobenen Output-Maße durchgeführt, um so relevante Indikatoren bzw. Kombinationen von Indikatoren zu ermitteln. Als erster Faktor wurden dabei Publikationsindikatoren ermittelt, in die insbesondere die Zahl der Publikationen (pro Wissenschaftler) und die Zitatquoten eingehen.⁴

Der zweite Faktor führte auf verschiedene Infrastruktur- und Transferindikatoren. Hier zeigte sich, dass Forschungseinheiten, die stark in der Organisation und Kommunikation der wissenschaftlichen Gemeinschaft engagiert sind, häufig auch eine deutliche Transferorientierung auf Unternehmen aufweisen. Dieses letztgenannte Ergebnis sollte allerdings nicht überbewertet werden, da in allen untersuchten Feldern, entgegen den Erwartungen auch in der Biotechnologie und der Nanotechnologie, die Orientierung auf die Grundlagenforschung ausgeprägt ist und der Technologietransfer zu Unternehmen eine untergeordnete Rolle spielt. Von daher ist die hier vorliegende Datenbasis zur statistischen Auswertung der Rolle des Technologietransfers begrenzt.

Die weitere Infrastrukturleistung der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses erwies sich als separater Faktor, ebenso wie die Zahl der Berufungen an externe Universitäten, die in der Literatur häufig als Leistungsindikator angeführt wird, und auch bei der frühen Befragung von Fachvertretern als relevanter Indikator identifiziert wurde.

Aufbauend auf diesen Faktoren wurden in dem Datensatz für die Forschungseinheiten verschiedene Cluster wissenschaftlicher Performanz mit unterschiedlichen Aktivitätsprofilen ermittelt. In der entsprechenden grafischen Darstellung zeigt – aufgrund der oben erwähnten Z-Transformation – ein Index mit dem Wert 0 eine durchschnittliche Aktivität in Relation zur Gesamtstichprobe an (Abbildung 1), positive Werte indizieren eine überdurchschnittliche, negative eine unterdurchschnittliche. Beispielsweise haben im „nachwuchsorientierten“ Cluster die Ausbildungsindikatoren einen positiven Wert von fast 4 und liegen damit deutlich über dem Durchschnitt (Abbildung 1).

⁴ Alle absoluten Werte wie Publikationen wurden jeweils auf die Gruppengröße bezogen, um Verzerrungen durch Größeneffekte auszuschließen. Dies ist der Übersichtlichkeit halber bei den übrigen Indikatoren nicht mehr ausdrücklich erwähnt.

Abbildung 1: Forschungsgruppentypen nach Output-Dimensionen

Innerhalb des „publikationsorientierten Clusters“ sind neben den Publikationsindikatoren selbst auch die Ausbildungsindikatoren überdurchschnittlich ausgeprägt. Dieses entspricht den Erwartungen, da bei Doktorandinnen und Doktoranden mit einem besonders hohen Interesse an der Publikation ihrer Forschungsergebnisse zu rechnen ist. Im „publikationsorientierten“ Cluster sind dagegen die Infrastruktur/Transferindikatoren leicht unterdurchschnittlich (Abbildung 1). Bemerkenswert ist bei diesem Cluster, dass das besondere Merkmal der hohen Publikationsaktivität weniger stark ausgebildet ist als die spezifischen Merkmale der anderen Cluster. Offensichtlich diskriminiert die Publikationsaktivität in der Wissenschaft weniger stark als erwartet, denn auch in den andern Clustern liegen die Publikationsaktivitäten in der Nähe des Durchschnittswerts und sind insbesondere in keinem Cluster deutlich unterdurchschnittlich.

Im „infrastruktur- und transferorientierten“ Cluster ist vor allem die Dimension „Infrastruktur/Transfer“ stark überdurchschnittlich, dagegen ist die der Ausbildung stark unterdurchschnittlich vertreten (Abbildung 1). Die deutliche Transferorientierung lässt sich offensichtlich schlecht mit einer relevanten Ausbildung von Doktorandinnen und Doktoranden vereinbaren.

Im „nachwuchsorientierten“ Cluster ist der Fokus auf den Ausbildungsindikatoren extrem überdurchschnittlich; die Publikationsindikatoren fallen dagegen unterdurchschnittlich aus. Während im „publikationsorientierten“ Cluster die Indikatoren zu „Publikationen“ und „Ausbildungen“ beide leicht überdurchschnittlich sind, also miteinander kompatibel sind, ist im „nachwuchsorientierten“ Cluster offensichtlich eine starke Ausbildungsorientierung nicht mit hohen Publikationsaktivitäten vereinbar.

(Abbildung 1). Infrastruktur/Transfer ist in diesem Cluster dagegen durchschnittlich vertreten.

Für die Forschungseinheit mit einer hohen Berufungszahl wurde ein eigener Cluster ermittelt, der etwas plakativ als „karriereorientiert“ bezeichnet wurde. Hier zeigt sich, dass die drei Leistungsdimensionen Publikationen, Infrastruktur/Transfer und Ausbildung lediglich durchschnittlich ausgeprägt sind (Abbildung 1). So ist nicht, wie vermutet werden könnte, bei den Publikationen eine überdurchschnittliche Performanz zu beobachten. Dieses flache Profil dürfte damit zusammenhängen, dass bei Berufungen eine Performanz in allen Dimensionen erwartet wird und nicht eine einseitige Betonung einer Dimension. Der Cluster spiegelt also letztlich die Praxis üblicher Berufungsverfahren und eignet sich somit weniger als wirklicher Performanzindikator. Es wird allenfalls gezeigt, dass die jeweiligen Gruppenleiter eine gute Außendarstellung haben.

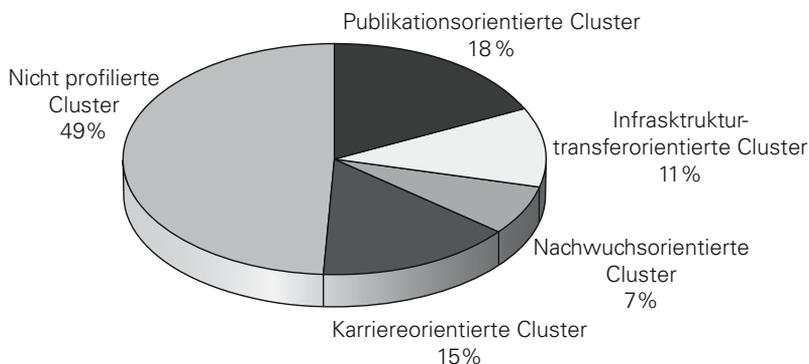
Diese allgemeine Aussage zu Berufungen als Performanzindikator soll nicht bedeuten, dass bei allen Berufungen die Publikationsleistung nur durchschnittlich wäre. Bei der Clusterbildung steht die Profilähnlichkeit und nicht das absolute Niveau der Indikatoren im Vordergrund. Es gibt somit bei den Berufungen eine Reihe von Fällen mit einem hohen Publikationsniveau, bei denen dann in der Regel auch die anderen Indikatoren überdurchschnittlich sind. In Abbildung 1 sind die Durchschnittswerte für den jeweiligen Cluster und nicht die Profile aller Einheiten dargestellt.

In dem letzten Cluster, der als „nicht -profilierter“ etikettiert wurde, sind alle Dimensionen leicht unterdurchschnittlich ausgeprägt. Dieser Cluster ließe sich polemisch mit Einheiten „unprofilierter Faulenzer“ erklären, wie es sicher einigen Kritikern des wissenschaftlichen Systems ins Konzept passen würde (*Kamenz/Wehrle 2007*). Für die „nicht -profilierter“ Einheiten sind zwar keine Spezialisierungsvorteile hinsichtlich einer spezifischen Dimension wissenschaftlicher Performanz festzustellen; aus Sicht der Lehre kann es aber durchaus vorteilhaft sein, wenn Aktivitäten in allen Dimensionen vorhanden sind, die Lehrenden somit über breite Erfahrungen aus verschiedenen Bereichen verfügen. Allerdings sind gerade im Cluster der nicht Profilierten viele Einheiten mit unterdurchschnittlichen Werten in allen Dimensionen zu finden (*Schmoch/Schubert 2008*).

Rein quantitativ entfällt auf den Cluster der nicht Profilierten mit 49 Prozent aller Antworten fast die Hälfte aller analysierten Forschungseinheiten (Abbildung 2). Die meisten Forschungseinheiten bilden also kein dezidiertes Spezialisierungsprofil heraus und stellen den Regelfall dar. Lediglich 18 Prozent entfallen auf den publikationsorientierten Cluster, elf Prozent auf den transfer- und infrastrukturorientierten und nur sieben Prozent auf den nachwuchsorientierten. Da beim karriereorientierten Cluster das Profil bei den anderen Performanzdimensionen flach ist, würden diese

Forschungseinheiten bei Herausnahme dieses Kriteriums überwiegend dem „nicht profilierten“ Cluster zugeordnet.

Abbildung 2: Verteilung der verschiedenen Forschungsgruppentypen in der Erhebungsstichprobe auf die Cluster



Auf den ersten Blick mag es erstaunlich erscheinen, dass bei den Performanzindikatoren nicht die Drittmiteleinahmen vertreten sind, die in der aktuellen Praxis in vielen Bundesländern als zentraler Leistungsindikator erhoben werden (*Leszczensky/Orr 2004*). Diese zentrale Stellung des Drittmittelindikators in der Praxis ist letztlich darauf zurückzuführen, dass in den letzten Jahren die Grundmittel allmählich reduziert wurden, was nur durch einen ständigen Zuwachs der Drittmittel kompensiert werden konnte. So betrug Anfang der 1980er-Jahre der Anteil der Drittmittel an den gesamten Forschungsmitteln der Universitäten 23 Prozent; dieser Wert ist aktuell auf 40 Prozent angewachsen (*Schmoch 2008*). Das Erreichen einer hohen Drittmittelquote ist deshalb aus Sicht der Universitäten ein zentrales Ziel, um die Forschungsfinanzierung zu sichern. Aus Sicht der wissenschaftlichen Performanz stellt sich dieses jedoch anders dar, da letztlich Drittmittel ein Instrumentalziel im Hinblick auf das finale Ziel der Wissensgenese sind. Wenn in diesem Sinne Drittmittel als alternativer Indikator für Publikationen genutzt werden sollen, ist eine notwendige Anforderung, dass für beide Indikatoren über den gesamten Wertebereich ein monotoner positiver Zusammenhang besteht. Dies ist aber nicht der Fall, da ein gleichzeitiger Zuwachs von Drittmitteln und Publikationsoutput nur im unteren Bereich feststellbar ist. Bei Überschreiten eines kritischen Werts, der für jedes Themenfeld spezifisch ist, sinken die Publikationen mit steigenden Drittmittelquoten wieder ab. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass bei sehr hohen Drittmittelquoten der Aufwand zur Akquisition zusätzlicher Drittmittel so hoch ist, dass nicht mehr genügend Zeit für Forschung verbleibt. Ein weiterer Aspekt dürfte sein, dass mit wachsender Drittmittelquote die Transaktionskosten innerhalb der Forschungsgruppe ebenfalls ansteigen.

5 Kontinuierliches Monitoring wissenschaftlicher Performanz

Die vorliegende Untersuchung bezieht sich auf einen beschränkten Datensatz und kann nur einige grundsätzliche Phänomene wissenschaftlicher Performanz illustrieren. Die vier Themenfelder wurden in ihrer Ausrichtung bewusst sehr unterschiedlich gewählt, können aber das gesamte Spektrum der wissenschaftlichen Disziplinen nicht abbilden. Insgesamt wird jedoch deutlich, dass die Erfassung unterschiedlicher Dimensionen wissenschaftlicher Performanz sinnvoll ist, um das gesamte Performanzspektrum zu erfassen und nicht durch falsche Prioritätensetzung einzelne durchaus leistungsfähige Forschergruppen auszugrenzen.

Es stellt sich jedoch die Frage, wie ein solches Indikatorensystem im hochschulpolitischen Alltag implementiert werden kann. Zunächst einmal ist festzustellen, dass schon jetzt verschiedene Indikatoren erhoben werden, wobei die konkrete Auswahl je nach Bundesland unterschiedlich ist und oftmals die berechtigte Frage gestellt werden kann, ob die Auswahl adäquat ist. Bei der Betrachtung der Indikatorenliste, die für die vorliegende Untersuchung verwandt wurde, wird deutlich, dass die Mehrzahl der Variablen ohne großen Aufwand zu erheben ist und von den Fachbereichen oder Universitätsleitungen leicht in jährlichem Rhythmus abgefragt werden könnte. Dazu gehören Strukturvariablen wie die Größe und Zusammensetzung der Forschergruppe, die Anzahl der abgeschlossenen Promotionen oder der Berufungen oder die Herausgeberschaft von Zeitschriften. Aufwendiger, letztlich aber unverzichtbar, ist die Ermittlung der Anzahl der Publikationen und der entsprechenden Zitate in Bezug auf die Forschergruppe. Hier hat es sich – wie oben dargelegt – als problematisch erwiesen, sich auf die Angaben der Forschergruppen selbst zu verlassen, da das Qualitätsniveau der dabei gemeldeten Publikationen oft sehr unterschiedlich ist und im Übrigen eine Ermittlung der Zitate nicht realisiert werden kann. Von daher bleibt nur der Rückgriff auf geeignete Datenbanken wie Web of Science oder Scopus, wobei die Analysen von fachkundiger Seite realisiert werden müssen. Für Fächer, in denen solche Analysen problematisch sind, müssen hier andere Lösungen erarbeitet werden, wie das in den Wirtschaftswissenschaften bereits auf hohem Standard der Fall ist. Dort werden die wichtigsten Fachzeitschriften nach ihrem wissenschaftlichen Niveau verschiedenen Kategorien zugeordnet und die einzelnen Publikationen entsprechend bewertet, was als Ersatz für Zitatanalysen genutzt werden kann (*Schneider/Ursprung 2008*).

Voraussetzung für eine solche regelmäßige Datenerhebung ist, dass sie nicht nur an einer einzelnen Universität, sondern an mehreren parallel nach gleichen Kriterien durchgeführt wird, um so für die einzelnen Disziplinen aussagekräftige Durchschnittswerte für die einzelnen Performanzdimensionen zu erhalten. Diese Einbeziehung einer größeren Zahl von Forschungsgruppen pro Fach war in der vorliegenden Untersuchung

die Voraussetzung für die Durchführung einer Z-Transformation und damit einer Standardisierung mit den Durchschnittswerten.

Liegt ein solcher Datensatz für eine größere Zahl von Universitäten vor, ist es möglich, fachspezifisch die durchschnittliche Ausprägung der verschiedenen Performanzprofile zu ermitteln und damit sinnvolle Benchmarks zu generieren. Innerhalb eines Profils ist es dann relativ einfach, schon durch bloße qualitative Anschauung Gruppen mit hoher oder niedriger Performanz zu identifizieren. Diese sind dann im Sinne der leistungsorientierten Mittelverteilung potentielle Kandidaten für Mittelserhöhungen oder -reduzierungen. Insbesondere bei den Forschungsgruppen, die auf den ersten Blick stark unterdurchschnittliche Werte aufweisen, ist es aber erforderlich, eine genauere qualitative Bewertung im Sinne eines Peer Reviews durchzuführen. Denn durch die vorgeschlagene Analyse werden zwar wichtige Dimensionen der wissenschaftlichen Performanz abgebildet; es ist aber durchaus möglich, dass die Gruppen bei anderen Aspekten stark sind, die bei der beschränkten Indikatorenzahl nicht berücksichtigt wurden. Es wäre jedoch kein geeigneter Weg, diese Fälle durch eine Erhöhung der Zahl der Indikatoren besser zu erfassen, da sich dann die Zahl der Indikatoren leicht auf über 100 erhöhen würde und eine sinnvolle Auswertung nicht mehr möglich wäre. Ein zweiter wichtiger Aspekt der qualitativen Evaluation ist darüber hinaus, dass nicht nur Leistungen in der Vergangenheit berücksichtigt werden, sondern dass die Evaluatoren auch gute Pläne für zukünftige Forschungsvorhaben würdigen können und so den Forschergruppen einen Vertrauensvorschuss geben können, was bei einer reinen Indikatorenauswertung nicht möglich ist.

Die Indikatorenauswertung ist in jedem Fall geeignet, Gruppen mit einem durchschnittlichen Performanzprofil zu ermitteln, bei denen sich in der Mittelverteilung auch nach einer vertieften Evaluation nichts Entscheidendes ändern würde. Damit ist es möglich, qualitative Evaluationen auf die Forschergruppen mit überdurchschnittlichen oder unterdurchschnittlichen Performanzindikatoren zu konzentrieren und damit die Zahl der qualitativen Evaluationen insgesamt deutlich zu reduzieren. Es geht also nicht darum, qualitative Verfahren vollständig durch quantitative zu ersetzen, sondern vielmehr um eine Fokussierung der qualitativen Verfahren auf sinnvolle Fälle.

6 Schlussfolgerungen

Die Untersuchung auf der Basis einer großen Umfrage für verschiedene Fächer zeigt, dass wissenschaftliche Performanz zumindest zu großen Teilen durchaus messbar ist, wobei aber unterschiedliche Dimensionen berücksichtigt werden müssen. Dabei ist darauf zu achten, dass neben Indikatoren für den Output der wissenschaftlichen Forschung auch intermediäre Aspekte berücksichtigt werden, die auf die Infrastruktur der wissenschaftlichen Forschung und damit auf ihren mittel- und langfristigen Bestand

gerichtet sind. Dazu gehören auf der einen Seite die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die schon heute in vielen Bundesländern abgefragt wird, auf der anderen Seite aber auch die Organisation der wissenschaftlichen Kommunikation und das Engagement in wissenschaftlichen Vereinigungen, ein Aspekt, der in der Regel nicht beachtet wird.

Bei der Auswertung sollten Verfahren eingesetzt werden, bei denen die Ausprägungen in den verschiedenen Performanzdimensionen erhalten bleiben und nicht zu einfachen Ergebniswerten verrechnet werden. Vielmehr geht es darum, typische Performanzprofile zu ermitteln, um die Spezialisierung von Forschergruppen in einzelnen Bereichen angemessen würdigen zu können.

Eine Erhebung der Mehrzahl der Indikatoren zu den verschiedenen Performanzdimensionen ist in der Praxis mit einem begrenzten Aufwand realisierbar, wobei die Generierung eines größeren Datensatzes wünschbar wäre, um fachspezifische Durchschnittswerte ermitteln zu können. Neben der Beurteilung der Profile auf der Ebene einzelner Hochschulen kann dieser Datensatz eine sinnvolle Information für disziplinäre Fachgemeinschaften sein, um sinnvolle Relationen zwischen den einzelnen Profilen zu diskutieren, etwa den Anteil von Forschergruppen, die auf die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses spezialisiert sind.

Die obigen Überlegungen zu Performanzindikatoren können zweifellos unter dem Aspekt kritisiert werden, dass sie die Tätigkeit einzelner Forschergruppen zu stark erfassen und damit eine freie wissenschaftliche Forschung behindern. Allerdings gibt es schon jetzt eine Vielzahl von indikatorgestützten Erhebungen und Evaluationen, und es geht nicht um eine Ausweitung der aktuellen Analysen. Ziel dieser Betrachtung ist es vielmehr, die Qualität der quantitativen Analysen zu verbessern und Fehlbewertungen sowie Fehlanreize zu vermeiden. Darüber hinaus geht es darum, die Zahl der qualitativen Evaluationen deutlich zu reduzieren und damit auch deren Qualität zu verbessern.

Literatur

Achleitner, Ann-Kristin; Allmendinger, Jutta; Grupp, Hariolf; Harhoff, Dietmar; Luther, Joachim; Soete, Luc; Schmoch, Ulrich; Stenke, Gero (2008): Gutachten zu Forschung, Innovation und Technologischer Leistungsfähigkeit. EFI-Gutachten 2008, Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI). Berlin

Bornmann, Lutz; Daniel, Hans-Dieter (2003): Begutachtungen durch Fachkollegen in der Wissenschaft. Stand der Forschung zur Reliabilität, Fairness und Validität des Peer-Review-Verfahrens. In: Schwarz, Stefanie; Teichler, Ulrich (Hrsg.): Universität auf dem Prüfstand. Konzepte und Befunde der Hochschulforschung. Frankfurt/New York, S. 207–225

Brennan, John (2008): Experience from the United Kingdom: Performance measures unlimited? In: Kehm, Barbara; Mayer, Evelies; Teichler, Ulrich (Hrsg.): Hochschulen in neuer Verantwortung. Strategisch, überlastet, divers? Bonn, S. 268–269

Butler, Linda (2004): What Happens when Funding is Linked to Publication Counts? In: Glänzel, Wolfgang; Moed, Henk; Schmoch, Ulrich (Hrsg.): Handbook of Quantitative Science and Technology Research. The Use of Publication and Patent Statistics in Studies on R&D Systems. Dordrecht/Norwell/New York/London, S. 389–406

Grupp, Hariolf; Moguee, Mary Ellen (2004): Indicators for National Science and Technology Policy, in: Glänzel, Wolfgang; Moed, Henk; Schmoch, Ulrich (Hrsg.): Handbook of Quantitative Science and Technology Research. The Use of Publication and Patent Statistics in Studies on R&D Systems. Dordrecht/Norwell/New York/London, S. 75–94

Hicks, Diana (2004): The Four Literatures of Social Sciences. In: Glänzel, Wolfgang; Moed, Henk; Schmoch, Ulrich (Hrsg.): Handbook of Quantitative Science and Technology Research. The Use of Publication and Patent Statistics in Studies on R&D Systems. Dordrecht/Norwell/New York/London, S. 473–496

Jansen, Dorothea; Wald, Andreas; Franke, Karola; Schmoch, Ulrich; Schubert, Torben (2007): Drittmittel als Performanzindikator der wissenschaftlichen Forschung. Zum Einfluss von Rahmenbedingungen auf Forschungsleistung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 59, 1, S. 125–149

Kamenz, Uwe; Wehrle, Martin (2007): Professor Untat: Was faul ist hinter den Kulissen. Berlin

Kuhlmann, Stefan; Heinze, Thomas (2004a): Evaluation von Forschungsleistungen in Deutschland. Erzeuger und Bedarf. Teil I: Konzeptionelle Grundlage. Wissenschaftsrecht 37, S. 53–69

Kuhlmann, Stefan; Heinze, Thomas (2004b): Evaluation von Forschungsleistungen in Deutschland. Erzeuger und Bedarf. Teil II: Produktion und Verwendung evaluativer Information sowie Möglichkeiten ihrer künftigen Organisation. Wissenschaftsrecht 37, S. 125–149

Leszczensky, Michael; Orr, Dominic (2004): Staatliche Hochschulfinanzierung durch indikatorgestützte Mittelverteilung – Dokumentation und Analyse der Verfahren in 11 Bundesländern. HIS-Kurzinformation A2/2004. Hannover

Moed, Henk (2005): Citation Analysis in Research Evaluation. Dordrecht

Perkmann, Marcus; Walsh, Kathryn (2007): Engaging the Scholar: Three Types of Academic Consulting and their Impact on Universities and Industry. AIM Research Working Paper Series. London

Schimank, Uwe (2005): "New Public Management" and the Academic Profession: Reflections on the German Situation. In: Minerva 43, S. 361–376

Schmoch, Ulrich (2004): Leistungsfähigkeit und Strukturen der Wissenschaft im internationalen Vergleich. In: BMBF (Hrsg.): Studien zum deutschen Innovationssystem, Nr. 6-2005. Bonn/Berlin. <http://www.technologische-leistungsfahigkeit.de> (Zugriff am 20. Oktober 2008)

Schmoch, Ulrich (2008): The Role of Universities in Economic Growth – The German Situation. UniDev Discussion Paper Series Paper no. 1. Lund: Lund University, Research Policy Institute. <http://developinguniversities.blogspot.com/category/discussion-papers-country-reviews/> (Zugriff am 20. Oktober 2008)

Schmoch, Ulrich; Schubert, Torben (2008): Appropriateness of Bibliometrics for Assessing Scientific Performance. Vortrag auf der "10th international Conference on Science and Technology Indicators" vom 17. bis 20. September 2008 in Wien

Schubert, Torben; Schmoch, Ulrich (2009a): Finanzierung der Hochschulen, insbesondere in der Forschung. Von der Input- zur Outputsteuerung. In: Simon, Dagmar; Hornbostel, Stefan; Knie, Andreas (Hrsg.): Handbuch „Wissenschaftspolitik.“ Wiesbaden

Schubert, Torben; Schmoch, Ulrich (2009b): Sustainability of incentives for excellent research – The German case. In: Scientometrics, im Erscheinen

Schneider, Friedrich; Ursprung, Heinrich W. (2008): The 2008 GEA Journal-Ranking for the Economics Profession. In: German Economic Review 9, 4, S. 532–540

Schubert, Torben (2008): New Public Management an deutschen Hochschulen. Strukturen, Verbreitung und Effekte. Stuttgart

Weingart, Peter (2003): Wissenschaftssoziologie. Bielefeld

Anschrift des Verfassers:

Dr. Ulrich Schmoch
Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung
Breslauer Straße 48
76139 Karlsruhe
E-Mail: ulrich.schmoch@isi.fraunhofer.de

Ulrich Schmoch arbeitet als Abteilungsleiter und aktuell als Leiter der Taskforce „Innovationsindikatoren“ am Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) in Karlsruhe. Er ist Privatdozent für Wissenschafts- und Techniksoziologie an der Universität Karlsruhe. Seine Arbeitsgebiete sind Innovationsindikatoren, Innovationssysteme, Wissenstransfer und Wissenschaftsforschung.

Matthäus schlägt Humboldt? New Public Management und die Einheit von Forschung und Lehre¹

Frank Meier, Uwe Schimank

In einigen Hochschulsystemen gerät das traditionelle, mit Humboldt verbundene Leitbild der engen Verkopplung von Forschung und Lehre zunehmend unter Druck. Auf der Basis empirischer Fallstudien von Forschern und Forschergruppen unterschiedlicher Wissenschaftsgebiete in Deutschland und Österreich auf der einen sowie in England und Australien auf der anderen Seite wird untersucht, ob sich infolge der Implementation von New Public Management stärkere ressourcen- und rollenförmige Entkopplungen von Forschung und Lehre zeigen, und wenn ja, welche Wirkmechanismen dem zugrunde liegen. Während in Deutschland und Österreich hierzu noch wenig zu finden ist, lassen sich in England und Australien deutliche Entkopplungstendenzen sowie die dahinter stehenden verursachenden und ermöglichenden Faktoren ausmachen. Hier erweist sich ein leistungsbezogener Finanzierungsmechanismus für die Forschung als Basis des von Robert K. Merton identifizierten Matthäus-Effekts.

1 Einleitung

Vor einigen Jahren konnte eine vergleichende Betrachtung nationaler Hochschulsysteme zeigen, dass viele von diesen sich in Richtung eines „Nach-Humboldt’schen Musters“ des Verhältnisses von Forschung und Lehre bewegt hatten (*Schimank/Winnes 2000*). Die beiden traditionellen Kernaufgaben der Universitäten wurden in diesen Ländern immer stärker institutionell entkoppelt. Die Finanzströme für Forschung auf der einen und für Lehre auf der anderen Seite wurden getrennt – anders als nach wie vor bei der Grundausstattung der deutschen Universitäten. Eine rollenförmige Differenzierung von primär oder ausschließlich Lehrenden und primär oder ausschließlich Forschenden wurde etabliert – anders als es die traditionellen Dienstaufgaben der Professoren und des akademischen „Mittelbaus“² in Deutschland vorsehen. Das Gewicht derjenigen Hochschulen, die – wie ursprünglich die deutschen Fachhochschulen – nur für Lehre zuständig sind, hatte dabei zugenommen.

Was zum damaligen Zeitpunkt noch nicht so deutlich erkennbar war, ist mittlerweile klar: Solche Veränderungen gehen nicht einfach nur auf die „massification of higher

¹ Für hilfreiche Hinweise danken wir Jochen Gläser und Stefan Lange.

² Eine Ausnahme bildet hier das Drittmittelpersonal.

education“ (*Gibbons et al. 1994*) zurück, sondern sind in erheblichem Maße Resultat der internationalen Durchsetzung eines neuen Governance-Regimes der Hochschulen: des auch aus anderen Bereichen des öffentlichen Sektors bekannten New Public Management (NPM).³ Dies soll hier im Vergleich von Großbritannien und Australien auf der einen sowie Deutschland und Österreich auf der anderen Seite in typisierender Zuspitzung – also ohne Berücksichtigung der zahlreichen Besonderheiten der Länder und ihrer Entwicklungen – gezeigt werden. Primär geht es also um die Frage: Auf welche Weise und unter welchen Bedingungen bewirkt NPM eine organisatorische Entkopplung von Forschung und Lehre in den Universitäten?⁴

In den allgemeinen Debatten darüber, wie sich NPM auf Bedingungen und Merkmale von Forschung auswirkt, herrschen Positionen vor, die entweder einseitig nur positive oder – ebenso einseitig – nur negative Effekte erhoffen bzw. befürchten. Insbesondere zu Befürchtungen gibt es viel Befindlichkeitsliteratur: von empörten Erfahrungsberichten – hierzu seit Jahren ergiebig „Forschung und Lehre“, die Zeitschrift des Deutschen Hochschulverbands – bis zu empirischen Studien, wie sie etwa in Großbritannien *Mary Henkel (2000)* durchgeführt hat.⁵ Demgegenüber liegt bislang nur wenig gesichertes Wissen vor.⁶

Wir können nun für das Verhältnis von Forschung und Lehre im Ländervergleich zeigen, welche Wirkmechanismen von NPM unter welchen weiteren Randbedingungen eine stärkere Entkopplung beider Aktivitäten an den Universitäten erzeugen. Ob diese Entwicklung – wo sie stattfindet – gut oder schlecht für die Forschung ist, wäre die im Anschluss hieran zu stellende Folgefrage.⁷ Speziell in Deutschland scheint die Antwort hierauf vorprogrammiert. Die – nicht nur – von Humboldt geforderte „Einheit von Forschung und Lehre“ erscheint der Mehrzahl der Professoren wohl weiterhin als Maß aller Dinge. Wir wollen demgegenüber zumindest Hinweise dafür geben, was eine differenzierte Bilanz berücksichtigen müsste.

³ Siehe dazu für NPM generell *OECD (1995)*; *Ferlie (1997)*; *Pollitt/Bouckaert (2000)* sowie mit Bezug auf Hochschulen *Braun/Merrien (1999)*, *Schimank/Meier (2002)*, *Kehm/Lanzendorf (2006)*, *de Boer et al. (2007)*, *Lange/Schimank (2007)*, *Gläser/Lange (2007)*, *Meier (2007)*.

⁴ Von den drei angesprochenen Entkopplungs-Dimensionen werden hier nur die ersten beiden – Ressourcen und Rollen – angesprochen; die Entkopplung durch Ausbildung je eigener Organisationstypen in Gestalt von Fachhochschulen auf der einen und „research universities“ auf der anderen Seite ist ein eigenes Thema.

⁵ ,die aber durch die Art des Befragens den Befragten negative Effekte von NPM in den Mund gelegt hat.

⁶ *Leišytės (2007)* Vergleich der Niederlande mit England, der teilweise dasselbe empirische Material verwendet wie vorliegender Beitrag, widmet sich u. a. auch dem „teaching-research nexus“.

⁷ Natürlich müsste man dieselbe Frage auch für die Lehre stellen.

Unsere empirische Datenbasis sind eigene Fallstudien von Forschergruppen an Universitäten in den genannten Ländern.⁸ Um die Varianz der Disziplinen einzufangen, haben wir zwischen 2004 und 2007 an mehreren Universitäten jedes Landes Forscher und Forschergruppen, vor allem aus der Biochemie/Genetik und der Geschichte, zusätzlich auch aus Physik, Geowissenschaften, Mathematik und Politikwissenschaft, betrachtet. Damit fangen wir sowohl „mode 1“- als auch „mode 2“-Gebiete ein (*Gibbons et al. 1994*), also zum einen Forschungsfelder, die stark disziplinär und durch innerwissenschaftliche Gesichtspunkte geprägt sind, und zum anderen Felder, in denen außerwissenschaftliche Relevanzen und Bezugsgruppen sowie transdisziplinäre Herangehensweisen wichtig sind. Die verwendeten Methoden der Datenerhebung waren primär Experteninterviews mit Professoren und – zumeist den jeweiligen Professuren angehörenden – Nachwuchswissenschaftlern. Hinzu kamen abrundende Experteninterviews mit Dekanen und Mitgliedern des Rektorats sowie Dokumentenanalysen einschließlich der Erstellung bibliometrischer Profile für die befragten Biowissenschaftler.⁹

NPM wird oft verkürzt als „mehr Markt“ wiedergegeben. An dieser Kennzeichnung stimmt: Es soll eine Intensivierung der intra- und interuniversitären Konkurrenz um finanzielle Ressourcen stattfinden – und zwar nicht nur um Drittmittel, sondern auch um mehr oder weniger große Teile der Grundausstattung. Von „Markt“ sollte man allerdings deshalb nicht sprechen, weil es sich oftmals um politisch inszenierte „Quasi-Märkte“ (*Le Grand/Bartlett 1993*) handelt.¹⁰ Dort ersetzen Evaluationen als zentralisierte Leistungsbeurteilungen mit Konsequenzen bei den Zuteilungen von finanziellen Ressourcen die dezentralen Kaufentscheidungen von Konsumenten. Dennoch könnte man vor diesem Hintergrund vermuten: Weil NPM auf dem Vormarsch ist, stellt sich als ein Effekt neben anderen eine stärkere Entkopplung von Lehre und

⁸ Siehe das kürzlich abgeschlossene Projekt „Auswirkungen der evaluationsbasierten Forschungsfinanzierung an Universitäten auf die Inhalte der Forschung“ im BMBF-Förderschwerpunkt „Wissen für Entscheidungsprozesse“ sowie das noch laufende Projekt „Entscheidungsprozesse im Management- und Selbstverwaltungsmodell der Universitäten und die Folgen für die Forschung im internationalen Vergleich“ im Rahmen der DFG-Forschergruppe „Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungsorganisationen – Neue Governanceformen“.

⁹ Die Fallauswahlen beider Projekte waren aufgrund der andersartigen Fragestellungen etwas unterschiedlich angelegt, das erhobene empirische Material lässt sich aber für den Zweck der vorliegenden Auswertung poolen. In dem einen Projekt wurden in Deutschland, Österreich und England für Biochemie/Genetik und Geschichte jeweils zwei Universitäten betrachtet, wovon eine im jeweiligen Gebiet eher forschungsstark und eine eher durchschnittlich war. In jedem dieser Fälle wurden in der Regel vier Interviews (zwei Professoren, zwei Nachwuchswissenschaftler) geführt, sodass Daten aus insgesamt fast 50 längeren Interviews bereitstehen. Hinzu kommen acht Interviews mit Leitungsfiguren. Das andere Projekt steuert für Deutschland aus jedem der beiden Fächer zwei Fälle bei (fünf Interviews zur Geschichte, fünf zur Biochemie/Genetik, fünf mit Leitungsfiguren). Es liefert weiterhin auch zu Australien zehn Interviews mit Wissenschaftlern beider Gebiete, 21 Interviews mit Leitungsfiguren sowie einige Interviews mit Wissenschaftlern der anderen genannten Gebiete. Im Weiteren werden die Interviewzitate mit einem Code gekennzeichnet, dem entnommen werden kann, welchem Land die Interviewten entstammen (A, D, GB, Aus), ob sie der Geschichte (G), den Biowissenschaften (B) oder der Physik (Ph) zuzurechnen sind und ob es sich um Wissenschaftler (W) oder Leitungsfiguren (M) handelt. Letztere sind dem zentralen Hochschulmanagement zuzurechnen, soweit sie der Code nicht als einem Fach zugehörig ausweist.

¹⁰ Siehe auch den Governance-Mechanismus des „politischen Wettbewerbs“ *Benz (2007)*.

Forschung ein. Diejenigen Wissenschaftler, die forschungsstark sind, kultivieren diese Stärke. Denjenigen, die nicht mit Forschungsstärke glänzen können, bleibt nichts anderes übrig, als entweder in der Lehre zu punkten oder Lehre machen zu müssen.

2 Noch wie eh und je: Deutschland und Österreich

2.1 Das normative Ideal

Schaut man sich allerdings an den deutschen und österreichischen Universitäten um, sieht alles, überspitzt gesagt, fast wie immer aus. Die interviewten Wissenschaftler legen nicht nur abstrakte Bekenntnisse zur Verkopplung von Forschung und Lehre ab. Sie liefern auch Begründungen für deren sachliche Notwendigkeit. So sei es „undenkbar [...], an der Uni eine anspruchsvolle Lehre zu machen, ohne entsprechend gute Forschung“ (D B W). Aber auch umgekehrt:

„Das klingt jetzt vielleicht ein bisschen konservativ. Sie kennen ja das hohe Ideal deutscher Unis in Bezug auf die Einheit von Forschung und Lehre. Nach dem, was ich hier [...] erlebe, ist es so, dass die Stärken sich fast immer entsprechen, also in unserem Bereich. Das mag woanders anders sein. Sie kennen die berühmten Zerrbilder von Professoren, die jeden menschlichen Kontakt zu Studenten meiden. Das gibt es bei uns nicht. Also, die Leute, die forschungsintensiv sind, sind in der Regel auch sehr engagiert in der Lehre“ (D G W).

Ob letzteres – nach welchen Kriterien immer – zutrifft, kann auf der Basis der vorliegenden Daten nicht beurteilt werden. Dass jedoch ein solcher Anspruch formuliert wird, bekräftigt die Wirkmächtigkeit der normativen Präferenz, wie sie ähnlich auch ein österreichischer Wissenschaftler äußert:

„Aber eine Verquickung ist, da bin ich vielleicht etwas altmodisch, von Lehre und Forschung nach wie vor etwas sehr Erstrebenswertes. Für die Uni ist das nach wie vor etwas grundlegend Wichtiges, dass nicht getrennt wird“ (A B W).

Zur weiteren Begründung der Kopplung wird vorgebracht, eine gute Forschungsperformanz sei wichtig, um in der Lehre für Studierende attraktiv zu sein:

„Wir haben hier [...] durchaus ein anspruchsvolles studentisches Publikum. Die wollen das auch haben, Ihre Reputation in Forschungsprojekten. [...] Das Entscheidende ist, die kommen hierher und erwarten hier eine gute Ausbildung. Sie wechseln zum Teil von anderen Unis. Und wenn wir dann mit unserem Forschungspotenzial nicht hinterherkommen, dann wandern die einfach wieder weiter. Das schätzen die Studenten sehr, wenn man ganz früh Projekte einbringt, die man selber betreibt“ (D G W).

Diese Notwendigkeit kann sich auch profaner darstellen:

„Wenn wir nicht so forschungsstark wären, wenn wir nicht so viel Drittmittelpersonal hätten, wie wir es haben, würde die Lehre in manchen Bereichen zusammenbrechen“

(D M). Das Drittmittelpersonal wird also unter der Hand für die Deckung des Lehrbedarfs zweckentfremdet. Aber auch dem lässt sich noch etwas abgewinnen, soweit die Lehrbeteiligung von Drittmittelforschern *„ein Qualifikationsschritt ist, der den Personen zugute kommt“* (D M).

Über das Insistieren auf der Wichtigkeit, ja Notwendigkeit einer engen Kopplung von Forschung und Lehre hinaus behaupten mehrere der Interviewten auch, dass es ihnen gut gelinge, diese Kopplung herzustellen – siehe etwa folgende Äußerung:

„Und einen Gegensatz zwischen Forschung und Lehre sehen wir allerdings auch nicht, wir sind ja sehr klassisch orientiert und versuchen, die Forschung auch sehr stark mit der Lehre zu verbinden, was auch durchaus gelingt“ (D G M).

Im Gegensatz zu dem, was man aus manchen anderen Ländern hört, werden Spannungen zwischen den Aufgaben in der Forschung auf der einen, in der Lehre auf der anderen Seite in den deutschen Interviews auffallend wenig thematisiert. Eher eine Ausnahme stellt das folgende Zitat dar, in dem ein Biologe erläutert, wie sich ein intensives Engagement in der Lehre problematisch auf die Forschung auswirkt:

„Man wird letztlich nicht an Lehre gemessen später, was einen dann doch wieder in die Zwickmühle bringt, man möchte gute Lehre machen für die Studenten, es soll ihnen auch Spaß machen, man möchte sein Fachgebiet nahe bringen. Wenn ich da zuviel reinstecke, fehlt mir das an Publikationen, habe ich wieder ein Problem, dass ich da nicht so gut dastehe. Es ist daher schwierig für mich, die Balance, den Spagat zu finden. [...] Ich habe die letzten drei, vier Semester recht viel Lehre gemacht und hatte das Gefühl, die Zeit fehlt mir einfach im Labor“ (D B W).

Ein deutscher Historiker berichtet ebenfalls, wie die Möglichkeiten in der Forschung durch die Lehrbelastung eingeschränkt werden:

„Wir sind ja mittlerweile bei etwa 250 Prozent Überlast angelangt, sodass in etwa nominell noch 20 Prozent für die Forschung bleiben. Und das ist schon ein harter Kampf auch gegenüber der Verwaltung. Diese unbefristeten Stellen sind natürlich ohnehin nicht in erster Linie als Forschungsstellen gedacht, aber es entspricht unserem Selbstverständnis, dass wir eine vernünftige Lehre nur forschungsorientiert und aus der Forschung gespeist machen können. Deswegen muss und will ich auch meine Arbeitszeit dazu nutzen, mich wissenschaftlich weiterzubilden und auch selbständig wissenschaftlich tätig zu sein“ (D G W).

Bemerkenswert ist gerade am letztgenannten Fall, dass das Prinzip der engen Kopplung von Forschung und Lehre angesichts der Spannungen zwischen beiden Aufgabebereichen nicht in Frage gestellt, sondern vielmehr bekräftigt wird.

An dieser Stelle muss offen bleiben, ob die Spannungen zwischen Forschung und Lehre in Deutschland und Österreich weniger auftreten als in anderen Ländern, oder ob das starke normative Ideal verhindert, dass diese Spannungen thematisiert werden. Auffällig ist allerdings, dass weder in Deutschland noch in Österreich jenseits allgemeiner Knappheitsargumente *Mechanismen* angesprochen werden, die für die Betroffenen bereits erkennbar zu einem Auseinandertreten von Forschung und Lehre führen. Wie wir sehen werden, unterscheidet das die beiden Länder sehr deutlich von Großbritannien und Australien.

2.2 Neuere Entwicklungen in Deutschland und Österreich

Gleichwohl gibt es einige aktuelle Entwicklungen, die in Zukunft auf eine stärkere Entkopplung hinauslaufen könnten. So ist in Österreich, wo Professoren seit der Reformgesetzgebung des Jahres 2002 nicht mehr verbeamtet, sondern als Angestellte eingestellt werden, rein rechtlich sogar eine völlige rollenförmige Entkopplung erlaubt: *„Diese Möglichkeit gibt’s, aber wir sind bisher nicht wirklich soweit gegangen, dass wir gesagt haben, wir haben hier eine reine Forschungsprofessur, oder eine Lehrprofessur, oder eine Professur, die sehr ein Schwergewicht auf einem von beiden hat. Das ist ein Diskussionsprozess, wie weit man das tatsächlich machen möchte, ob man das machen möchte“* (A M).

Derselbe Interviewte betont: *„Wir haben das tatsächlich noch nicht im Ernst angefasst“* (A M). Hieraus spricht das Empfinden eines Tabubruchs, wenn man es täte. Nach wie vor scheint also die universitäre Kultur dort nicht auf ein Aufgeben der „Einheit von Forschung und Lehre“ eingestellt zu sein; es könnte nur durch rechtliche Vorgaben erzwungen werden, wozu die Politik aber bislang keine Anstalten trifft.

Für Deutschland sind mehrere mögliche künftige Sollbruchstellen der Humboldt’schen „Einheit“ zu erwähnen. Zunächst einmal bleibt abzuwarten, welche kognitiven Wirkungen die Tatsache entfalten wird, dass die inzwischen regelmäßigen Evaluationen von Hochschulen, Fächern und Wissenschaftlern Forschung und Lehre häufig trennen. Das gilt zum Beispiel für die Rankings des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE). Der Wissenschaftsrat hat sich auf ein Forschungsrating beschränkt. In einem Bundesland wie Niedersachsen obliegt die Evaluation der Forschung einer anderen Agentur als die Evaluation der Lehre. Viele Universitäten bauen auf der gleichen Linie getrennte Instrumente und Gremien der Qualitätssicherung für Forschung und Lehre auf, wobei Letztere zeitlich einen klaren Vorsprung haben. Die Evaluation der Lehre könnte in starkem Maße auch den Akkreditierungsagenturen zufallen, die sich wiederum von ihrem Auftrag her nicht um Forschung kümmern. Wenn diese getrennten Leistungsbewertungen zu dann entsprechend getrennten Konsequenzen, etwa auch finanzieller Art, führen, wissen die Betroffenen – sowie, noch wichtiger, ihre Hochschulleitungen – fortan zumindest,

wo ihre Stärken und Schwächen sind. So wird ein erster Schritt dahin gemacht, strategisch mehr auf Forschung oder mehr auf Lehre zu setzen, sobald die finanzielle Konsequenz, also der Anteil der nach Leistungsindikatoren vergebenen Gelder, eine gewisse Größenordnung erreicht. Für einzelne Professoren hat die W-Besoldung bereits begonnen sich so auszuwirken. Die Messlatten für Leistungszulagen müssen für Lehre und Forschung gesondert definiert werden; und es dürfte gemeinhin einfacher sein, eine der beiden Messlatten zu überspringen, wenn man bei der anderen nur das Notwendigste tut.

Solche durch separate Leistungsmaßstäbe nahe gelegten Kalküle von einzelnen Wissenschaftlern, aber auch Instituten, Fakultäten oder ganzen Universitäten setzen freilich voraus, dass eine größere Spezialisierung entweder auf Forschung oder auf Lehre praktisch möglich ist. Neben eher informellen, verdeckten Praktiken sind hierfür neue institutionelle Möglichkeiten einer stärkeren Entkopplung von Forschung und Lehre wichtig, die – wie ein deutscher Interviewter beschreibt – an seiner Universität im Rahmen der Exzellenzinitiative eröffnet wurden:

„Das durften wir bisher nicht, weil jede Professur mit einer Lehrverpflichtung verbunden ist. Aus diesem Grunde haben wir uns für diese Exzellenzinitiative genau das geholt, und das wollen wir dann auch beibehalten. Wir haben Forschungsprofessuren drin, die von keiner Lehrverpflichtung – meistens aber zwei Stunden – bis hin zu der normalen Lehrverpflichtung von neun Stunden für Professoren alles angeben. Jetzt müssen wir aber, damit die Kapazität erhalten bleibt, auf der anderen Seite die Lehre ausgleichen, dafür haben wir Lehrprofessuren. Aber auch diese müssen Forschung machen. Wir wollen also nicht, ... sagen wir so: ich halte es für einen Gewinn, dass die Uni Lehre und Forschung miteinander verbindet. Die MPIs haben es ja nicht, und viele von uns gucken immer neidisch da hin. Ich denke, Lehre ist ein Vorteil, es darf halt nur nicht die Überlast an Lehre werden“ (D M).

Bemerkenswert ist auch hier, dass die neuen Möglichkeiten offenbar vorsichtig und bei prinzipieller Beibehaltung der rollenförmigen Kopplung von Forschung und Lehre genutzt werden. Ein weiterer begrenzter Schritt in diese Richtung ist, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft im Rahmen ihrer verschiedenen Förderlinien seit kurzem ermöglicht, dass Professoren bei eigenen Drittmittelanträgen auch zumindest zeitweise bezahlte Lehrvertretungen für sich mit beantragen können.

Solchen Schritten in Richtung dauerhafter oder zeitlich begrenzter Forschungsprofessuren entsprechen Empfehlungen und Maßnahmen, die – den „Bologna-Prozess“ flankierend – stark oder ausschließlich lehrbezogene Wissenschaftlerrollen an den Universitäten etablieren wollen. In einer neueren Empfehlung schlägt der *Wissenschaftsrat (2007)* neben anderen Maßnahmen die Einführung von Lehrprofessuren und lehrorientierten Juniorprofessuren als neue Personalkategorien vor. Dabei sollen

auch die Lehrprofessoren bei maximal zwölf Semesterwochenstunden Lehre noch 30 Prozent ihrer Arbeitszeit für Forschung aufwenden, um weiterhin einen Forschungsbezug der Lehre zu gewährleisten. Entsprechendes gilt auch für lehrbezogene Juniorprofessuren. Zudem soll der Anteil der Lehrprofessuren an allen Professuren 20 Prozent nicht überschreiten. Die befristete Einstellung reiner Lehrkräfte mit hohen Deputaten, wie sie in jüngster Zeit an vielen Hochschulen – vor allem aus den neu eingeführten Studiengebühren finanziert – zu beobachten ist, wird dagegen vom Wissenschaftsrat abgelehnt. In der Gesamtschau zeigt also auch diese Empfehlung abermals, wie stark die traditionelle Leitidee der „Einheit von Forschung und Lehre“ nach wie vor den deutschen Reformdiskurs konditioniert, zumal selbst diese maßvollen Entkopplungsvorschläge bei der Professorenschaft auf nahezu durchgängigen Protest gestoßen sind.

Fragt man zum Abschluss dieser kurzen Betrachtung beider Länder, warum NPM hierzulande und in Österreich die „Einheit von Forschung und Lehre“ noch kaum tangiert, sind vor allem drei Ursachen zu prüfen. *Erstens* ist NPM in beiden Ländern erst vor kurzer Zeit eingeführt worden und entfaltet, wie unsere Fallstudien zeigen, auch in anderen Hinsichten noch keine erkennbare Wirkung auf die Forschungspraxis an den Universitäten (Lange 2007). Bis ein auf organisatorischer und interorganisatorischer Ebene geändertes Governance-Regime dem in den Organisationen stattfindenden Forschungshandeln seinen Stempel aufdrückt, braucht es offenbar einen längeren Wirkungszeitraum. *Zweitens* waren die Ansatzpunkte der Einführung von NPM im deutschen wie im österreichischen Hochschulsystem erst einmal vor allem die Deregulierung (unter anderem Globalhaushalt, Aufhebung der Genehmigungspflicht für neue Studiengänge) sowie die verstärkte Außensteuerung der Universitäten durch Zielvereinbarungen und die Installierung von Hochschulräten; weniger wurde die Stellschraube der Konkurrenzintensivierung in und zwischen Universitäten betätigt. Von ihr geht aber der unmittelbarste und, anders als von Außensteuerung, auch nicht verhandelbare Druck aus, der auf eine Entkopplung von Lehre und Forschung hinwirken kann. *Drittens* schließlich ist die Humboldt'sche Universitätsidee in Deutschland und auch in Österreich wohl weltweit am stärksten kulturell verankert, weshalb sich Wissenschaftler hier selbst unter widrigen Umständen, die ihnen eigentlich eine einseitige Spezialisierung auf Forschung oder Lehre nahe legen, noch länger als anderswo anstrengen dürften, die „Einheit“ beider Tätigkeiten aufrecht zu erhalten; diese Anstrengung dürfte die jeweilige wissenschaftliche Gemeinschaft als Bezugsgruppe von jedem ihrer Mitglieder normativ erwarten.

In allen drei Hinsichten stellen Großbritannien und Australien Kontrastfälle dar. Dort wurde NPM seit Anfang der 1980er-Jahre von der staatlichen Hochschulpolitik konsequent realisiert. Dabei war Dreh- und Angelpunkt eindeutig die Intensivierung von Konkurrenzdruck. Vom „Mythos Humboldt“ (Ash 1999) war man in beiden Ländern

zwar keineswegs unberührt geblieben, was aber hauptsächlich für die wenigen Traditions- und Spitzenuniversitäten in einem ansonsten viel stärker stratifizierten Hochschulsystem galt. Wenn also NPM, entsprechend unseren eingangs formulierten theoretischen Erwartungen, eine stärkere Entkopplung von Lehre und Forschung bewirken soll, dann müsste dies in diesen beiden Ländern erkennbar sein.

3 Schon ganz anders: Großbritannien und Australien

3.1 Das normative Ideal

Interessanterweise finden sich allerdings auch in Australien und Großbritannien zunächst einmal klare normative Bekenntnisse zur engen Verkopplung von Forschung und Lehre. So fehlt es nicht an hehren Intentionen, wie sie ein Interviewter aus Großbritannien ausdrückt:

“We are determined to maintain the link between teaching and research in the department. We don’t favour a strategy of separating those who teach from those who conduct research. So we need to try to continue to train our younger, the next generation to both teach and research” (GB G W).

In Australien existiert sogar so etwas wie ein Dogma der Gleichverteilung von Forschung und Lehre auf alle Wissenschaftler, das es erschwert, allzu offen Forschungs- und Lehraufgaben zwischen Personen umzuverteilen. Aber: Für die Befragten erkennbar – und für den wissenschaftlichen Beobachter hinsichtlich der zugrunde liegenden Mechanismen rekonstruierbar – zeichnen sich in beiden Ländern Entwicklungen ab, die offenbar auf eine dauerhafte stärkere Separierung von Forschung und Lehre hinauslaufen. Wie ein Interviewter in Bezug auf den englischen Fall formuliert: *“The British love affair with tailoring teaching and research very closely will come under strain”* (GB G W).

Worauf beruhen nun diese Entwicklungen? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir einen genaueren Blick auf die Governance-Strukturen in den Hochschulsystemen der beiden Länder werfen.

3.2 Veränderungen der Governance-Strukturen in Großbritannien und Australien

Im Jahr 1985 wurde in Großbritannien ein neues Finanzierungsmodell für die Hochschulen eingeführt, das die zugewiesene Grundausrüstung klar nach Lehre und Forschung separierte. Die Gelder für Lehre erhält eine Hochschule seitdem im Wesentlichen entsprechend der Anzahl ihrer Studierenden. Die Gelder für Forschung werden demgegenüber danach vergeben, wie die Departments der Hochschule bei der periodischen „Research Assessment Exercise“ (RAE) abschneiden: einem landesweiten Evaluationsverfahren nach Art eines „informed peer review“, bei dem Gutachter auf der

Grundlage von Datenberichten über eingeworbene Drittmittel, Promotionen und Publikationen die Departments auf sieben Leistungsstufen von „1“ bis „5*“ ranken (*Leišytė et al. 2006, S. 41–45*). Anfangs wurde nur ein geringer Anteil – 1986: 15 Prozent – der für Forschung bestimmten Grundausrüstungsmittel einer Hochschule entsprechend der Einstufung ihrer Departments vergeben. Ab 1992 galt dies dann aber für die Gesamtheit dieser Mittel, wobei die beiden untersten Leistungsstufen „no money at all“ (*Henkel 2000, S. 115*) erhielten. Am oberen Ende der Skala erhielten 2001 die „5*“-Departments für die gleiche „Forschungsmenge“ ungefähr viermal soviel Mittel wie Departments auf Stufe „4“, was die beabsichtigte hohe Konzentration der Mittelallokation zeigt. Im Ergebnis waren 2001 bereits 55 Prozent der „forschungsaktiven“ Wissenschaftler an britischen Hochschulen in Departments der oberen beiden Leistungsstufen tätig; dieser Anteil sollte nach dem erklärten Willen der Forschungspolitik bis zur RAE 2008 noch weiter gesteigert werden.¹¹

Dieser neue Finanzierungsmodus der Grundausrüstungsmittel für die Forschung und die Drittmittelakquisition verstärkten einander wechselseitig. Immer schon konkurrenzgeprägt war die Vergabe der Drittmittel für Forschung durch die jeweils für große Wissenschaftsgebiete zuständigen Research Councils. Der Erfolg eines Departments bei seiner Drittmittelinwerbung beim jeweiligen Research Council war mindestens indirekt – über bessere Möglichkeiten, Forschungsaktivitäten mit guten Publikationschancen zu betreiben – eine Einflussgröße auf die Leistungseinstufung in der RAE; umgekehrt wurde die Einstufung eines Departments in der RAE zu einem wichtigen direkten Erfolgsfaktor bei der Drittmittelinwerbung.

Blickt man kurz auf Australien, lässt sich eine ganz ähnliche Wechselwirkung studieren (*Gläser et al. 2008*). Auch dort sind die Grundausrüstungsmittel für Forschung und Lehre separiert. Die Forschungs-Komponente der Grundausrüstung der Hochschulen hängt, sehr viel stärker als in Großbritannien, von eingeworbenen Drittmitteln ab. Betrachtet man nun, wie die Grundausrüstungsmittel für Forschung hochschulintern geteilt werden, stellt man fest: Eine dauerhaft garantierte Grundausrüstung für die Forschung fehlt an den australischen Hochschulen fast völlig. Diese wenigen Mittel werden auch hochschulintern kompetitiv – hier auf Antrag – vergeben, und zwar mit Blick auf den erwarteten Erfolg in der Drittmittelinwerbung. Dies führt zu einer verschärften Drittmittelabhängigkeit. Das wichtigste Bewertungskriterium bei der Vergabe von Drittmitteln ist dann die bisherige Forschungsleistung, wie sie sich vor allem in Publikationen und bisher eingeworbenen Drittmitteln darstellt. Dies geht zu 40 Prozent in die Bewertung des Antrags ein. Das Resultat dieses Ineinandergreifens von indikatorbasierter Allokation der Grundausrüstung für Forschung und Drittmittelchancen schildert ein Interviewter in dramatischen Worten.

¹¹ Die RAE 2008 ist in einem veränderten Modus durchgeführt worden, die Ausführungen hier stellen noch den älteren Modus dar, auf den sich auch die im Weiteren zitierten Interviewpassagen beziehen.

Für seine Forschergruppe ging es *“even to the point where we put up projects which we knew were good and we didn’t get funded to do them even though the referees all said it was good, we got glowing references, and we still got rejections. And then one of our colleagues, the Sydney group, put the same project up the following year and got one to do it. I said, ‘What’s going on? Why?’ And I was told by the ARC, ‘Your track record’s not good enough. You haven’t published enough.’ I said, ‘Well, of course we haven’t published enough because we haven’t got any money to do it.’ They said, ‘Well, unless you average seven or eight publications a year out of your group you’re not going to get funding. You’ll never get there.’ I said, ‘Well, how’re we supposed to get up to seven or eight publications a year when we don’t have the money to support the flock of research students and the equipment needed to do it?’ He said, ‘Well, sorry, that’s the system.’ So that’s why we don’t bother to apply [...] any more”* (AUS PH W).¹²

In Australien kann man auf diese Weise schnell ganz aus der Forschung herausfallen, weil man dafür keinerlei finanzielle Förderung mehr erhält.¹³ Umgekehrt werden dort diejenigen, die Forschungsgelder einwerben, von ihren Hochschulen gedrängt, sich auf Forschung zu konzentrieren. In der Personalstruktur schlägt sich dies in einem zunehmenden Anteil reiner Forschungsstellen an allen akademischen Stellen nieder: Von 23,6 Prozent im Jahr 1995 stieg dieser Anteil bis 2007 auf 31,2 Prozent (*DEST 2006, 2008*). Hinzu kommt, dass sich ein Wissenschaftler, dessen formelle Stellenbeschreibung Lehr- und Forschungsaufgaben umfasst, mithilfe von Drittmitteln, die teilweise für die Beschäftigung zusätzlicher Lehrkräfte einsetzbar sind, aus der Lehre freikaufen kann. Dies ist eine weit verbreitete Praxis, die formell für die akademische „Kernbelegschaft“ das Dogma der für alle gleichen Lehrdeputate wahr.

Damit ist in beiden Ländern, in Großbritannien ebenso wie in Australien, ein Finanzierungsmechanismus installiert, der zunächst einmal stark in Richtung einer Entkopplung von Forschung und Lehre wirkt. Forschungsleistung wird mit Geld belohnt, das bessere Forschungsmöglichkeiten schafft, und Leistungsschwächen werden mit Geldentzug bestraft, während sich in der Lehre nicht Qualität, sondern nur Quantität rechnet. Wie es ein britischer Biologe ausdrückte:

“The difference between research and teaching is: how well you are doing teaching in the British system you don’t get any more money. The better you do at research the more and more money you get” (GB B M).

¹² Als ein gewisses – allerdings sehr begrenztes – Korrektiv vergeben viele Hochschulen interne „near miss grants“, die bei knapp gescheiterten Anträgen Forschern die Möglichkeit eröffnen, durch intensivierte Forschungsanstrengungen ihre Antragschancen zu erhöhen – gerade weil ja die Bewilligungswahrscheinlichkeit erheblich von der bisherigen Forschungsleistung abhängt. Aber einerseits sind diese Mittel zu gering, um etwa ein regelrechtes Forschungsprojekt zu finanzieren, und andererseits ist auch diese Option auf die Erwartung zukünftiger Drittmittel gerichtet und gerade nicht als Ersatz für dieselben zu verstehen.

¹³ Hierzu trägt verschärfend bei, dass der Australian Research Council bzw. sein Pendant für medizinische Forschung nahezu der nationale Monopolanbieter von Drittmitteln ist.

Oder ein australischer Befragter: *“They have to be competent teachers and administrators, but that’s on a kind of a pass/fail basis. After that it is really research that counts, promotions, in virtually everything”* (AUS M).

In unseren britischen Interviews wurde deutlich, dass diese finanziellen Anreizstrukturen zu einer starken Fokussierung auf die Forschung geführt haben – solange individuelle Wissenschaftler und die Hochschulen, denen sie angehören, eine Chance sehen, in dieser Konkurrenz erfolgreich zu sein.¹⁴ Der Effekt der RAE auf das Verhältnis von Forschung und Lehre ist durch die parallel im Zuge von NPM installierte managerielle Selbststeuerung der Hochschulen verstärkt worden: Die Fokussierung der Universitäten auf *“research, research, research”* (GB G W) wird durch die Leitung an die Departments, Forschergruppen und individuellen Forscher als *“the pressure to publish, publish, publish”* (GB G W) weitergegeben. Wie ein Interviewter in Anspielung auf die Leistungskriterien der RAE – freilich zugespitzt – formuliert: *“God help you if you haven’t got your four international quality pieces of work”* (GB G W). Jedoch haben die Hochschulleitungen nicht nur Zwangsmittel, sondern setzen ebenso Anreize und unterstützende Ressourcen – zum Beispiel zur Ermöglichung von „research leaves“ – ein, um eine bessere Forschungsperformanz herbeizuführen.

Welche Konsequenzen drohen, wenn die erwünschte Forschungsperformanz ausbleibt, berichtete ein anderer Interviewter: *„It’s been suggested that if I don’t produce the book in time for this RAE then, it wasn’t suggested to me that I’d be fired, but it was suggested that I might be kind of pushed into a more teaching-only role”* (GB G W). Eine solche Maßnahme bewirkt zweierlei. Zum einen wird dadurch Lehre implizit oder sogar explizit zur ultimativen Bestrafung schlechter Forschung erklärt.¹⁵ Humboldts „Einheit“, der gemäß beide Aktivitäten wechselseitig voneinander profitieren, wird damit nachhaltig symbolisch dementiert; und wer sie, gerade als guter Forscher, weiterhin zu praktizieren bemüht ist, kann sogar dafür getadelt werden, dass er mit Lehre Zeit verschwendet und seiner Hochschule den vollen Ertrag seines Forschungspotentials vorenthält. Zum anderen hat jemand, ein je höheres Lehrdeputat ihm verordnet wird, umso geringere Chancen, je wieder zur Forschung – in der er vielleicht nur aufgrund eines vorübergehenden Handicaps eine schlechte Bewertung erhielt – zurückzufinden. So wie die gut bewerteten Forscher davon profitieren, dass sie noch bessere Forschungsbedingungen erhalten, was die Wahrscheinlichkeit steigert, dass sie bei der nächsten RAE noch besser abschneiden usw., so rutschen die „low performers“ in eine korrespondierende Abwärtsspirale hinein.

¹⁴ Der organisationale Fokus auf Forschung verstärkt eine Tendenz, die ohnehin in den Karrierebedingungen der individuellen Wissenschaftler angelegt ist. Deren Fortkommen ist entscheidend abhängig von der Forschungsperformanz, denn *„you don’t get famous being the world’s first best teacher”* (GB G W).

¹⁵ Ein australischer Interviewter sagte: *„The [...] danger in that process is that teaching comes to be seen as the second grade activity”* (AUS M).

3.3 Ein Beispiel: Biotechnologie an der Universität A

Dies alles hat sich in den britischen Hochschulen bei einer vielerorts gleichzeitig – aufgrund erheblich gestiegener Studierendenzahlen – stark zunehmenden zeitlichen Belastung durch die Lehre abgespielt. Diese Parallelität hat die Dynamiken der Entkopplung von Forschung und Lehre verstärkt. Man kann sich dies exemplarisch an der Biotechnologie an der Universität A verdeutlichen, die sich diesbezüglich in einer vergleichsweise komfortablen Lage befunden hat. Dort hat der Erfolg in der Forschung eine Entlastung in der Lehre erlaubt:

“So because we are in RAE 5 we get extra money per student. Which means to get the amount of money you need to keep the department running you can have fewer of them; if you are going down the grade, then you have to have more students. So basically to pay salaries to the staff, if you have a grade 3 you have to have more students than if you are a grade 5. Just ,’cause it’s multiplying” (GB B M).*

Das mit der exzellenten Forschungsleistung verdiente Geld verbessert also die Forschungsbedingungen nicht nur direkt, sondern auch indirekt, indem man erheblich weniger Geld durch Lehre, also durch Kopfzahlen von Studierenden, erwirtschaften muss. Die komfortable finanzielle Ausstattung ermöglicht – über den so geschaffenen notwendigen Freiraum in der Forschung hinaus – weiterhin, das, was man an Lehre anbietet, unter ähnlich vorteilhaften Bedingungen zu gestalten. Wie ein weiterer Interviewter von der Universität A darlegt:

“If you are in a highly rated department then it necessarily means that you’ve got staff. For first of all as a result of that you would be bringing in more income per staff in your block grant from the Higher Education Funding Council. But you’ll also have a larger number of PhD students because that’s the way it works. You’ll also have more grants and more overheads. And therefore in order to pay all your bills you’ll be less reliant on high undergraduate numbers. So your student to staff ratio will be more favourable and you’ll be able to recruit smaller student numbers. So therefore you can afford to have students with higher A-level achievements and teach them. Because then you can have a coherent group. You can teach them to a similar standard and you can push them” (GB B W).

Im nächsten Schritt kommt diese Lehre dann also auch noch über die Doktoranden- ausbildung der Forschung zugute.

Demgegenüber entwirft derselbe Interviewte das Bild einer Department-Ökonomie, die nicht über die entsprechenden Einnahmen aus der Forschung verfügt:

“On the other hand if you’re in a department which is currently low in research activity, your block grant from your Higher Education Funding Council be low, you won’t have a research grant, you won’t have PhD students. Therefore to pay your staff you’re

more reliant on a teaching economy. If you need larger number of students then you got a higher student-staff ratio, that effects contact time, and if you want large number of students, you have to lower the A-level grades. So you'll have students with the broader spectrum and therefore the nature of your course will have to reflect that and so these two are inextricably linked" (GB B W).

Kurz gefasst ergibt sich daraus das Bild, dass der Erfolg eines Departments in der Forschung maßgeblich das mögliche „Geschäftsmodell“ bestimmt:

"Your ability to run a highly focused business using very well motivated high quality students is probably restricted to those departments that are actually doing very well in research terms; elsewhere the business model would be different" (GB B W).

Die Frage ist jedoch nicht nur, wie unterschiedliche „Geschäftsmodelle“ aussehen können, sondern auch, ob ein Wechsel zwischen den Modellen möglich ist. Der Interviewte schätzt die Sachlage wie folgt ein:

"And then the question is, 'How can you move between the two?' [...] I mean clearly it is quite easy to move from a situation where you're doing very well in research and have low student numbers to that you're doing very badly in research, then high student numbers – you don't have to do much to do that. It's quite difficult to move the other way if your research past is quite low and you've got lots of students. First of all you then haven't got the time to do all the research, and so it comes to a self-fulfilling prophecy to stay where you are" (GB B W).

Damit bestätigt dieses erfolgreiche Department die Entkopplungsvermutung; und man findet am anderen Ende ebenso Departments und ganze Hochschulen, die notgedrungen versuchen müssen, mit großen Studierendenzahlen über die Runden zu kommen und schnell die Hoffnung aufgeben, jemals bzw. jemals wieder forschungsstark werden zu können. Auch ihre Lehre kann kaum eine hohe Qualität erreichen. Denn sie können weniger „wählerisch“ bei der Zulassung Studierender sein und müssen auch die schlechteren akzeptieren, denen sie dann aber auch noch schlechtere Betreuungsrelationen auferlegen müssen – das Gegenteil wäre sachlich erforderlich. Die Entkopplung von Lehre und Forschung führt also unter der Bedingung, dass sich in der Forschung Qualität auszahlt, in der Lehre hingegen nur Quantität, zu einer starken gleichzeitigen Differenzierung und Stratifizierung des Hochschulsystems: tendenziell wenige forschungsstarke Departments und Hochschulen, die wenigen guten Studierenden gute Lehre anbieten können,¹⁶ und tendenziell viel mehr forschungsschwache oder aus der Forschung ausgeschiedene Einheiten, die einer großen Masse schlechterer Studierender eher schlechte Studienbedingungen und Lehrleistungen offerieren:

¹⁶ Freilich nicht müssen: Departments, die sich völlig auf ihre Forschung konzentrieren wollen, können bei konstanter Forschungsexzellenz auch riskieren, sich um die Qualität ihrer – quantitativ geringen – Lehre gar nicht mehr zu bemühen.

“So we might get a system which I think is in embryo now, which is where some institutions, which are research active, will become more and more research institutes with the postgraduate students. And then there will be other universities which are essentially just teaching institutions. And if you can do a bit of research, good luck to you, but you are not gonna be paid to do any research” (GB B W).

Die Dynamik, die sich hier abzeichnet, lässt sich auf eine Kurzformel bringen: *Matthäus schlägt Humboldt*. Der von *Robert K. Merton (1968)* in Anspielung auf das biblische „Wer hat, dem wird gegeben ...“ (Mt. 25,29) auf den Begriff gebrachte Matthäus-Effekt, demzufolge gegenwärtige Forschungsstärke sich in zukünftige Chancen ihrer weiteren Verbesserung ummünzt, sorgt für eine weitgehende „Befreiung“ der forschungsstarken Wissenschaftler von der Lehre, die dann um so mehr forschungsschwächeren Wissenschaftlern aufgebürdet wird – mit der Folge, dass diese ihrer Forschungsmöglichkeiten entsprechend enteignet werden. Der Mechanismus, der diesen Effekt hervorbringt, besteht, wie dargestellt, erstens in einer Separierung der finanziellen Ressourcenströme für beide Aktivitäten und zweitens in einer Zuteilung zumindest der Forschungsressourcen nach Leistung. Der Matthäus-Effekt ist also in eine spezielle Finanzierungsmodalität eingebettet und entfaltet so erst seine nachhaltige Wirkung.¹⁷

3.4 Ein zweites Beispiel: Geschichte an der Universität B

Sich diesem Wirkungszusammenhang entgegenzustemmen, ist erstens aufwendig und muss zweitens innerhalb eines überschaubaren Zeitraums von Erfolg gekrönt sein. Ein interessanter Fall ist in dieser Hinsicht das Geschichts-Department der englischen Universität B. Nach den mäßigen Ergebnissen der RAE von 2001, wo nur Stufe „4“ erreicht wurde, setzte man sich im Department das explizite Ziel, die Forschungsleistung zu verbessern. Forschung erhielt eine klare Priorität gegenüber der Lehre. Wie ein Interviewter beobachtete: *“In this department in the last five years there’s been a very pronounced shift of emphasis. It’s a subtle but significant shift of emphasis away from teaching and towards research and releasing the research time”* (GB G W).

Weil das Bemühen um die Verbesserung der Forschung dort mit – im Vergleich zu in der RAE erfolgreicheren Departments – weit begrenzteren Mitteln erfolgen musste, konnte man nur den Aufwand für die Lehre reduzieren, um zumindest zeitlich Freiräume für Forschung zu gewinnen. So wurde versucht, die Lehrbelastung durch einen neuen Lehrplan massiv zurückzufahren um dadurch Forschungskapazitäten zu eröffnen:

¹⁷ Siehe den „Reputationskreislauf“ bei *Braun (1993)* S. 66–70 in Anlehnung an *Latour/Woolgar (1979)*.

“I’ve been a member of the committee which developed a new syllabus which will come on stream on 2006, but for undergraduates not the least rationale was to shave off as much teaching as possible, and we’ve effected a loss of about 30 percent. So from 2006 we will spend 30 percent less time with the undergraduate load together with BA. And the idea being that that time will be released to allow more members of staff at any given time to be away on leave” (GB G W).

Aber diese Strategie lässt sich nicht unbegrenzt durchhalten:

“And some students say ‘I am not getting my money’s worth. I am leaving this university, 20,000 pounds in debt and you cannot give me even a proper teacher, I am being taught by a postgraduate. Why I am paying?’ And I think I suspect that in ten years’ time parent power and voter power will mean that we have to be seen teaching a lot more because we gonna charge them fees, we will charge them world rate fees and we can’t say ‘Give us 10,000 pounds and oh, by the way, here is my postgraduate student who has never taught before, I am sure you will find his classes very stimulating’. They gonna say, well, ‘stuff it!’ They gonna go somewhere else” (GB G W).

Dabei befand sich dieses Department noch in einer vergleichsweise günstigen Situation. Zum einen wird generell im Fach Geschichte eine weit weniger ressourcenintensive Forschung als in vielen anderen Fächern betrieben. Hier geht es im Wesentlichen um Zeit, weniger um Geld. Fächer hingegen, die auf erhebliche Betriebsmittel angewiesen sind, um überhaupt konkurrenzfähige Forschung anbieten zu können, werden bei einem schlechten Abschneiden in der RAE weit schneller in eine schwierige Lage geraten. Zum anderen lag das intensive Bemühen des betreffenden Departments um die eigene Forschungsqualität auf der strategischen Linie seiner Hochschule insgesamt, die sich als forschungsorientiert versteht und Unterstützung leistete. Klar ist: Auch wenn sie im Weiteren erfolgreich sein sollten, handelt es sich angesichts ihrer Erfolgsbedingungen eher um Ausnahmen von der zuvor identifizierten Regel, dass Humboldts „Einheit von Forschung und Lehre“ durch einen Matthäus-Effekt in der Forschung, der auf die Lehrbelastung durchschlägt, ausgehebelt wird.

4 Auswirkungen auf die Forschung

Der Vergleich von Großbritannien und Australien auf der einen, Österreich und Deutschland auf der anderen Seite zeigt, dass es im Rahmen von NPM Ausprägungen gibt, die eine relativ schnelle und nachhaltige Entkopplung von Lehre und Forschung herbeiführen – und auf diese Ausprägungen ist folglich zu achten, will man diese Entkopplung entweder befördern oder verhindern. Welche dieser beiden Alternativen man vorzieht, sollte nicht pauschal traditionalistisch auf der einen Seite oder „zeitgemäß“ auf der anderen Seite entschieden werden; man sollte sich vielmehr Punkt für Punkt

die Vor- und Nachteile dieser Richtungsentscheidung vor Augen führen und erst auf dieser Grundlage eine „Politik der kleinen Schritte“ (*Lindblom 1959*) betreiben.

Blickt man nur auf die Forschung,¹⁸ sind mindestens die folgenden beiden Merkmale für eine stärkere Entkopplung von Lehre und Forschung in Rechnung zu stellen:

- Eine zeitliche Verdrängung der Forschung durch die Lehre, wie sie bei einer ressourcen- und rollenförmigen Kopplung beider Aktivitäten möglich ist, wird schwieriger. Eine stärkere Entkopplung sorgt dafür, dass die Belange der Lehre, die je aktuell stets die größeren Bataillone zu mobilisieren vermögen als die Belange der Forschung (*Schimank 1995, S. 40–96*), sich weniger zuungunsten Letzterer auswirken können.
- Eine inhaltliche Ablenkung der Forschung durch die Lehre findet weniger statt. Die oft reklamierte inhaltliche Anregung der Forschung durch die Lehre dürfte nur unter eher seltenen Sonderbedingungen gelten und kann nicht essentiell sein – sonst könnte etwa an Max-Planck-Instituten, wo nur eine Minderheit der Wissenschaftler auch lehrt, keine exzellente Forschung stattfinden.

Diesen Vorteilen einer stärkeren Entkopplung stehen allerdings auch mögliche Nachteile gegenüber:

- Relativ früh in der individuellen Karriere entscheidet sich, ob jemand zukünftig überwiegend oder ausschließlich lehrt – und wer dann weiter unter den Forschern bleibt, muss konstant weiter Leistung bringen, denn bei einer Schwächeperiode, wie sie aus unterschiedlichsten Gründen immer einmal eintreten kann, fällt man schnell ganz aus der Forschung heraus.
- Den Forschenden fehlt gegebenenfalls der Zugang zu Studierenden. Daraus könnten sich zum einen Rekrutierungsprobleme bei der Besetzung von Doktoranden- und Mitarbeiterstellen ergeben. Zum anderen hat man keinen Zugriff auf die in einigen Fällen durchaus nicht zu vernachlässigende unentgeltliche Mitarbeit von Studierenden in der Forschung – zum Beispiel im Rahmen von Lehrforschungsprojekten oder bei Abschlussarbeiten, für die man Themen aus der eigenen Forschungsagenda vergibt.
- Die Ausbildung des künftigen Forschernachwuchses findet dann nur noch an relativ wenigen Orten statt. Diese örtliche Konzentration führt leicht auch zu einer kognitiven Engführung mit der Gefahr einer zu weitgehenden Mainstream-Ausrichtung der Forschung.

¹⁸ Für die Belange der Lehre wäre eine parallele Bilanz aufzustellen, und beide Bilanzen wären miteinander zu verrechnen.

- Der Forschung geht die durch eine proklamierte „Einheit von Forschung und Lehre“, selbst wenn diese weitgehend nur auf dem Papier steht, gewährleistete „Huckepack-Legitimation“ durch die Lehre verloren. Insbesondere anwendungsferne Grundlagenforschung kann sich dann letztlich nur noch durch Exzellenz legitimieren, was aber naturgemäß nur für die jeweilige Leistungsspitze gelten kann; die übrige Forschung läuft Gefahr, aus Legitimationsgründen zu stark unter Anwendungsdruck zu geraten.

Auf diese und mögliche weitere Vor- und Nachteile einer stärkeren Entkopplung von Forschung und Lehre ist zu achten, wenn zukünftig auch in Deutschland NPM weiter in diese Richtung drängt.

Literatur

Ash, Mitchell G. (Hrsg.) (1999): Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten. Wien et al.

Benz, Arthur (2007): Politischer Wettbewerb. In: Benz, Arthur; Lütz, Susanne; Schimank, Uwe; Simonis, Georg (Hrsg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden, S. 54–67

Braun, Dietmar (1993): Die politische Steuerung der Wissenschaft. Ein Beitrag zum „kooperativen Staat“. Frankfurt a. M.

Braun, Dietmar; Merrien, François-Xavier (1999): Towards a New Model of Governance for Universities? A Comparative View. London

de Boer, Harry; Enders, Jürgen; Schimank, Uwe (2007): On the Way Towards New Public Management? The Governance of University Systems in England, the Netherlands, Austria, and Germany. In: Jansen, Dorothea (Hrsg.): New Forms of Governance in Research Organizations. Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration. Dordrecht, S. 137–152

DEST (Department of Education, Science and Training) (2006): Selected Higher Education Statistics: Staff 2005. Canberra

DEST (Department of Education, Science and Training) (2008): Selected Higher Education Statistics: Staff 2007. Canberra

Ferlie, Ewan (1997): The New Public Management in Action. Oxford

Gibbons, Michael; Limoges, Camille; Nowotny, Helga; Schwartzmann, Simon; Scott, Peter; Trow, Martin (1994): The New Production of Knowledge. London et al.

Gläser, Jochen; Lange, Stefan (2007): Wissenschaft. In: Benz, Arthur; Lütz, Susanne; Schimank, Uwe ; Simonis, Georg (Hrsg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden, S. 437–451

Gläser, Jochen; Lange, Stefan; Laudel, Grit; Schimank, Uwe (2008): Evaluationsbasierte Forschungsfinanzierung und ihre Folgen. In: Mayntz, Renate et al. (Hrsg.): Wissensproduktion und Wissenstransfer – Wissen im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Bielefeld, S. 145–170

Henkel, Mary (2000): Academic Identities and Policy Change in Higher Education. London

Kehm, Barbara; Lanzendorf, Ute (Hrsg.) (2006): Reforming University Governance – Changing Conditions for Research in Four European Countries. Bonn

Lange, Stefan; Schimank, Uwe (2007): Zwischen Konvergenz und Pfadabhängigkeit: New Public Management in den Hochschulsystemen fünf ausgewählter OECD-Länder. In: Holzinger, Katharina; Joergens, Helge; Knill, Christoph (Hrsg.): Transfer, Diffusion und Konvergenz von Politiken. Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift. Wiesbaden, S. 522–548

Lange, Stefan (2007): The Basic State of Research in Germany: Conditions of Knowledge Production Pre-Evaluation. In: Whitley, Richard; Gläser, Jochen (Hrsg.): The Changing Governance of the Sciences: The Advent of Research Evaluation Systems, Dordrecht, S. 153–170

Latour, Bruno; Woolgar, Steve (1979): Laboratory Life. The Social Construction of Scientific Facts. London

Le Grand, Julien; Bartlett, Will (Hrsg.) (1993): Quasi-Markets and Social Policy. Houndsmill/Basingstoke/Hampshire/London

Leišytė, Liudvika (2007): University Governance and Academic Research. Case Studies of Research Units in Dutch and English Universities. Enschede

Leišytė, Liudvika; de Boer, Harry; Enders, Jürgen (2006): England – The Prototype of the ‚Evaluative State‘. In: Kehm, Barbara; Lanzendorf, Ute (Hrsg.) (2006): Reforming University Governance – Changing Conditions for Research in Four European Countries. Bonn, S. 21–56

Lindblom, Charles E. (1959): The Science of Muddling Through. In: Public Administration Review 13, S. 79–88

Meier, Frank (2007): Governance der Hochschule. In: Schützeichel, Rainer (Hrsg.): Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung. Konstanz, S. 764–772

Merton, Robert K. (1968): Der Matthäus-Effekt in der Wissenschaft. In: Merton, Robert K. (1985): Entwicklung und Wandel von Forschungsinteressen. Frankfurt a. M., S. 100–116

OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) (1995): Governance in transition: Public management reforms in OECD countries. Paris

Pollitt, Christopher; Bouckaert, Geert (2000): Public Management Reform. A Comparative Analysis. Oxford

Schimank, Uwe (1995): Hochschulforschung im Schatten der Lehre. Frankfurt a. M.

Schimank, Uwe; Meier, Frank (2002): Neue Steuerungssysteme an den Hochschulen. Expertise im Auftrag des BMBF. <http://www.sciencepolicystudies.de/dok/expertise-schimank.pdf> (Zugriff am 13. Januar 2009)

Schimank, Uwe; Winnes, Markus (2000): Beyond Humboldt? The Relationship Between Teaching and Research in European University Systems. In: *Science and Public Policy* 27, 397–408

Wissenschaftsrat (2007): Empfehlungen zu einer lehrorientierten Reform der Personalstruktur an Universitäten. Drs. 7721-07. Berlin

Anschriften der Verfasser:

Dr. Frank Meier
Fernuniversität in Hagen
58084 Hagen
frank.meier@fernuni-hagen.de

Prof. Dr. Uwe Schimank
Fernuniversität in Hagen
58084 Hagen
uwe.schimank@fernuni-hagen.de

Frank Meier ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Fernuniversität in Hagen.

Uwe Schimank ist Inhaber des Lehrstuhls für Soziologie II, Handeln und Strukturen an der Fernuniversität in Hagen.

Standpunkt

Die Exzellenzinitiative und die Fachhochschulen

Erich Kohnhäuser

Die Exzellenzinitiative zur Förderung der universitären Spitzenforschung hat neue Qualitätsmaßstäbe gesetzt, die eine Herausforderung an das deutsche Hochschulsystem darstellen. Die deutschen Fachhochschulen sind in dieses Programm nicht direkt eingebunden. Das Profil der Fachhochschulen ist schwerpunktmäßig auf die akademische Lehre sowie auf Anwendung in Forschung und Entwicklung ausgerichtet. Im internationalen Wettbewerb der Hochschulbildungssysteme sind bestmögliche Qualität und Exzellenz zentrale Anliegen für alle Hochschularten. Dies erfordert einerseits mehr Kooperation zwischen den beiden Hochschularten und andererseits eine deutliche Stärkung des eigenständigen Profils der Fachhochschulen. In der Wertschöpfungskette haben die Fachhochschulen von den Grundlagenkenntnissen bis hin zu marktfähigen Produkten eine gute Positionierung mit spezifischen Stärken. Diese mit Nachdruck zu fördern – auch unter Exzellenzgesichtspunkten – wäre ein Gewinn für die deutsche Bildungslandschaft.

1 Exzellenz und Elite im Hochschulbereich

Begriffe wie Exzellenz, Elite, Leuchttürme oder auch Champions League sind eine Herausforderung für alle Hochschulen. Nur wenigen Universitätsprojekten gelingt es, den hohen Qualitätsansprüchen der Exzellenzinitiative zur Förderung der universitären Spitzenforschung zu genügen. Die Fachhochschulen waren in der entsprechenden Bund-Länder-Vereinbarung von 2005 von vornherein nicht antragsberechtigt. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen – dass es eine Exzellenzinitiative gibt, ist eine wunderbare Sache. Allen erfolgreichen Universitäten gebührt die verdiente Anerkennung. Es besteht Konsens darüber, dass Wettbewerb und Qualität immer stärkeren Einfluss im hochschulpolitischen Raum gewinnen. Nicht alle können alles anbieten, schon gar nicht in Exzellenz. Also müssen die begrenzten Ressourcen intelligent verteilt und Spitzenleistungen herausgehoben werden.

Für die Verteilung von Ressourcen braucht es allerdings Maßstäbe und Instrumentarien, um Qualität im Hochschulbereich zu differenzieren. Diese Instrumentarien wurden geschaffen. Kein Zweifel, es gibt exzellente – international sichtbare – Kristallisationspunkte im deutschen Hochschulsystem, um die herum Herausragendes und Großartiges entsteht. Neben den Spitzenbereichen dürfen allerdings die ausgezeichneten Angebote in der Breite nicht vergessen werden.

Die Begriffe „Elite“ und „Exzellenz“ sind nicht ohne Problematik. Eliten gibt es in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Exzellenz erfordert neben herausragenden Persönlichkeiten auch Ressourcen, um Herausragendes zu generieren. Dazu gehören Finanzmittel, Personalstellen, Ausstattungen und Räume. Große Bedeutung hat deshalb die Prioritätensetzung bei der Verteilung von Ressourcen.

Exzellenz im Hochschulbereich ist für die Gesellschaft insgesamt von Bedeutung. So pocht z. B. der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) mit Nachdruck auf eine qualitativ hochwertige Ingenieurausbildung. Immerhin 16,6 Prozent aller Studierenden in Deutschland studieren derzeit Ingenieurwissenschaften an einer Universität oder einer Fachhochschule. Bei Studienanfängern sind es sogar 21,2 Prozent. Die Aussagen im Folgenden zielen aber nicht nur auf die Ingenieurwissenschaften, sondern auf das Hochschulsystem grundsätzlich. An den Fachhochschulen studierten im Wintersemester 2008/2009 entsprechend den Zahlen des Statistischen Bundesamts 28,7 Prozent (576.325) aller Studierenden, der Anteil der Studienanfänger an Fachhochschulen (erstes Fachsemester) lag bei 31,7 Prozent (rund 139.900).

2 Differenzierung im Hochschulbereich

Fachhochschulen sind Bestandteil des Hochschulsystems. Sie gelten im Inland wie im Ausland als Erfolgsmodell und liefern Absolventinnen und Absolventen mit einem in Industrie und Dienstleistungsbereichen hoch nachgefragten praxisgerechten Kompetenzprofil. Bei Ingenieuren aller Kategorien kommen derzeit 60 Prozent, bei Betriebswirten rund 50 Prozent von den Fachhochschulen. Die unter allen Hochschulabsolventen niedrigste Arbeitslosigkeit ist ein beredtes Zeugnis für deren Akzeptanz im Beschäftigungssystem. Der weitere größtmäßige und auch qualitative Ausbau des erfolgreichen Fachhochschulprofils ist ein erklärtes Ziel der Politik und auch eine Erwartung der Unternehmen.

Im Bayerischen Hochschulgesetz (BayHSchG) sind den Hochschulen bestimmte Aufgaben zugeordnet, in denen sich Fachhochschulen und Universitäten unterscheiden. Die Empfehlungen der internationalen Expertenkommission „Wissenschaftsland Bayern 2020“ aus dem Jahr 2005 – besser bekannt als Mittelstraßkommission – bekräftigten die Notwendigkeit von zwei unterschiedlichen Hochschulprofilen wie folgt: „Diese Schwerpunktsetzung der Fachhochschulen auf den Anwendungsbezug, der Universitäten auf grundlagenwissenschaftliche Aspekte sollte beibehalten werden.“

In ihrem Memorandum zum „Verhältnis von Universitäten und Fachhochschulen“ haben die bayerischen Universitäten im Februar 2007 folgende Aussage getroffen: „Die Universität Bayern e.V. bekennt sich dazu, an der institutionellen Unterscheidung zwischen Universitäten und Fachhochschulen festzuhalten und dieses System durch

klare Profilbildung und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Differenzierung und Kooperation weiter zu entwickeln.“ Zugegebenermaßen werden an den Fachhochschulen ebenfalls die Wissenschaften und an Universitäten auch Praxisbezüge gepflegt. Entscheidend für die Existenzberechtigung differenzierter Hochschularten sind die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen, allerdings mit gemeinsamer Schnittmenge.

Die Mittelstraßkommission stellte fest: “Das Hochschulsystem der Zukunft ist ein einheitliches System von Hochschulen auf der Basis differenzierter Profile.“ Die Politik sieht offensichtlich diese Aufgabenverteilung in gleicher Weise. Die nach wie vor gültige politische Vorgabe heißt: Universitäten und Fachhochschulen sind gleichwertig, aber nicht gleichartig. An der bestmöglichen Qualität darf es in beiden Hochschularten keine Abstriche geben.

Wenn nun von Exzellenz im Hochschulbereich die Rede ist, wäre wohl zu erwarten, dass sowohl das grundlagenorientierte Profil als auch das anwendungsorientierte Profil exzellenzfähig sind. Dass sich die Bewertung einer solchen Exzellenz an den jeweiligen Aufgaben ausrichten hat, ist selbstverständlich – einerseits zum Nutzen für die Wissenschaft und andererseits zum Nutzen für die Berufspraxis. Es muss also für jedes Hochschulprofil eine spezifische Exzellenz geben. Eine Ausgrenzung der Anwendungsorientierung könnte wohl kaum die Absicht von Gesetzgebern sein. Wenn man die Entwicklung der Exzellenzförderung ins Auge fasst, muss man allerdings feststellen, dass bisher die Fachhochschulen nur sehr unzureichend eingebunden sind.

3 Anwendungsorientierung an den Fachhochschulen

Von den unterschiedlichen Aufgaben der Fachhochschulen sollen die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung sowie die Lehre genauer beleuchtet werden. Die Fachhochschulen haben ihr Aufgabenspektrum in den vergangenen Jahren mehrfach in größerem Stil selbst untersucht. Erwähnt seien in diesem Zusammenhang insbesondere das vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst initiierte Optimierungskonzept und die Ergebnisse der Mittelstraßkommission. Jede Fachhochschule hat inzwischen individuell zusätzlich zu den allgemeinen Aufgaben ihre spezifischen Zielvereinbarungen definiert.

3.1 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung

Zu einer Hochschule gehört – vor allem auch nach internationalen Maßstäben –, dass an ihr Wissenschaft nicht nur gelehrt, sondern gepflegt und auf den unterschiedlichen Spezialgebieten der Lehrenden auch neu geschaffen wird. Die Freiräume dazu werden durch Gesetz festgelegt. Gerade in Bayern wurde in der weiter zurückliegenden Vergangenheit das Thema Forschung an Fachhochschulen sehr zurückhaltend behandelt.

Im bundesweiten Vergleich nahm Bayern beim Thema Förderung der Forschung an Fachhochschulen bedauerlicherweise lange Zeit einen Schlussplatz ein.

Im Hochschulgesetz des Jahres 1998 verbesserte sich die Situation, sodass seitdem eine Unterstützung der Forschungsaktivitäten von Professoren durch die Infrastruktur der Hochschule möglich wurde. Eine Pflicht zur Forschung gab es nicht. Im BayHSchG von 2006 schließlich heißt es: „... im Rahmen der vorhandenen Ausstattung führen die Fachhochschulen anwendungsbezogene Forschungs- und Entwicklungsaufgaben durch ...“. Immerhin sind nun die Fachhochschulen institutionell in der Lage, Forschungsprojekte durchzuführen. Es gibt erst seit kurzem einen marginalen Einstieg in die Etablierung von Forschungsressourcen. Trotz dieser Einschränkungen haben die Professoren an Fachhochschulen über viele Jahre mit großem Erfolg Technologie- und Wissenstransfer auf dem Gebiet der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung betrieben.

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Schavan, erklärte 2006, dass sie die wachsende Bedeutung der Fachhochschulen in der Forschung mit weiterem Ausbau unterstützen wolle und gab dafür folgende Begründung: „Die Fachhochschulen prägen mit ihren Spitzenleistungen in der angewandten Forschung und praxisorientierten Lehre die deutsche Hochschullandschaft maßgeblich mit. Die Fachhochschulen bringen wichtige Innovationen in Kooperation mit den Unternehmen rasch voran und bilden Fachkräfte für den Bedarf in der Wirtschaft aus. Wir werden die kreativen Potenziale stärker fördern und die Mittel für die Forschung an Fachhochschulen deshalb bis 2008 verdreifachen.“

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat die Fachhochschulforschung in der Vergangenheit über Programme unterstützt. Im FH3-Programm sind in den Jahren 2004 bis 2006 Mittel in Höhe von insgesamt 36 Millionen Euro bereitgestellt worden. Über das FHprofUnd-Programm wurden 2007 von 101 Fachhochschulen 314 Anträge mit einem Gesamtvolumen von 69,8 Millionen Euro gestellt und eine Fördersumme von 23,2 Millionen Euro bewilligt. 2008 wurden von 103 Fachhochschulen 333 Anträge mit einem Gesamtvolumen von 77,2 Millionen Euro gestellt und 23,8 Millionen Euro bewilligt. Eine Steigerung ist erkennbar, sie ist ein Signal und eine Anerkennung der vorhandenen Leistungen. Für den gesamten Fachhochschulbereich in Deutschland ist dies aber immer noch vergleichsweise wenig.

Eine Förderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für ein Fachhochschulforschungsprojekt ist ein spektakulärer Ausnahmefall, weil eine DFG-Bewilligung ausreichende Infrastruktur für Grundlagenforschung an Hochschulen voraussetzt, die es aufgrund des Gesetzesauftrags für Fachhochschulen bisher gar nicht geben darf. In der Bayerischen Forschungsstiftung kommen viel zu wenige Anträge aus

Fachhochschulen zu einer Förderung. An EU-Forschungsprojekten sind Professoren von Fachhochschulen als Kooperationspartner in größeren Netzwerken beteiligt. Eine eigene Antragstellung im Rahmen der großen EU-Forschungsprogramme überfordert den einzelnen Fachhochschulprofessor wegen des riesigen Aufwands.

Sehr viele Professoren widmen sich deshalb erfolgreich Forschungsk Kooperationen mit Unternehmen und auch Universitäten. Genau in diesem Feld sieht das BMBF – wie auch die Fachhochschulen selbst – die große Kompetenz der Fachhochschulen. Zitat BMBF: „Die Zusammenarbeit von Fachhochschulprofessoren zwischen Unternehmen und weiteren Kooperationspartnern entspricht dem Profil der Fachhochschulen. Die Fachhochschulen zeichnen sich durch große Praxisnähe aus und zielen auf die Lösung von anwendungsnahen, oft fachübergreifenden FuE-Problemen. Zentralen Stellenwert nimmt dabei das Erfahrungs- bzw. Praxiswissen seitens der Fachhochschulen ein, das Brücken zwischen dem angewandt-wissenschaftlichen Wissen der Hochschule und dem technisch-praktischen Know-how in den Unternehmen schlägt.“ Festzustellen ist aber auch, dass der Umfang der Fachhochschulforschung nicht mit der Universitätsforschung zu vergleichen ist.

Folgende Gründe für den geringeren Forschungsanteil an Fachhochschulen sind zu nennen:

- Der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung wird in Deutschland offensichtlich zu wenig Bedeutung beigemessen.
- Den Fachhochschulen wird zur Bewältigung der hohen Studierendenzahlen als Schwerpunktaufgabe die Lehre zugewiesen. Das Lehrdeputat ist viel zu hoch – es liegt in Bayern derzeit bei 19 Semesterwochenstunden.
- Laboratorien an Fachhochschulen sind überwiegend für die Lehre vorgesehen, sodass der Lehrbetrieb keine Störung durch Forschungsprojekte erfahren darf.
- Der gesetzliche Auftrag der Fachhochschulen bezüglich Forschung ist sehr begrenzt.
- Die anwendungsorientierte Forschung funktioniert dort gut, wo Projektmittel aus Kooperationen vor allem mit Unternehmen zur Verfügung stehen.

Wie sehen die Universitäten die Forschung an den Fachhochschulen? Das schon erwähnte Memorandum der bayerischen Universitäten fordert: „Der Auftrag zur Forschung an Fachhochschulen ist auf anwendungsorientierte Entwicklungsvorhaben beschränkt, die im Rahmen der vorhandenen Ausstattung oder von Drittmittelprojekten durchgeführt werden sollen. Zur Aufrechterhaltung der Ausbildungskapazität an Fachhochschulen ist deshalb auch nur eine zeitweise streng projektbezogene Reduzierung des Lehrdeputats denkbar, eine generelle Absenkung ist jedoch nicht zu akzeptieren.

Aus diesem Auftrag zur anwendungsbezogenen Forschung die Verpflichtung abzuleiten, an den Fachhochschulen generell eine Infrastruktur aufzubauen, die für alle Hochschul-lehrer diese Forschung ermöglicht, überfordert die öffentlichen Haushalte und würde zu Lasten der Forschungskapazitäten der Universitäten gehen. Dies kann jedoch im Interesse der Beibehaltung des Qualitätsniveaus der Universitäten unter keinen Um-ständen akzeptiert werden. Überdies ist eine institutionelle Ausstattung von Fachhoch-schulen mit Personal des akademischen Mittelbaus abzulehnen.“

Die Fachhochschulen sind begreiflicherweise anderer Ansicht. Vorhandene Forschungs-potenziale sollten gefördert und nicht wissentlich unterdrückt werden. Unsere Gesell-schaft kann es sich nicht leisten, auf vorhandene Potenziale einfach zu verzichten. Spitzenleistungen auf allen Gebieten verdienen Auszeichnung und Unterstützung. Die Mittelstraßkommission äußert sich dazu wie folgt: „... grundsätzlich ist an der institu-tionellen Differenzierung zwischen Universitäten und Fachhochschulen bzw. dem Aufgabenspektrum festzuhalten, dabei ist mittelfristig die bestehende Unterfinanzierung der Fachhochschulen zu beseitigen.“ Man darf hier nochmals feststellen, dass die Potenziale der Fachhochschulen in Bezug auf Forschung und Entwicklung auch nicht annähernd genutzt sind.

Folgende Forderung sei zur Diskussion gestellt: Forschungsaktive Professoren der Fachhochschulen – und nur um solche geht es derzeit – sollten in einem spezifischen Fachhochschul-Exzellenzprogramm Finanzmittel, Personal und eine ausreichende Entlastung aus dem Lehrdeputat erhalten. Ein Promotionsrecht für diesen Personen-kreis ist durchaus möglich und auch sachgerecht.

3.2 Mitarbeiter

Die Fachhochschulen brauchen befristete Mitarbeiter, die einen Anreiz für ihre per-sönliche Berufsperspektive erwarten. Sie sollten z. B. im Rahmen eines anwendungs-orientierten Forschungsvorhabens promovieren können. In Deutschland besteht derzeit mehrheitlich darüber Einigkeit, dass Promotionen an Universitäten durchgeführt werden. Kooperative Promotion bedeutet nach heutigem Verständnis, dass eine Universität das Verfahren führt und die Fachhochschule in das Verfahren eingebunden ist. Das Profil einer Fachhochschule profitiert in besonderem Maße, wenn die Promo-tion in den Laboratorien der Fachhochschule durchgeführt werden kann. Forschungs-aktive Professoren an Fachhochschulen sind durchaus in der Lage, nach den bekann-ten Standards selbst Promotionsverfahren zu leiten.

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat Umfragen zur Promotion von Fachhoch-schulabsolventen an Universitäten durchgeführt. Bis zum Wintersemester 2005/06 wurden 1.043 Fachhochschulabsolventen zur Promotion zugelassen. Im Zeitraum

1996/97 bis 2005/2006 haben 403 Fachhochschulabsolventen das Promotionsverfahren erfolgreich abgeschlossen. In den neuen Bundesländern kommt dies häufiger vor als in den alten. Auch dies ist ein Beispiel für Beiträge der Fachhochschulen zur Exzellenz im Hochschulsystem.

3.3 Anwendungsorientierte Lehre

Zweifellos ist die anwendungsorientierte Lehre eine große Stärke der Fachhochschulen. Die Lehre steht allerdings bei der Exzellenzinitiative nicht im Fokus. Sie befindet sich aber im Zentrum der Tätigkeiten eines Professors an der Fachhochschule. In den grundständigen Studiengängen erfahren die Studierenden aller Hochschularten Wissensvermittlung überwiegend über die Lehre. Der große Unterschied zwischen Fachhochschulen und Universitäten liegt deshalb sicherlich nicht im Bereich des grundständigen Studiums, sondern im postgradualen Bereich. Während ein kleinerer Teil der universitären Studierenden postgradual intensiv in Forschungsaufgaben einsteigen kann, bewährt sich der Fachhochschulabsolvent im Regelfall – wie auch die Mehrzahl der Universitätsabsolventen – nach Abschluss des Studiums in der beruflichen Praxis.

In einer Reihe von Programmen haben Universitäten wie Fachhochschulen den Einsatz multimedialer Hilfsmittel vorangebracht. An der Entwicklung der Lernplattform E-Learning wirken z. B. als Partner zusammen: die Technische Universität München, die Fachhochschule München und die Fachhochschule Regensburg. Seit mehreren Jahren besteht im Rahmen der Virtuellen Hochschule Bayern die Kooperation zwischen allen Hochschulen in Bayern. Die regelmäßige Evaluierung der Lehre ist ein wichtiges Instrument – vor allem der Eigenkontrolle. Die Fachhochschulen in Bayern haben ein sehr agiles und leistungsfähiges Didaktikzentrum. Welchen Stellenwert die Lehre hat, ist an dem „Preis für gute Lehre“ des zuständigen Staatsministers abzulesen.

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft hat sich engagiert und der Hochschullehre in Zusammenarbeit mit den Ländern einen neuen Impuls verliehen. Der am 23. Januar 2009 gestartete „Wettbewerb exzellente Lehre“ ist mit zehn Millionen Euro dotiert (sechs Millionen Euro für Universitäten und vier Millionen Euro für Fachhochschulen). Das erklärte Ziel ist, die ausgezeichneten Hochschulen zu einem Qualitätszirkel zusammenzuführen, um gemeinsam eine Charta guter Lehre zu erarbeiten. Universitäten und Fachhochschulen sind eingeladen sich zu engagieren. Universitäten und Fachhochschulen begegnen sich hier mit dem Willen zur Exzellenz als Partner auf gleicher Augenhöhe.

3.4 Best Practice – Hochschulen

Das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) hat ein eigenes System der Auszeichnung hervorragender Hochschulen entwickelt. Ziel ist, die hervorragende Reformarbeit der jeweiligen Hochschule zu würdigen. Mehrfach wurde auch einer Fachhochschule der Titel verliehen. Unter anderem hat auch die Fachhochschule München diese Auszeichnung für exzellente Aufgabenerfüllung erhalten.

4 Gemeinsame Studiengänge von Universitäten und Fachhochschulen

Die Mittelstraßkommission setzte sich für Kooperationsmöglichkeiten von Fachhochschulen und Universitäten, z. B. in der Lehrerausbildung, ein. Hier ging es vor allem um die Nutzung der fachwissenschaftlichen Potenziale der Fachhochschulen, z. B. als Basis für ein Berufsschullehrerstudium. Die Universität Eichstätt und die Fachhochschule Ingolstadt praktizieren dies als Musterfall in Bayern mit einer Aufgabenteilung, in die jeder Partner seine Stärken einbringt. An anderen Fachhochschulen in Deutschland ist dies bereits geschehen, z. B. in Münster.

Ein weiteres Konzept sieht gemeinsame Studiengänge vor. In Regensburg wird z. B. an Universität und Fachhochschule seit mehreren Jahren ein gemeinsames Zusatzstudium „Internationale Handlungskompetenz“ angeboten und von Studierenden beider Hochschulen gerne angenommen. In Lüneburg sind Fachhochschule und Universität in einer Organisation miteinander verknüpft. Bei Vertrauen in die Leistungen des jeweiligen Partners und gegenseitigem Respekt ist die Kooperation zwischen Universitäten und Fachhochschulen sehr wohl auf allen Gebieten möglich.

5 Förderung von exzellenten Studierenden

5.1 Elitestudiengänge

An den Universitäten in Bayern sind inzwischen Elitestudiengänge eingerichtet worden, die für die darin aufgenommenen exzellenten Studierenden eine besondere Förderung vorsehen. Die Fachhochschulen sind in das System der Elitestudiengänge nicht eingebunden. Antragsberechtigt sind nur die bayerischen Landesuniversitäten. Bei der Einrichtung von Elitestudiengängen bestünde durchaus die Möglichkeit der Kooperation mit Fachhochschulen. Diese Chance wurde bisher nicht genutzt. Der Freistaat Bayern fördert nach eigenen Angaben rund 2.000 Hochbegabte an Universitäten, Fachhochschulen und Kunsthochschulen. Der frühere Staatsminister Goppel äußerte sich im WEB-Auftritt des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zum Bayerischen Elitförderungsgesetz wie folgt: „Die neue bayerische Elitförderung setzt auf ein nach individuellen Bedürfnissen gestaltetes Fördern,

persönliche Betreuung, Internationalität und frühzeitige Einbindung hochbegabter Studenten in die Forschung.“

5.2 Graduiertenförderung

Die Graduiertenförderung gibt Doktoranden besondere Unterstützung bei der Durchführung von Forschungsarbeiten. Als aktuelles Musterbeispiel einer Kooperation zwischen einer Fachhochschule und einer Universität ist das Graduiertenkolleg „Prozessketten in der Fertigung: Wechselwirkung, Modellbildung und Bewertung von Prozesszonen“ zu nennen, das von der Universität Karlsruhe und der Hochschule Karlsruhe getragen wird.

5.3 Bayerische Eliteakademie

Die Bayerische Eliteakademie hat die Begleitung und Förderung von exzellenten Studierenden mit Spitzenbegabungen übernommen. Der Kreis ist allerdings sehr klein. Im zehnten Jahrgang der Elite-Akademie 2008/2009 befinden sich 33 Studierende, davon sind elf weibliche Studierende, aus unterschiedlichen Studiengängen und unterschiedlichen Hochschulen, überwiegend aus den Universitäten. Zu diesem Kreis gehören aber erfreulicherweise auch Studierende aus Fachhochschulen. Der Fachhochschulanteil ist zwar niedrig, doch immerhin besteht inzwischen Durchlässigkeit zwischen den Hochschularten.

5.4 Hausinterne Eliteförderung

An vielen Fachhochschulen haben sich inzwischen zahlreiche Preise von großzügigen Mäzenen etabliert, die besonders herausragende Studierende für ihre Leistungen auszeichnen. An jeder Fachhochschule gibt es einen sehr kleinen Kreis dieser ausgezeichneten Studierenden, der schätzungsweise bei unter einem Prozent der Gesamtheit über alle Fakultäten liegt. Die Bayerische Eliteakademie ist aber nicht imstande, diese alle in ihr Programm aufzunehmen. Hier können die Hochschulen selbst die Initiative ergreifen und einen Kreis der Besten im eigenen Haus bilden. In der allgemeinen „Leuchtturmdiskussion“ ist diese Möglichkeit weitgehend in den Hintergrund getreten. An der Fachhochschule Regensburg war im Rahmen eines Pilotprojekts ein solcher Elitekreis fakultätsübergreifend eingerichtet und begleitet – mit außerordentlich positiven Erfahrungen.

6 Fazit

Die Situation der Fachhochschulen in der Hochschullandschaft wurde ausführlich geschildert. Dabei wurden Stärken aufgezeigt, die auf Exzellenz auch an den Fachhochschulen hinweisen. Die vorhandenen Potenziale sind in hohem Maße entwicklungs-fähig, aber auch noch erheblich entwicklungsbedürftig. Die folgenden Gesichtspunkte geben zusammenfassend Hinweise, wie der Beitrag der Fachhochschulen zum Wirtschaftsstandort Deutschland weiter verbessert werden kann.

- Qualität und Exzellenz einer Hochschule bemessen sich nach ihrem Auftrag und ihrem Profil. Der Grad der Aufgabenerfüllung hängt in hohem Maß auch von den zur Verfügung gestellten Ressourcen ab.
- Das praxisorientierte Profil der Fachhochschulen ist national wie international anerkannt. Die anwendungsorientierte Forschung an den Fachhochschulen muss stärker ausgebaut werden, um die vorhandenen spezifischen Potenziale für die Gesellschaft und auch für Kooperationen mit den Universitäten besser nutzbar machen zu können. In der Exzellenzinitiative fehlt die Möglichkeit der Entwicklung eines eigenständigen Profils für die Fachhochschulen. Ein eigenständiges Exzellenzprogramm gäbe Sinn.
- Der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung wird in Deutschland offensichtlich ein zu geringer Stellenwert beigemessen, was zu der immer wieder beklagten Problematik der mangelnden Umsetzung von Grundlagenerkenntnissen in marktfähige Produkte führt. Die Fachhochschulen könnten dabei eine Pilotfunktion übernehmen.
- Die unterschiedlichen Hochschularten müssen in gleicher Weise bestmöglich gefördert und ausgebaut werden. Der Ausbau des Grundlagenforschungsprofils darf nicht zu Lasten des Anwendungsprofils geschehen – auch nicht umgekehrt. Hier ist ein Umdenken im Gesamtsystem notwendig. Der Schaden für die Wirtschaft im internationalen Wettbewerb wäre andernfalls kaum reparabel.
- Das neue Förderprogramm für die Forschung an Fachhochschulen ist ein – wenn auch bescheidenes – Signal, dass der Freistaat Bayern ein verstärktes Engagement der Fachhochschulen unterstützen möchte. Eine deutliche Verbesserung ist notwendig.
- Die Fachhochschulen sollten dort, wo gemeinsame Vorgehensweisen mit den Universitäten möglich sind, in das bestehende Forschungsumfeld der Universitäten sowie in die Exzellenzförderung eingebunden werden. Die Chancen zur Verbindung der beiden Hochschulprofile sollten stärker als bisher genutzt werden.

- Die Promotion von wissenschaftlich besonders begabten Fachhochschulabsolventen und -absolventinnen muss ohne formale Hürden an Universitäten realisierbar sein. Besondere Aufmerksamkeit sollte kooperativen Promotionen gewidmet werden. Unter bestimmten Voraussetzungen sind Promotionen eigenständig auch an Fachhochschulen denkbar.
- Die Exzellenzförderung in der Lehre muss allen Hochschularten in gleicher Weise die Möglichkeit der Beteiligung und Profilierung geben.
- Fachhochschulabsolventen und -absolventinnen haben in der beruflichen Praxis in vielen Positionen Exzellenz bewiesen. Besonders leistungsfähige Studierende sollten auf entsprechende berufliche Chancen besonders vorbereitet werden. Sie sollten an allen hochschulübergreifenden Elite-Programmen entsprechend ihren Begabungen teilhaben können.
- Neben der institutionellen Förderung sollte eine individuelle Förderung der besten Studierenden an den Fachhochschulen selbst etabliert werden. Der Staat kann hier zusätzliche Anreize schaffen. Es kommt aber auch auf die Eigeninitiative der jeweiligen Fachhochschule selbst an.
- Neben der Exzellenzförderung darf die Sicherung der Breitenausbildung auf hohem Qualitätsniveau nicht in Vergessenheit geraten. Die Anhebung der Qualität in der Breite ist in der Präambel der BLK-Vereinbarung über die Exzellenzinitiative angesprochen. Eine ausgezeichnete Breitenausbildung ist an den Fachhochschulen wie an den Universitäten zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland unverzichtbar.

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Erich Kohnhäuser
Hochschule Regensburg – Fakultät Maschinenbau
Galgenbergstr. 30
95053 Regensburg
E-Mail: erich.kohnhaeuser@fh-regensburg.de

Erich Kohnhäuser ist Professor in der Fakultät Maschinenbau an der Hochschule Regensburg. Von 1990 bis 2006 leitete er die Hochschule als Präsident.

Aktuelle Entwicklungen im Hochschulwesen

Das Nationale Bildungspanel

Mit dem Nationalen Bildungspanel (National Education Panel Study, NEPS) wird eine Studie etabliert, die es ermöglicht, statt Teilbereichen des Bildungssystems Bildungsprozesse in ihrer Gesamtheit zu betrachten und ihre Entwicklung langfristig zu beschreiben. Im NEPS werden acht Bildungsetappen unterschieden: frühkindliche Betreuung, Kindergarten, Grundschule, Sekundarstufe I, Gymnasium, Berufsausbildung, Hochschulen und berufliche Weiterbildung, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Übergängen liegt. Um diese acht Etappen abzudecken, werden rund 60.000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene jährlich befragt.

Ziel des Nationalen Bildungspanels ist es, Längsschnittdaten zu Kompetenzentwicklungen, Bildungsprozessen, Bildungsentscheidungen und Bildungsrenditen über die gesamte Lebensspanne zu erheben. Das Bildungspanel beschränkt sich dabei nicht nur auf formale Lernumwelten (z. B. Schule, Berufsausbildung, Betrieb), sondern wird auch den Kompetenzerwerb in nicht-formalen (z. B. Vereine, religiöse Gemeinschaften) und informellen Lernumwelten (z. B. Familie, Medien) berücksichtigen, der in bisherigen Studien oft vernachlässigt wurde. Insbesondere der Bereich des Bildungserwerbs von Menschen mit Migrationshintergrund birgt angesichts der demographischen Entwicklung wichtige Fragestellungen, denn eine Gesellschaft mit abnehmender Bevölkerung und einem steigenden Anteil von Personen mit Migrationshintergrund kann es sich nicht leisten, einen erheblichen Teil dieser Personen ohne ausreichendes Rüstzeug für den Arbeitsmarkt aus dem Bildungssystem zu entlassen.

Das Projekt wird von einem interdisziplinär zusammengesetzten Netzwerk von Bildungsforschern unter der Leitung von Professor Hans-Peter Blossfeld, Universität Bamberg, durchgeführt. Zur Koordination und Durchführung des Panels wurde an der Universität Bamberg das Institut für bildungswissenschaftliche Längsschnittforschung eingerichtet. Es wird angestrebt, die Daten des NEPS so rasch wie möglich in sogenannten anonymisierten Scientific Use Files der nationalen und internationalen Forschung zugänglich zu machen. Detaillierte Informationen zum Nationalen Bildungspanel sind auf der Homepage der Universität Bamberg unter www.uni-bamberg.de/neps verfügbar.

Fünf Jahre Elitenetzwerk Bayern

2004 ging das Elitenetzwerk Bayern an den Start – eine bundesweit einmalige Initiative für hoch begabte Studierende und herausragende Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler. Mittlerweile sind 21 Elitestudiengänge und elf Doktorandenkollegs mit über 1.000 Studierenden und Doktoranden an insgesamt neun bayerischen Studienorten angesiedelt. Neben die Elitestudiengänge und Internationalen Doktorandenkollegs treten als weitere Säulen das Max Weber-Programm und die Forschungsstipendien für die individuelle Förderung von Studierenden (derzeit 1.150) sowie Doktoranden und Postdoktoranden (derzeit 250).

Während die Elitestudiengänge und Internationalen Doktorandenkollegs damit ihre Zielgröße erreicht haben, wächst die Zahl der Max Weber-Stipendiaten noch an. Im November 2008 wurde die tausendste Stipendiatin aufgenommen. Die Anzahl der Stipendiaten wird in den kommenden Jahren auf 1.800 steigen.

Von den Elitestudiengängen und Internationalen Doktorandenkollegs, die zwischen 2004 und 2007 in drei Runden eingerichtet wurden, haben 18 mittlerweile das Ende ihrer ersten Förderperiode erreicht und eine Evaluation durch externe Fachgutachtergremien durchlaufen. Allen wurde eine exzellente Qualität bescheinigt und ihre Weiterförderung bewilligt. Zwischen 2009 und 2011 stehen die übrigen Module zur Begutachtung an.

Der Rückblick auf fünf Jahre Elitenetzwerk Bayern ist Anlass für ein Symposium im September 2009, auf dem die bisherigen Entwicklungen diskutiert und in einen größeren Kontext gestellt werden sollen. Unterdessen gibt es bereits Signale für einen möglichen finanziellen Ausbau des Elitenetzwerks, nachdem in den Verhandlungen der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz des Bundes und der Länder Ende März 2009 keine Einigung über ein bundesweites Stipendiensystem erzielt werden konnte. Es wird angestrebt, den Finanzierungszuschuss für den Lebensunterhalt sowie das monatliche Büchergeld (Bildungspauschale) im Elitenetzwerk Bayern auszubauen.

Ausführliche Informationen über das Gesamtkonzept und Aktivitäten in den einzelnen Programmen bietet die Homepage des Elitenetzwerks Bayern: www.elitenetzwerk.bayern.de.

Buchvorstellungen

Benz, Arthur; Lütz, Susanne; Schimank, Uwe; Simonis, Georg (Hrsg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2007, ISBN 978-3-531-14748-2, 478 Seiten

Das vorliegende Handbuch vermittelt die theoretischen und analytischen Grundlagen des Begriffs „Governance“, der – vor zehn Jahren noch ein Fremdwort – mittlerweile in den Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, aber auch in der politischen Öffentlichkeit selbstverständlich verwendet wird. Governance wird in dem Buch als „Oberbegriff für sämtliche vorkommenden Muster der Interdependenzbewältigung zwischen Staaten sowie zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren“ verwendet (S. 13). Teil A des Handbuchs behandelt die wesentlichen Grundformen und Mechanismen von Governance wie Hierarchie, Markt, Gemeinschaft, Netzwerke etc., Teil B gibt einen Überblick über die Konzepte und Theorieansätze, die für zentrale Fragen der Governance-Forschung von Bedeutung sind, und in Teil C geht es um die Anwendung des Governance-Konzepts in verschiedenen Politikfeldern und Bereichen der Gesellschaft (Wirtschaft, Wissenschaft, Massenmedien etc.). In dem Buch kommen viele Forscherinnen und Forscher zu Wort, die sich aktuell mit Fragen der Governance-Forschung beschäftigen, und über die das Autorenverzeichnis Auskunft gibt. Der informative Band richtet sich aber nicht nur an Wissenschaftler, sondern vor allem auch an Studierende sowie die an der politikwissenschaftlichen Forschung interessierte Öffentlichkeit. Jedes Kapitel enthält ein Verzeichnis mit weiterführender Literatur, die eine vertiefte Beschäftigung mit den darin angesprochenen Fragen ermöglicht.

Sondermann, Michael; Simon, Dagmar; Scholz, Anne-Marie; Hornborstel, Stefan: Die Exzellenzinitiative: Beobachtungen aus der Implementierungsphase. Bonn: iFQ-Working Paper No. 5, Dezember 2008, ISSN 1864-2799, 187 Seiten

Die Exzellenzinitiative nimmt hinsichtlich ihres Finanzvolumens und ihrer strukturbildenden Ausrichtung für die geförderten Hochschulen sowie das gesamte deutsche Wissenschaftssystem eine herausragende Stellung ein. Erkenntnisse über die Implementation des Programms, seine Herausforderungen, Chancen, Problemlagen sowie die intendierten und nicht intendierten Folgen sind daher von hohem Interesse für Wissenschaft und Wissenschaftspolitik. Vor diesem Hintergrund legt das Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (iFQ) im Auftrag der DFG einen Bericht über die Implementierungsphase der Exzellenzinitiative vor. Dieser zeichnet die ersten Schritte der Umsetzung des neuen Förderinstruments in den beiden Förderbereichen Graduiertenschulen und Exzellenzcluster nach, wobei er unter anderem auf neue

Formen und Strukturen der Kooperation, neue Leitungs- und Steuerungsinstrumente sowie Formen der Nachwuchsförderung eingeht und Problemlagen sowie weitere Perspektiven benennt. Hierfür wurden Textanalysen der Förderanträge, Interviews mit den Sprecherinnen und Sprechern der Schulen und Cluster, eine Stammdatenerhebung sowie eine Befragung aller maßgeblichen beteiligten Wissenschaftler durchgeführt. Das iFQ beabsichtigt, Fragen nach den langfristigen Auswirkungen der Exzellenzinitiative auf die Hochschulen und das gesamte Wissenschaftssystem nachzugehen und baut hierzu ein kontinuierliches Monitoring-System auf. Im Anhang der Publikation sind die Interviewleitfäden der aktuellen Befragung, die Tabellen für die Stammdatenerhebung sowie Fragebogen und Auswertung der Onlinebefragung ausführlich dokumentiert. Das iFQ hat zur Personalrekrutierung jüngst eine aktuelle Erhebung durchgeführt.

Koch, Hans-Albrecht: Die Universität. Geschichte einer europäischen Institution. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2008, ISBN 978-3-89678-629-6, 320 Seiten

Dieser Band gibt einen Überblick über 800 Jahre Universitätsgeschichte vom Mittelalter über die Frühe Neuzeit, die Aufklärung, das 18. und das 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart und bildet damit vor dem Hintergrund der aktuellen Reformdiskussionen ein faktenreiches Nachschlagewerk. Ausgehend von den frühen mittelalterlichen Universitätsgründungen u. a. in Paris, Bologna, Oxford, Cambridge, Prag und Leipzig werden die Entstehungsgeschichte vieler Universitäten sowie die Herausbildung der zentralen Fächer und Fakultäten erläutert. Dabei skizziert der Autor auch die historischen Wurzeln des englischen, amerikanischen, französischen und spezifisch deutschen Universitäts-systems mit der im Rückgriff auf Wilhelm von Humboldt immer wieder beschworenen Leitidee der Einheit von Forschung und Lehre. Einen breiten Raum nimmt das Hochschulwesen im 20. Jahrhundert ein, das unter der Überschrift „Im Zugriff der Politik“ behandelt wird. Dort wird auf die Zeit des Nationalsozialismus, den Wiederaufbau, die Folgen der Studentenunruhen nach 1968 sowie Themen wie die Ausweitung des außeruniversitären Forschungsbereichs und die Gründung von Förderorganisationen und Stiftungen eingegangen. Den Band beschließen ein zusammenfassender Ausblick „Von Bologna bis Bologna“ und eine ausführliche Bibliographie.

Hinweise für Autoren

Konzept:

Die Zeitschrift „Beiträge zur Hochschulforschung“ bietet Hochschulforschern und Akteuren im Hochschulbereich die Möglichkeit zur Erstveröffentlichung von Artikeln, die wichtige Entwicklungen im Hochschulbereich aus unterschiedlichen methodischen und disziplinären Perspektiven behandeln. Dabei wird ein Gleichgewicht zwischen quantitativen und qualitativen empirischen Analysen, Vergleichsstudien und Überblicksartikeln angestrebt.

Eingereichte Artikel sollten klar und verständlich formuliert, übersichtlich gegliedert sowie an ein Lesepublikum aus unterschiedlichen Disziplinen mit wissenschaftlichem und praxisbezogenem Erwartungshorizont gerichtet sein.

Review-Verfahren:

Wie für eine wissenschaftliche Zeitschrift üblich, durchlaufen alle eingereichten Manuskripte eine zweifache Begutachtung durch anonyme Sachverständige (double blind) innerhalb und außerhalb des Instituts. Dabei kommen je nach Ausrichtung des Artikels folgende Kriterien zum Tragen: Relevanz des Themas, Berücksichtigung des hochschulpolitischen Kontexts, Praxisbezug, theoretische und methodische Fundierung, Qualität der Daten und empirischen Analysen, Berücksichtigung der relevanten Literatur, klare Argumentation und Verständlichkeit für ein interdisziplinäres Publikum. Die Autoren werden über das Ergebnis schriftlich informiert und erhalten gegebenenfalls Hinweise zur Überarbeitung. Die redaktionelle Betreuung der Zeitschrift liegt bei Mitarbeitern des Instituts.

Umfang und Form der eingereichten Manuskripte:

Manuskripte sollten bevorzugt per E-Mail eingereicht werden und einen Umfang von 20 Seiten/50.000 Zeichen mit Leerzeichen nicht überschreiten (Zeilenabstand 1,5, Arial 11). Ergänzend sollten je ein Abstract (maximal 1000 Zeichen mit Leerzeichen) in deutscher und in englischer Sprache sowie Anschrift und Angaben zur beruflichen Funktion des Autors beigefügt sein. Die Druckfassung wird extern von einem Grafiker erstellt. Weitere wichtige Hinweise zur Gestaltung der Manuskripte finden Sie auf unserer Homepage www.ihf.bayern.de unter Publikationen.

Kontakt:

Dr. Lydia Hartwig

Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung (IHF)

Prinzregentenstraße 24

80538 München

E-Mail: Hartwig@ihf.bayern.de

Aus dem Inhalt

Peter Strohschneider: Über Voraussetzungen und Konzeption der Exzellenzinitiative

Ulrich Schmoch: Geeignete Ansätze zur Messung wissenschaftlicher Leistung

Frank Meier, Uwe Schimank: Matthäus schlägt Humboldt? „New Public Management“ und die Einheit von Forschung und Lehre

Erich Kohnhäuser: Die Exzellenzinitiative und die Fachhochschulen